

Sommer 1999
(1/99)

Zeitschrift für eine
Ökologische Linke

radix

ATS 25.-



Schwerpunkt:

Geschlechterverhältnisse

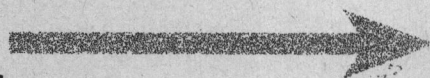
Sextourismus, Comic,

Juchitan & ihre Frauen,

Frauen im Islam,

Sex in der patriachalen

Warengesellschaft,...



Editorial

Mit dieser radiX haltet ihr die zweite Nummer der Zeitschrift der Ökologischen Linken in der Hand. Wie schon seit Monaten geplant, haben wir dieser Nummer einen Schwerpunkt um die Themenbereiche Feminismen und Geschlechterverhältnisse gegeben.

Die sich überschlagenden politischen Ereignisse machen aber notwendig, nicht nur einige andere Artikel zu aktuellen Themen zu veröffentlichen, sondern beinahe schon einen zweiten Schwerpunkt zum Krieg in Jugoslawien und den Reaktionen der Grünen und der Linken dem ersten Schwerpunkt hinzuzufügen. Über den Konflikt selbst wollen wir dabei keine (alternative) Kriegsberichterstattung schreiben, sondern primär selbst Stellung beziehen, sowie eine nähere Betrachtung der nationalistischen und kriegstreiberischen Politik verschiedenster Gruppen in Österreich und der EU versuchen. Für Hintergründe über den Konflikt empfehlen wir v.a. Artikel der jüngsten Ausgabe der ZOOM - der Zeitschrift der ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (Schotteng. 3a/1/4/59, 1010 Wien) - sowie die jeweils aktuellen Ausgaben der Jungle World oder des Konkret. Auch in der Zeitschrift der SOAL (4. Internationale) "die Linke" finden sich teilweise sehr interessante Artikel. "friedolins befreiung" - die Zeitschrift der Grazer Arge Kriegsdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (Rechbauerstr. 12, 8010 Graz) hat eine eigene Sondernummer "Stoppt den Krieg!" veröffentlicht.

Daneben wollen wir auf den aktuellen Konflikt in Kurdistan/Türkei eingehen, der ob des Jugoslawien-Krieges fast völlig aus den bürgerlichen Medien verdrängt wurde. Die Ermordung des bereits zweiten Afrikaners durch österreichische Polizisten in diesem Jahr bildet einen weiteren traurigen Anlaß einmal mehr auf den Rassismus in Staat und Gesellschaft hinzuweisen. Und natürlich rundet eine Reihe kürzerer Artikel über Öko-Themen, Kurzmeldungen,... die Zeitschrift ab.

Was uns selbst betrifft, hoffen wir in Kürze auch über eine Homepage zu verfügen, in der ihr auch Artikel der radiX nachlesen könnt. Die Homepage-Adresse wird lauten: <http://home.reflex.at/~Oekologische.Linke>

Brieflich sind wir seit einiger Zeit über unser Postfach erreichbar: Postfach 28, 1153 Wien

Finanziell stehen wir leider extrem schlecht da! Wir müssen unsere Zeitschrift selbst finanzieren, was unsere Mittel vor allem deshalb total übersteigt, da der Großteil unserer AktivistInnen aus SchülerInnen und StudentInnen besteht die kein eigenes Einkommen haben. Wenn ihr also irgend ein Geld habt, das ihr uns zur weiteren Veröffentlichung dieser Zeitschrift spenden könnt wäre dies für uns eine gewaltige Erleichterung: Schickt solches einfach in einem Brief an unser Postfach. Selbiges gilt für Abos, für die ihr uns mindestens ÖS 100.- für 4 Ausgaben schicken müßt, ein Betrag der für uns nicht kosten-

deckend ist!

Nun aber genug des Jammerns. Lest und spendet fleißig!

Eure radiX-Redaktion

Inhalt

Editorial, Inhalt	2
Schwerpunkt Frauen	3
Juchitan und ihre Frauen	3
Sextourismus	5
Sex in der patriarchalen Warengesellschaft	6
Frauen und politischer Islam in der Türkei	8
Verfolgt, Ermordet, Vergessen	10
Gioconda Belli	14
Comic	16
Staatlicher Mord im Flugzeug	18
Wenn der nationale Wahn einmal ausbricht	20
Grüne Kriegshetze	23
Ökologische Katastrophe auf dem Balkan	24
Kurzmeldungen	25
Agenda 2000	27
Das Grüne Zwangsarbeitsmodell	28
Straßenbau statt Verkehrsplanung	29
Atomausstieg in hundert Jahren	30
Kurdistan, Türkei und die Befreiung	31
Liberaler Bauherr in Kurdistan	34
Bioregionalismus	35
Buchtip: Peter Bierl	36
LeserInnenbriefe	37
Gründungserklärung, Impressum	40

kein
mensch
ist
illegal

Juchitan und ihre Frauen

Mucho macho y borracho" (durch und durch Macho und immer betrunken) - die oft gehörte Charakteristik des mexikanischen Mannes. Wer kennt sie nicht, die klischeehaften schnauzbärtigen Mexikaner mit Sombrero und Tequila, die ihre Frauen wie die Hemden wechseln?

Doch gerade im Land des Machismo gibt es eine Kultur, in der die Frauen zwar Röcke tragen, aber trotzdem die Hosen anhaben. Es gibt Geschichten über eine matriachale Gesellschaft, in der die Frauen wie Amazonen über ihre bezirrten Männer regieren [...].¹

Die Rede ist von den Zapotekinnen des Isthmus von Tehuantepec, der Landenge zwischen Pazifik und Atlantik im Süden Mexikos. In dieser Region liegt Juchitán.

Die Frauen Juchitáns sind selbstbewußte, angesehene Personen in der juchitekischen Gesellschaft und leben nicht in Unterdrückung und Knechtschaft wie Millionen andere Frauen. Vielfach wird deshalb gesagt, in Juchitán herrsche" das Matriarchat. Tatsächlich gibt es Strukturen und Bräuche, die diese These unterstützen.

Die Ökonomie Juchitáns ist aufgebaut auf dem Prinzip der Subsistenzwirtschaft. Die Männer produzieren in der Landwirtschaft, durch Jagd und Fischfang die Grundnahrungsmittel, die die Frauen für den Eigenbedarf oder Verkauf auf dem Markt weiterverarbeiten. Die Frauen produzieren also einen Mehrwert durch ihre Arbeit und erhalten den Erlös aus dem Verkauf, mit dem sie den Erhalt der Familie sichern. Geschlechtliche

Arbeitsteilung ist vorherrschend, bedeutet aber nicht, daß die Arbeit der Frauen minder bewertet wird als die des Mannes, denn jede Arbeit ist notwendig und daher angesehen.

Profitdenken ist ihnen fern; wichtig ist, das Notwendige für den Tag zu erwirtschaften und dabei genug Geld für die zahlreichen Feste zu ersparen, denn Überschüsse werden in Feste investiert und damit stetig umverteilt. Feste zu feiern gehört fast zum Alltag und ist wichtig für die lokale Ökonomie, da dort heimische Produkte und Dienstleistungen Verwendung finden. Auch leben alte Traditionen in den Festen weiter und zeigen die rituelle Bedeutung der Frau und Mutter. Die größten öffentlichen Feste, die velas, finden in der Regel zur Ehrung von Heiligen statt und stehen in Verbindung mit dem natürl

chen Lebenszyklus, Saat, Ernte und Fruchtbarkeit. Wenngleich diese Tatsachen immer mehr aus den Augen verloren werden, sind Feste doch der öffentliche Raum der Frauen, in dem sie das Sagen haben. Sie bereiten Essen im Überfluß zu, verteilen es und inszenieren damit ihre eigene Fruchtbarkeit.

Gegenseitigkeit und Kooperation sind wesentliche Bestandteile der Gesellschaft. Beim Organisieren von Festen, beim Hausbau, bei der Kindererziehung und in Notsituationen wird alles gemeinschaftlich gemeistert. Personen sind nur dann angesehen, wenn sie auch ihren Teil zur Reziprozität leisten. Prägend für das Leben der

Juchitecas/os sind die gegenseitigen Verpflichtungen, die tagtäglich durch viele Handlungen eingegangen werden. Damit ist gesichert, daß niemand auf sich alleine gestellt ist. Sozioökonomische Daten beweisen, daß ihnen dieses Prinzip zugute kommt, denn die Juchitecas/os weisen deutlich weniger Unterernährung auf als die BewohnerInnen des restlichen Mexiko.

Die Juchitecas/os zeichneten sich im Laufe der Geschichte durch ihren Widerstand gegen Unterdrücker aus. Auch in neuerer Zeit fielen sie durch ihre Proteste auf, nämlich, als sie es nach zahlreichen Kämpfen mit der Regierungspartei PRI schafften, die linke Bewegung COCEI in den Gemeinderat zu wählen.

Frauen waren bei allen

Aufständen maßgeblich beteiligt und leisteten einen wesentlichen Beitrag zu allen erreichten Zielen. Obwohl sie in öffentlichen und politischen Ämtern nur spärlich vertreten sind, machen die Frauen ihre Politik selbst. Sie setzen ihre Interessen gegenüber den Politikern durch, indem sie sich aktiv gegen das wehren, was ihnen nicht paßt.

Die bloße Tatsache, daß Frauen viel arbeiten ist keine hinreichende Erklärung für die Stärke und das Selbstbewußtsein der Juchitecas. Frauen haben auf der ganzen Welt das Schicksal, viel arbeiten zu müssen. Ohne ihre harte Arbeit und ihre Überlebenskunst sähe die Ernährungssituation in vielen Ländern noch viel schlimmer aus. Doch führt dies keinesfalls zu einer mit den



Juchitecas vergleichbaren Position. Vielmehr verrichten sie ihre Arbeit quasi als „unsichtbare Frauen“ ohne entsprechende Anerkennung.

Die Stellung der zapotekischen Frau muß also gesellschaftliche und historische Wurzeln haben.

Gegenseitigkeit und Kooperation, von Göttner-Abendroth als wichtige Merkmale der matriarchalen Gesellschaften definiert, prägen zweifelsohne die juchitekische Gesellschaft, allerdings gilt dies nur für die ärmere Schicht. Umverteilung des Reichtums und Unterstützung findet nur unter der ärmeren Bevölkerung statt. Die

Reichen werden reicher und die Armen ärmer, auch in Juchitán.

Die häufigste Aussage in Bezug auf die Matriarchatsfrage ist, daß sich die Macht der Frau über die Ökonomie definiert. In Familien, in denen der Mann Bauer, Fischer oder Gelegenheitsarbeiter ist, haben die Frauen das Sagen. Sie verfügen über die Nahrungsgrundlagen und betreiben den Handel. Auch diese Merkmale sind laut Göttner-Abendroth typisch matriarchal. Möglicherweise ist das der Grund dafür, daß die Ernährungssituation in Juchitán um so vieles besser ist als im restlichen Mexiko.

Einige Forscherinnen stellen diese Strukturen als allgemeingültig dar und vergessen dabei, daß auch in Juchitán Entwicklungen durchgemacht werden, die teilweise das Aufweichen alter Strukturen bewirken. Denn durch die allmähliche Zerstörung der landwirtschaftlichen Grundlagen und den Einfluß anderer Kulturen bzw. der voranschreitenden (Nord-) Amerikanisierung verändern sich die ursprünglichen Gesellschaftsmuster, sodaß sich in der Stadt Juchitán die unterschiedlichsten Lebensformen finden und die Bevölkerung keine homogene Gruppe mehr darstellt.

Der Machismo als vorherrschende Kultur der Region, wenn nicht ganz Lateinamerikas, nimmt auf Kosten matriarchaler Strukturen stetig zu. Diese Entwicklung wird durch den Verlust der landwirtschaftlichen Grundlagen und der traditionellen geschlechtlichen Arbeitsteilung begünstigt.

Meiner Meinung nach gilt die Zuschreibung matriarchaler Strukturen in erster Linie für die Marktfrauen in Juchitán bzw. für Frauen in den umliegenden Dörfern, die noch nach traditionellen Mustern leben.

Allerdings erfahren die Juchitecas und die von ihnen verrichtete Arbeit eine ganz andere Wert-schätzung als

Frauen in unserer Gesellschaft. Die Frauen in Juchitán haben wichtige Rollen in allen Lebensbereichen inne und sind angesehen. Sie verfügen über die Nahrungsgrundlagen für den Erhalt der Familie, was sich auf den Lebensstandard der Bevölkerung insgesamt positiv auswirkt.

Das Gesellschaftsmuster der Isthmus- Zapoteken unterscheidet sich deutlich von unserem patriarchal geprägten Leben. Ihre Kultur basiert auf anderen Wertvorstellungen als die unsere. Eine der wichtigsten und Grundlage der Gesellschaftsordnung ist die Wertschätzung der Frauen.

Matriarchate kennen laut Göttner-Abendroth und

anderen Matriarchatsforscherinnen keine Herrschaftskonstrukte und Erzwungsstäbe (z.B. Polizei); sie leben nicht von der Unterdrückung des einen Geschlechts durch das andere. Frauen und Männer haben beide wichtige ökonomische und rituelle Rollen inne.

In manchen Bereichen kann Juchitán trotz vieler widersprüchlicher Entwicklungen als nicht-patriarchale, herrschaftslose Gesellschaft bezeichnet werden.

Die Juchitecas/os leben ihr Leben nach ihren Vorstellungen, ohne es als etwas Besonderes zu empfinden.

Benito Valencia, Lehrer aus Juchitán, formuliert es folgendermaßen: „Es gibt das Matriarchat in Juchitán, man sieht es nur nicht, wie Gott. Die Leute nennen es auch nicht so und empfinden es als normal, es ist das tägliche Leben.“

Alicia Allgäuer

1 Instituto Nacional de Bellas Artes: Del Istmo y sus mujeres - Tehuanas en el Arte Mexicano. México D.F. o. J., S.24.

vgl. Bennholdt-Thomsen, Veronika (Hg.): Juchitán- Stadt der Frauen. Hamburg 1994

Chişas, Beverly Newbold: The Isthmus Zapotecs. A Matrifocal Culture of Mexico. Case Studies in Cultural Anthropology. 2. Aufl. Orlando 1992

Göttner- Abendroth, Heide und Derungs, Kurt (Hg.): Matriarchate als herrschaftsfreie Gesellschaften. Bern 1997

Holzer, Brigitte: Subsistenzorientierung als widerständige Anpassung an die Moderne in Juchitán, Oaxaca Mexico, Frankfurt am Main



Sextourismus

Sextourismus ist vorallem durch das enorme wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen erster und dritter Welt möglich: Das heutige Ausmaß des Sextourismus ist das Abbild des ungerechten Verhältnls zwischen Nord und Süd. Durch das wirtschaftliche Machtgefälle wird den Industrieländern ermöglicht Länder der dritten Welt und deren Ressourcen auszubeuten. Es herrschen koloniale Verhältnisse und Frauen, Jugendliche werden als Konsumgut betrachtet. Die Frauen sind mehrfacher Unterdrückung ausgeliefert. Einerseits als Teil der dritten Welt, andererseits als Frau.

Durch die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern und das Erleben der Sexualität für die Ausgebeuteten, wird ein wichtiger Bestandteil des menschlichen Daseins stark beeinträchtigt. Automatisch wird dadurch auch eine gesamtgesellschaftliche Fragestellung, z.B. Ausübung von Macht, die Stellung der Frau in der Gesellschaft, den Umgang mit sozialen Randgruppen, die Entstehung von rassistischen Einstellungen, aufgeworfen.

Die Länder der dritten Welt befinden sich in einer Verschuldungskrise und es kommt zur Verarmung und Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, worunter besonders die Frauen und Kinder leiden. Obwohl viele Frauen und Kinder die Prostitution als Überlebenstrategie wählen, kann schwerlich von freiwilliger Prostitution gesprochen werden. Die Mehrheit der Prostituierten möchte möglichst schnell wieder aussteigen, doch es bieten sich ihnen kaum alternative Arbeits- bzw. Verdienstmöglichkeiten. Da Prostitution in keinem der einschlägigen Fernreiseländer uneingeschränkt erlaubt, sind Frauen und Kinder durch Reglementierung und offiziellem Verbot vielfältigen Repressionen ausgesetzt. Sextourismus und Kinderprostitution werden zunehmend von nationalen und internationalen Syndikaten organisiert, wobei unklar ist inwieweit estliche Geschäftsleute bzw. Unternehmen in diese Praktiken verwickelt sind und Profit daraus schlagen.

Durch die weltweite Auffassung Aids durch die Isolierung der sozialen Randgruppen, die für die Ausbreitung des Virus verantwortlich gemacht werden, in den Griff zu bekommen, wird die Situation der Prostituierten weiter verschlechtert. Sie werden zu Sündenböcken gemacht, in Aidszentren isoliert und zu staatlichen Maßnahmen, z.B. regelmäßige Zwangstest, gezwungen.

Eine effiziente Aidsprävention wird durch die Kriminalisierung der Prostituierten, die Ablehnung der Öffentlichkeit und in den Familien, verhindert. Von offizieller Seite wird die Aidsproblematik verharmlost oder totge-

schwiegen. Frauen, Jugendliche und Kinder sind vorallem durch ihren allgemein schlechten Gesundheitszustand für den HIV-Infekt empfänglich und der Krankheitsverlauf wird beschleunigt. Mit ausreichender medizinischer Versorgung ist nicht zu rechnen und die Betroffenen könnten sie auch nicht bezahlen. In der Hoffnung das Ansteckungsrisiko zu vermindern, floriert die Kinderprostitution. Immer jüngere Opfer werden sexuell ausgebeutet. Dabei steht nicht nur das sexuelle Erleben, sondern vorallem auch die Ausübung von Macht und Gewalt im Vordergrund.

Reisen in die einschlägigen Fernreiseländer stehen weiterhin hoch im Kurs, wobei die Prostitution als Aushängeschild für die Tourismuswerbung und -förderung dient. Die Medien bekräftigen die traditionelle und verbreitete Vorstellung des Reisens mit Freiheit. Dadurch wird den Sextouristen erleichtert gesellschaftliche Zwänge abzustreifen, die im Alltag ihr Verhalten normieren und bestimmen. Obwohl die Sextouristen über Safer Sex-Praktiken ausreichend informiert sind verhalten sie sich risikoreich und verzichten auf Schutzmassnahmen beim Geschlechtsverkehr. Die Freier setzen sich, die Prostituierten und ihre PartnerInnen zu Hause dem Infektionsrisiko aus. Die Ausgangslage und damit auch die Verantwortlichkeit der beteiligten Personen ist jedoch grundverschieden: Die einen wählen das Risiko in freier Entscheidung zum Zwecke des Lustgewinns, die anderen sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage dazu gezwungen. Da sich die professionellen Prostituierten in den Industrieländer meist ausreichend schützen, weichen Freier, die ungeschützten Verkehr verlangen, auf Prostituierte aus, die sich aufgrund ihres finanziellen und sozialen Drucks nicht leisten können, sie abzuweisen. Das sind vorallem drogenkonsumierende Frauen auf dem Strich, Frauen aus der dritten Welt und Prostituierte in Fernreiseländern. Das Thema des Sextourismus wird, obwohl offensichtlich viele Männer aus den Industrieländern wegen flüchtiger sexueller Kontakte in ferne Länder reisen, nicht angetastet, sondern ist ein gesellschaftliches Tabu. Solange der Sextourismus verharmlost und verschwiegen wird, ist es unmöglich individuelles Verhalten zu reflektieren und Untersuchungen zu diesem Thema werden als "lustfeindlich" abgetan.

Die mit den Fernreisenden in Kontakt stehenden Branchen zeigen sich bisher weder für die Vermittlung von Hintergrundinformation über Tourismus, Prostitution und Aids, noch für aidspräventive Massnahmen zuständig. Ebenso Politiker und Behörden in den Herkunftsländern der Sextouristen zeigen wenig Interesse am Thema Prostitutionstourismus. Die Reiseveranstalter machen einträgliche Geschäfte und versuchen systematisch ihre

Verantwortung herunterzuspielen und das Ausmass des Sextourismus mit falschen Zahlen zu negieren. Das Thema wurde von den Medien in letzter Zeit zwar verstärkt aufgegriffen, doch nicht die sachliche Aufklärung, sondern die Auflagenzahl und Einschaltquoten stehen im

Vordergrund. Beliebt sind reisserische und sensationslüsterne Berichte, die das Sextourismusgeschäft eher ankurbeln als eine kritische Diskussion darüber auslösen. v.B.

Sex in der patriachalen Warengesellschaft

In einer patriachalen Warengesellschaft ist auch der Sex ein patriachaler Warenaustausch. Insbesondere in heterosexuellen Beziehungen spielt der patriachale Charakter unserer Gesellschaft auch beim Sex und in sexuellen Beziehungen eine Rolle. Den Warencharakter behalten Beziehungen aber auch lesbische und schwule Beziehungen bei. Einige unsystematische Gedanken über Patriachat, Kapitalismus, Warengesellschaft, Monogamie, Polygamie und "Freie Liebe"...

HERRschaft und Fortpflanzungskontrolle

Niemand weiß genau wann, warum und wie sich das Patriachat herausgebildet hat, wann, warum und wie sich die Monogamie herausgebildet hat. Der Mythos vom "Urmatriachat" läßt sich ebenso wenig beweisen wie jener eines "Urkommunismus" oder einer ursprünglichen Patrilinearität.

Tatsache ist aber auf jeden Fall, daß die Herausbildung patriachaler Gesellschaftssysteme sich erst in einem relativ jungen Stadium der Menschheitsgeschichte endgültig durchsetzte. Noch heute gibt es (Rest-?) Gesellschaften die egalitär oder matriachalisch organisiert sind. In der "alten Welt" dürfte der Siegeszug des Patriachats aber spätestens mit der Herausbildung der ersten frühen Staaten, der Hirtengemeinschaften, im 10 Jahrtausend v.Chr. weitgehend abgeschlossen worden sein (wenn sich auch oft noch lange stärkere Positionen von Frauen hielten).

Zeitgleich ist auch das Aufkommen monogamer Ehen oder polygyner Eheformen zu beobachten.

Es liegt die These nahe, daß das Herausbilden der Monogamie, bzw. der "Treue" der Frau eng mit dem Patriachat und der Entstehung eines Erbrechtes verbunden ist.

Mit der Schaffung von Privateigentum das über persönliche Gegenstände hinausging wurde ein Erbrecht notwendig. Dieses bedingte, daß Männer wissen wollten wer ihre Kinder sind. Die Mütter von Kindern sind ja immer bekannt. Ein Mann konnte jedoch erst die Sicherheit haben, daß ein Kind das seine ist, wenn er die Frau dazu bringen konnte nur noch mit ihm Geschlechtsverkehr zu betreiben, er also die Kontrolle über die Fortpflanzung der Frau ausüben konnte. HERRschaft bedeutete also von

allem Anfang an die Kontrolle der Männer über die Sexualität und Fortpflanzung der Frauen.

Das Mittel dazu war die Monogamie. Nur ein Mann der verhindern konnte, daß seine Frau mit anderen Männern Sex hatte, konnte sich sicher sein, daß die Nachkommen dieser Frau auch seine Nachkommen sind. So wurde die Monogamie die konkrete Beziehungsform des Patriachats. In bestimmten Weltgegenden wurden daneben - wohl auch als Folge eines Frauenüberschusses, den Kriege, Blutrache und Stammesfehden unter den Männern erzeugt hatten - auch polygyne Beziehungen erlaubt, die aber dieselbe Funktion erfüllten. Auch hier hatte ein Mann die alleinige Verfügungsgewalt über die Fortpflanzung seiner Frau(en).

Die "Freie Liebe" der Männer

Erst im Zuge der "Sexuellen Revolution" der späten Sechziger und Siebzigerjahre in Europa und Nordamerika löste sich diese starre Monogamie auf. Nicht uninteressant dabei, daß die Lockerung der totalen Verfügungsgewalt eines einzelnen Mannes über eine einzelne Frau parallel zur Entwicklung von Technologien ging, die die unzweifelhafte Feststellung der Vaterschaft ermöglichten (DNA-Analyse, Bluttests,...). Genetische Vaterschaft konnte nunmehr mit anderen Mitteln festgestellt werden wie mit der alleinigen Fortpflanzungsmöglichkeit einer Frau mit einem Mann. Mit anderen Worten: Auch wenn eine Frau mit verschiedenen Männern "freie Liebe" praktizierte konnte sich dann ein bestimmter Mann durchaus in seiner Vaterschaft sicher sein, sollte das Kondom einmal geplatzt sein oder die Pille versagt haben...

"Freie Liebe" wurde als Befreiung der Sexualität verkauft. In der Realität war sie jedoch die Befreiung männlicher Sexualität. Sie wurde zur offeneren Möglichkeit für Männer verschiedene Frauen "zu ficken" und ignorierte, daß im Patriachat auch weiterhin unterschiedliche Zugangsweisen und Beurteilungen der Gesellschaft gegenüber männlicher und weiblicher Sexualität existieren. Männer wurden nicht nur in der Gesamtgesellschaft, sondern auch in der Linken als besonders toll betrachtet wenn sie viele Frauen "hatten". Frauen die es ebenso machten waren auch allzuoft in der Linken suspekt. Und wenn nicht, dann namen sie im Doppelgestirn von

"Heiliger und Hure" eben nur den zweiten Part ein.

Zudem verkehrten sich die Zwänge der Monogamie in Teilen der Gesellschaft zu einem regelrechten Fickzwang. Nicht umsonst hieß es bei den ach so freien 68ern: "Wer zweimal mit der gleichen Pennt gehört schon zum Establishment". Zu beachten ist dabei, daß es selbst in diesem Satz wieder die Männer waren, die mit einer Frau pennen und nicht umgekehrt.

Verschiedene falsche Antworten

Die richtige Kritik daran führte Teile der feministischen Szene zu einer Rückkehr zur Monogamie oder zur Propagierung eines politischen Lesbischen Separatismus, der sexuelle Orientierung zum politischen Programm erklärte und hetero- und bisexuelle Frauen zu Kollaborateurinnen des Patriachats.

Dabei wurde von jenen, die die Rückkehr zur Monogamie forderten übersehen, daß monogame Zweierbeziehungen auch unter veränderten Vorzeichen das Produkt des Patriachats bleiben, daß sie zwecks Fortpflanzungskontrolle der Frauen geschaffen wurde und nur sehr schwer umzufunktionieren ist. Das Resultat waren neue Geschlechterrollen im wahrsten Sinne des Wortes. Männer spielten Theater und Frauen ließen sich was vorspielen.

Wie viele scheinbar emanzipierte Männer haben es jahrelang geschafft ihren feministischen Frauen eine emanzipatorische Monogamie vorzuspielen, die sich am Ende in Lug und Trug verpuffte. Auch in Wien sind diese linken Männer in der Linken geblieben und die Frauen haben sich nur zu oft aus dieser Linken verletzt zurückgezogen. Eine Thematisierung des "Privaten", von dem wir so oft gesagt haben, daß es "politisch" ist fand in den konkreten Fällen nie statt. Männer spielen sich und den Frauen vor monogam und emanzipiert zu sein. Eine wirklich emanzipatorische Beziehungsform wurde damit auch nicht erreicht.

Die andere Antwort darauf bestand zwar in einer Revision der "Fickzwänge" der Siebzigerjahre. Das grundsätzliche theoretische Modell wurde aber nur selten hinterfragt. Die Illusion sich innerhalb einer patriarchalen Warengesellschaft eine private Welt zu schaffen, die zugleich frei und emanzipiert ist blieb - wenn auch manchmal unausgesprochen - bestehen.

Sexualbeziehungen als Warenbeziehungen

Sexualbeziehungen sind in einer Warengesellschaft Warenbeziehungen. Das bleiben sie so lange der Kapitalismus und das Patriachat existieren und das bleiben sie auch in der Linken. Die Waren "Liebe", "Sex", "Zuwendung", "Sicherheit", "Geld", "Ansehen",... werden getauscht. In der Linken ändert sich da zwar teilweise der Tauschwert dieser Waren, der grundsätzliche Charakter der Sexualbeziehung als Warenbeziehung ändert sich

aber nicht.

Was Gerog Lukács bereits in "Geschichte und Klassenbewußtsein" als "Verdinglichung" beschrieben hat ist wohl weniger die Veränderung von allem zu einem "Ding" im Kapitalismus, als die Veränderung zur Ware. Zu so einer Ware mit Tausch- und Gebrauchswert ist eben auch Liebe, Sex, Beziehung,... geworden.

An einer Veränderung dieser Situation zu arbeiten ist zwar wichtig und gut, kann aber nur durch die Abschaffung der Warengesellschaft an sich erreicht werden. In einer Gesellschaft in der alles "Ware" ist, können die menschlichen Beziehungen davon nicht ausgenommen sein.

Trotzdem versuche natürlich auch ich mit dieser Warengesellschaft wo möglich zu verweigern, denn schließlich scheint die Abschaffung der Warengesellschaft in ziemlich weiter Ferne gerückt. Zu behaupten mensch hätte dies aber für sich selbst schon geschafft und müsse nur noch auch den Rest der Gesellschaft von dieser Art der "freien Liebe" überzeugen, ist jedoch genauso naiv wie zu glauben, daß mensch in einer kleinen Gruppe den Kapitalismus abgeschafft hätte.

Selbst bei größten Bemühungen bleiben wir immer von einer patriarchalen, heterosexistischen, besitzergreifenden Warengesellschaft umgeben und beeinflusst, auch und gerade in der Sexualität.

Marktplatz der Beziehungen

Dabei ist es durchaus nicht nur die Ebene sexueller Beziehungen, die sich nach Marktwirtschaftlichen Kriterien zu einem Marktplatz des Wert- und Warenaustausches entwickelt hat. Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts interagieren Menschen beinahe in jeder Beziehung nur mehr als Marktsubjekte, als Anbieter und "Verbraucher" von Werten. Soziale Bindungen, Freundschaften, Liebe,... funktionieren hier genau gleich wie ein Markt an dem Äpfel oder Birnen, Wertpapiere oder meinetwegen Kaffee gehandelt wird.

Es wird in Freundschaften, Beziehungen investiert (Zeit, Geld, Liebe, Unterhaltung,...) um später irgend etwas zurückzubekommen. Auf dem Marktplatz der Beziehungen befinden sich Menschen mit höherem und niederem Tauschwert. Schönheit, Beliebtheit, Wortgewandtheit, Bildung, Macht, Wohlstand,... all dies sind Werte, die den Tauschwert einer Person erhöhen oder verringern können.

Finden solche Freundschaften oder Beziehungen zwischen verschiedenen Geschlechtern statt, kommt noch ein gesellschaftliches Machtgefälle dazu, das sich auch auf dem konkreten Marktplatz manifestiert.

Was tun?

Was die Konsequenzen aus diesen halbfertigen Überlegungen sein sollen weiß ich auch nicht, weder was sie für die allgemeine menschliche Interaktion bedeuten, noch

für (sexuelle) Beziehungen zwischen Männern und Frauen.

Was das persönliche Verhalten betrifft, halte ich die Rückkehr zur Monogamie wie oben beschrieben auch für keinen gangbaren Weg. Und da nicht alle Menschen, die auch mit andersgeschlechtlichen Menschen Sex haben wollen bis zur Revolution im Zölibat leben wollen, müssen wir wohl mit Widersprüchen leben und offen sagen, daß auch wir keine jetzt bereits gangbaren Konzepte einer "freien Liebe" kennen.

Eine wirklich "freie Liebe" wird es wohl erst in einer freien Gesellschaft geben. Trotzdem wird es sich lohnen immer wieder zu versuchen möglichst emanzipatorische und

freie Beziehungsformen zu leben, nicht zuletzt um am Scheitern dieser wieder neue Fragen aufzuwerfen und die Diskussion weiterzutreiben.

Was aber sicher eine Konsequenz dieser Überlegungen ist, ist die Aufforderung weiterhin radikale Kritik an der gesamten patriarchalen Warengesellschaft zu üben. Denn letztlich kann nur die Abschaffung des Kapitalismus und des Patriachats die konkrete Markt- und Warenförmigkeit jeder menschlicher Interaktion abschaffen. Und damit wären wir endlich nicht mehr WarenanbieterInnen und NachfragerInnen, sondern Menschen!

Thomas Schmidinger

Frauen und politischer Islam in der Türkei

In einer Reihe von Islamischen Staaten machen Frauen einen nicht zu unterschätzenden Teil der Bewegungen des islamischen Integralismus aus. Was auf den ersten Blick wie selbstverständlich als Widerspruch erscheint, zeigt auf den zweiten Blick eine Möglichkeit einer Veränderung der Geschlechterverhältnisse innerhalb islamistischer Bewegungen.

In Europa wird "der Islam", insbesondere jedoch der politische Islam, schnell als besonders frauenfeindlich und sexistisch betrachtet. Auf die Europäischen Stereotypen gegen "den Islam" möchte ich in diesem Artikel jedoch nicht weiter eingehen, es genügt wohl daran zu erinnern, daß weder der Islam noch das Christentum für sich in Anspruch nehmen können den Feminismus erfunden zu haben und beide vielleicht in anderer Form, aber im selben Ausmaße Frauen dem männlichen Patriachat unterordnen.

Was in diesem Artikel eher angeschnitten werden soll, ist die Frage wie sich die Situation von Frauen durch und in den islamistischen Bewegungen in der Türkei verändert hat, welche Parallelen es zwischen dem Frauenbild des laizistischen Staates und der islamistischen Opposition gibt, wie Frauen selbst als Akteurinnen in den islamistischen Bewegungen auftreten.

Mustafa Kemal und die Modernisierung

Das Einparteienregime Mustafa Kemals (später "Vater der Türken" Atatürk genannt) vertrat mit einer autoritären Modernisierungsdiktatur eine Art von "Staatsfeminismus" der Frauen als Symbole der Modernisierung gebrauchte. Sekularisierte Frauen ohne Kopftücher, Frauen beim Sport, Frauen als Pilotinnen,... entsprachen dem neuen von oben verordneten Frauenbild.

Eine solche Art von "Feminismus" ist eher von oben

erzwungen als ein Feminismus in unserem Sinne. Eine feministische Bewegung als Bewegung von unten, von den betroffenen Frauen wurde so vielleicht sogar eher verhindert als gefördert.

Während sich in Europa Sekularisierung und Moderne nicht unbedingt gleichzeitig mit einer Frauenbewegung herausbildeten, ja die kulturelle Moderne Europas lange Zeit eine von Männern dominierte Moderne war, wurde sie in der Türkei von Anfang an mit der "Frauenfrage" verknüpft. Die (relativ) säkularen Staaten Europas und ihre Demokratien bildeten sich lange ohne wesentliche Beteiligung der Frauen heraus. Das Wahlrecht wurde in den meisten Staaten Europas erst in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts auch den Frauen zugestanden. In einigen Schweizer Kantonen bedurfte es dafür sogar bis in die Achzigerjahre dieses Jahrhunderts. Die politische Partizipation von Frauen in politischen Ämtern ist jedoch immer noch in ganz Europa wesentlich geringer als jene der Männer.

Dies gilt zwar grundsätzlich auch für die Türkei, allerdings wurde dort die Rolle der Frauen v. a. auf einer symbolischen Ebene von Anfang an ein Kernthema der Modernisierungspolitik. Frauen dienten jedoch eher als Symbol eines Kulturkampfes zwischen säkularen Nationalisten und islamischen Traditionalisten. Als eigenständige Akteurinnen waren sie auch in Atatürks Einparteiensystem weniger erwünscht denn als Symbole eines kulturellen und politischen Wandels.

Die türkische Feministin Nilufer Göle unterscheidet drei Ebenen dieses Wandels im Kontext der Säkularisierung. Als erste Ebene sieht sie - sich auf Zürcher berufend - "die Säkularisierung des Staates, des Bildungswesens und der Rechtssprechung, die die traditionellen Festungen des institutionalisierten Islam, der Ulema, schleift. Auf der zweiten Ebene spielt sich der Angriff auf religiöse Symbole ab und ihr Ersatz durch Symbole europäischer Zivilisation. Die dritte Ebene schließlich ist die

Säkularisierung des sozialen Lebens und der dadurch provozierte Angriff auf den Volksislam [...]" (GÖLE, 1997: S 38)

Für Nilüfer Göle scheint auf allen drei dieser Ebenen der Säkularisierung "die Geschlechterfrage als Prüfstein für den Wandel. Das Zivilrecht, die Mädchenbildung, politische Rechte für Frauen, das sind die Pflöcke, mit denen Islamisten und Modernisten ihre Arena abstecken." (GÖLE, 1997: S 39)

Türkischer Staatsfeminismus

Letztlich wurde damit aber vor allem ein symbolischer Kampf zwischen modernistisch-nationalistischen Männern und traditionell-islamischen Männern geführt. Frauen dienten in diesem Kampf als Austragungsort politischer und kultureller Konflikte zwischen Männern. Als eigenständige AkteurInnen gewannen sie durch die staatlich verordnete "Emanzipation" nicht unbedingt so viel mehr Freiräume dazu.

Jedoch wurde so "ein Frauenbild der >entsexualisierten Mitstreiterin< [...] geschaffen, die als national-aufgeklärte Türkin moralisch integer bleibt. Dieser >Staatsfeminismus< nahm den Frauen die Möglichkeit, in einer unabhängigen Frauenbewegung als Subjekte zu handeln und machte sie zum Objekt bzw. Symbol der Modernisierung." (WEDEL, 1997: S 226)

Natürlich gewann eine Elite städtischer, gebildeter und wohlhabender Frauen vieles an Bewegungsfreiheit, Berufschancen,... dazu. Für die Masse der Frauen in den Dörfern, den ärmeren Vierteln von Istanbul oder Ankara, den Gecekondas,... veränderten die Reformen Atatürks viel weniger, als für die Frauen der Oberschicht.

Dies betrifft jedoch keineswegs nur die Geschlechterfrage. Durch fehlende Sozialreformen - fast alle Reformvorhaben Mustafa Kemals waren nur "Überbaureformen" die nur die gebildeten und reicheren Schichten der Bevölkerung betrafen - spürten die BäuerInnen in den Dörfern sowieso wenig von den Veränderungen der ersten Jahrzehnte der Türkischen Republik.

Trotzdem erhält das Projekt der Moderne "im muslimischen Kontext eine geschlechtsspezifische Betonung, d. h. Frauen sowohl als Akteurinnen wie auch als Symbole sind Kennzeichen der Moderne und Vermittlerinnen des säkularisierten Lebensstils." (GÖLE, 1997: S 42)

Das Kopftuch als Symbol

Dasselbe trifft nun aber auch auf die Frauen in islamistischen Bewegungen zu. "In einer ganz ähnlichen, aber zugleich entgegengesetzten Rolle stehen Frauen ironischerweise auch mit dem Aufkommen der islamistischen Bewegung in der Zeit nach 1980 wieder im Zentrum; die Verschleierung der Frauen weist auf eine Islamisierung der Beziehungen, der Raumnutzung, der täglichen

Praxen und der zivilisationistischen Praxen hin." (GÖLE, 1997: 43)

So wird nun erneut ein an sich banales Kleidungsstück, das Kopftuch und die Verschleierung zu einem politischen Symbol. Während in islamistischen Regimen wie im Sudan oder dem Iran das Tragen eines Kopftuches - in Saudi-Arabien und im Taliban-beherrschten Gebiet Afghanistans sogar eines Gesichtsschleiers - für islamische Frauen gesetzlich verordnet wird, ist es in der Türkei wiederum verboten mit Kopftuch in die Schule oder die Universitäten zu gehen. In beiden Fällen werden Kulturkämpfe nicht nur von Frauen, sondern auch und vor allem über Frauen hinweg geführt.

Öffentlichkeit für Islamistische Frauen

In der Türkei profitierte der Großteil der Frauen wenig von säkularisierten "Staatsfeminismus". Da der Großteil der Frauen nicht dem neuen Frauenbild entsprach, hatten diese Frauen auch wenig Chancen sich öffentlich einzubringen, sich neue Freiräume zu erschließen. Ironischerweise scheinen es gerade die Islamisten der Neunzigerjahre zu sein, die diesen Frauen jene gesellschaftlichen Bereiche zugänglich gemacht haben, die der säkulare Staat den säkularisierten Frauen zugänglich gemacht hat. "Islamische Politik versetzt muslimische Frauen in die Lage am öffentlichen Leben teilzuhaben - sie organisierten Versammlungen, publizieren Artikel, gründen Vereinigungen - und die Abgeschlossenheit im privaten Raum und in traditionellen Rollen hinter sich zu lassen. [...] Zu einem gewissen Grad bietet der Islamismus auch eine ideologische Grundlage für die neuen öffentlichen Rollen der Frauen. In der Annäherung an die fundamentalen Quellen des Islams wird ständig auf die Frauen im Erziehungswesen, im Handel und in der Politik zu Zeiten des Propheten verwiesen und der traditionelle Volksislam kritisiert, der in den Augen dieser Fundamentalisten für die Verdrängung der Frauen in die Innenräume verantwortlich ist." (GÖLE, 1997: S 46)

Antifeminismus von Refah und Fazilet

Zugleich wirkt die konkrete Politik der Islamisten natürlich auch in vielen Bereichen gegen die Frauen. In keiner türkischen Partei wird Politik so sehr von Männern dominiert wie in der Fazilet-Partei (Tugend-Partei) deren verbotene Vorgängerein die Refah-Partei (Wohlfahrtspartei) bei ihren letzten Parlamentswahlen unter ihren 550 Kandidaten keine Frau hatte, "obwohl sich Frauen beworben hatten." (WEDEL, 1997: S 227)

Es dürfte darüber aber auch innerhalb der IslamistInnen Auseinandersetzungen geben. Die Frauen der Fazilet dürften durchaus eigenständige feministische Forderungen stellen.

Eigenständigkeit islamistischer Frauen

Diese gewisse Eigenständigkeit der islamistischen Frauen ist in der gesamten Islamischen Welt zu beobachten. Auch in Ägypten ist es oft der Fall, daß "men, and especially the male authorities, seem to be more conservative than the women to whom they preach."

(ABU-LUGHOD, 1998: S 251)

In Ägypten hatte die weibliche Schwesterorganisation der Muslim Bruderschaft, die Muslim Women's Assoziation unter Zeinab al-Ghazali al-Gebali nicht nur ihre Eigenständigkeit bewahrt, sondern war dadurch im Gegensatz zu den Muslim Brüdern auch nicht der Verfolgung durch das Regime in den Sechzigerjahren ausgesetzt und konnte so einen Hauptbeitrag zur Reorganisation der Muslim Brüder im Untergrund und später unter Sadat wieder vom Regime toleriert leisten.

So unterscheiden sich die Positionen islamistischer Frauen und Männer in der Geschlechterfrage oft beträchtlich von einander. Einige islamistische Frauen streben "neue gesellschaftliche und Geschlechterbeziehungen an. Es deutet sich an, daß einige der Frauen mit den Erfahrungen, die sie in der Bewegung gewinnen, in Zukunft auch die Trennung in eine männliche, formale, staatliche Öffentlichkeit und eine privatisierte Frauenöffentlichkeit in Frage stellen werden." (WEDEL, 1997:S 227)

Allianzen über die politischen Lager hinweg

Teilweise bilden sich seit einigen Jahren auch neue Allianzen von Frauen heraus die über die traditionellen

politischen Lager hinweg arbeiten. Gegen das Kopftuchverbot an den Universitäten - das den Ausschluß vieler Frauen von einem höheren Bildungsweg zur Folge hat - mobilisieren oft säkulare Frauenbewegungen gemeinsam mit islamistischen Frauengruppen ihre Anhängerinnen auf die Straße. So demonstrieren immer wieder Frauen mit und ohne Kopftuch gemeinsam dafür, daß Frauen selbst entscheiden können ob sie mit oder ohne Kopftuch zur Universität, zur Arbeit oder in die Schule gehen wollen.

Die Frauen in den islamistischen Bewegungen könnten so mittelfristig durchaus für jene Frauen die durch den säkularisierten Feminismus wenig bis gar nichts profitiert haben Rechte und Möglichkeiten erkämpfen, die ihnen bisher in der türkischen Gesellschaft verwehrt blieben.

Thomas Schmidinger

Bibliographie:

ABU-LUGHOD, Lila: Remaking Women
Cairo, 1998

GÖLE, Nilüfer: Feminismus, Islamismus und Postmodernismus

in: SCHÖNING-KALENDER, Claudi: Feminismus, Islam, Nation: Frauenbewegungen im Maghreb, in Zentralasien und in der Türkei, S 33 - 55
Frankfurt/Main, New York, 1997

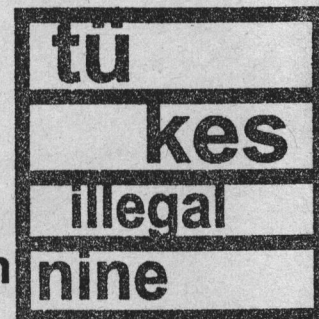
WEDEL, Heidi: Politik mit Kopftuch
in: iz3w, Dezember 1997

Verfolgt, ermordet und vergessen Österreichs Umgang mit Lesbischen und Schwulen NS-Opfern

Obwohl die homoerotische Männerbünderei der NSDAP, insbesondere der SA, auch viele Homosexuelle anzog und innerhalb der deutschen Schwulenbewegung neben dem linken "Wissenschaftlich-Humanitären Komitee" (WHK) unter Magnus Hirschfeld auch ein rechtsgerichteter, "gewissen arischen" Rasseidealen gegenüber [...] nicht abgeneigt[er]" (OSTLER-GANZMÜLLER, 1996: 171) Flügel um die Zeitschrift "Der Eigene" existierte, war Schwulenfeindlichkeit von Anfang an ein integraler Bestandteil nationalsozialistischer Ideologie und Politik. Die Existenz von Schwulen in Nazikadern der Anfangsjahre - wie der 1934 von seinen Parteifreunden ausgeschaltete und ermordete SA-Führer Ernst Röhm - kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Führung der

NSDAP und die gesamte ideologische Ausrichtung des Nationalsozialismus von Anfang an auch gegen sexuelle Minderheiten gerichtet war und dies bereits in einer Grundsatzerklärung 1928 klar festlegte, in welcher sie sich "entschieden gegen männliche und weibliche Homosexualität und gegen freie Sexualität überhaupt" (HAUER, 1996: 109) aussprach.

Dabei ist diese Ambivalenz - homoerotische Männerbünde und schwule SA-Kader auf der einen Seite, sowie offene Schwulenfeindlichkeit auf der anderen - gar nicht so absurd wie sie auf den ersten Blick scheint. Schließlich sind es auch heute noch besonders rechtsgerichtete Männerbünde - wie etwa deutschnationale oder katholische Burschenschaften - die Schwulenfeindlichkeit



an die Spitze treiben, um ihren eigenen homoerotischen Charakter zu verstecken, bzw. nicht wahrhaben zu wollen.

NS-Verfolgungspolitik

Spätestens nach der NS-Machtübernahme und der Liquidierung der SA-Führung um Ernst Röhm wurde jedoch auch den rechtsgerichteten Schwulen um die Zeitschrift "Der Eigene" klar, daß die Politik der Nazis auf eine massive Verfolgung von Schwulen abzielte und keineswegs die Befreiung (männlicher) Homosexualität mit sich brachte.

Bereits kurz nach der Machtübernahme der Nazis wurde im März 1933 das "Hirschfeld-Institut für Sexualforschung" vernichtet und führende Vertreter der Bewegung verhaftet und in die soeben installierten Konzentrationslager eingeliefert.

Alle Homosexuellenorganisationen wurden verboten, ebenso ihre Zeitschriften. Die Bücher des WHK und anderer Gruppen landeten auf den Scheiterhaufen der Bücherverbrennungen." (HAUER, 1996: 111)

Schwulenlokale wurden geschlossen und ständige Polizeirazzien fanden an Treffpunkten der Schwulenszene statt. Diese Repressionswelle wurde nach der Ausschaltung und Ermordung Röhrs und der SA-Führung noch verschärft und bekam im Jahre 1935 mit der Verschärfung des §175, dem Totalverbot männlicher Homosexualität der Weimarer Republik, eine weitere legale Grundlage.

Stand in der Weimarer Republik lediglich der Analverkehr unter Strafe, so wurde nun jede homosexuelle Handlung verboten. Nicht einmal Berührungen waren nach dem Nazi-§175 notwendig, "ein Briefwechsel, Blicke u. ä. genügen für eine Anzeige, wobei als Richtschnur das schon sattem bekannt gesunde Volksempfinden dient!" (HAUER, 1996: 111)

Im Gegensatz zu schwulen Männern waren lesbische Frauen im "Altreich" vom §175 nicht betroffen und fielen somit nicht unter das Totalverbot. Obwohl sich auch der Druck auf Lesben verstärkte und es dann und wann zu Verfolgungen kam, existierte keine rechtliche Grundlage für die Verfolgung weiblicher Homosexualität.

Anders war dies in der 1938 angeschlossenen "Ostmark". In Österreich hatte vor 1938 mit dem § 129 auch ein Totalverbot weiblicher Homosexualität geherrscht, welches auch nach dem Anschluß noch galt und "trotz verschiedener Anpassungsversuche an deutsches Recht" auch weiter "in der Rechtssprechung angewendet" wurde. "(HAUER, 1996: 154)

Die Verfolgung der Homosexuellen durch die Nazis bekam bald ihre mörderische Konsequenz. "Die Anzahl

derer, die vor Gericht standen, jahrelange Haftstrafen abbüßten, in nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern, versehen mit dem "Rosa Winkel", unter unmenschlichen Bedingungen dahinvegetierten und dort schließlich ermordet wurden, ist bislang unbekannt." (HAUER, 1989: 60)

"Neuere Schätzungen sprechen von etwa 10.000 bis 15.000" (HAUER, 1996: 120) Menschen, die unter dem Vorwurf der Homosexualität in KZs eingeliefert und ermordet wurden.

"Wiedergutmachung" in Österreich

1945 ging es primär einmal darum, KZ- und Gefängnishäftlinge mit dem Notwendigsten zu versorgen, um ihnen das Überleben zu sichern und eine Existenzmöglichkeit zu schaffen. So hatte eine notdürftige Versorgung der Opfer einen absoluten Vorrang gegenüber Entschädigungszahlungen, Rehabilitation oder Rückstellung von entzogenem Vermögen.

Ende Mai wurde von ÖVP, SPÖ und KPÖ die "Volkssolidarität" als Unterstützungsorganisation für die NS-Opfer gegründet.

1945 wurde das 1947 abgeänderte Opferfürsorgegesetz (OFG) beschlossen, das - wie der Name schon sagt - nicht primär zur Entschädigung oder Abgeltung von Verlusten und Schäden diente, "sondern primär als rechtliche Basis der Befürsorgung der am schwersten getroffenen Opfer." (GALANDA, 1985: 9)

Das Opferfürsorgegesetz unterschied grundsätzlich zwischen "Opfern des Kampfes" und "Opfern der politischen Verfolgung".

In der Beantwortung einer Anfrage der Grünen vom 13. März 1992 definiert der damalige Bundeskanzler Vranitzky die Opfer des Kampfes folgendermaßen:

"Als Opfer des Kampfes gelten jene Opfer, die um ein unabhängiges und demokratisches Österreich mit der Waffe in der Hand gekämpft oder sich rückhaltlos in Wort und Tat eingesetzt haben". Hingegen "als Opfer der politischen Verfolgung sind jene Menschen anzusehen, die aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität zu Schaden gekommen sind (§1 OFG)" (VRANITZKY, 1992: 12)

Menschen, die aufgrund wirklicher oder vermeintlicher Homosexualität verfolgt wurden befinden sich ebenso in keiner der beiden Definitionen wie Opfer der Euthanasie bzw. deren überlebenden Angehörigen, Opfer der Sterilisationsprogramme der Nazis, Zwangsarbeiter oder Deserteure. Sie können nur dann Zuwendungen nach dem Opferfürsorgegesetz erhalten, wenn gleichzeitig ein anderer Verfolgungsgrund nach OFG vorlag.

Vranitzky stellt klar:

"Zwangsarbeiter, vom Vorwurf der Homosexualität

Betroffene, Hinterbliebene nach Euthanasieopfern, von Zwangssterilisation Betroffene, Deserteure sowie sogenannte Asoziale können anerkannt werden, wenn die Verfolgung einem Verfolgungstatbestand des Opferfürsorgegesetzes entspricht." (VRANITZKY, 1992: 13)

Wenn Homosexuelle, "Behinderte", Deserteure, "Asoziale",... also nicht zufällig gleichzeitig im Widerstand waren oder zusätzlich aufgrund der Abstammung, Religion oder Nationalität verfolgt wurden, sieht das Opferfürsorgegesetz keinerlei Zuwendung an diese Opfer des Nationalsozialismus vor.

Im September 1988 verteidigte der damalige Sozialminister Dallinger in Beantwortung einer Anfrage der Grünen das bestehende OFG mit den Worten:

"Eine Verfolgung aus sonstigen Gründen wird dagegen vom Opferfürsorgegesetz nicht erfaßt. Dazu zählt auch die strafrechtliche Verfolgung im allgemeinen einschließlich der strafrechtlichen Verfolgung bestimmter Sexualverhalten, wie sie nicht nur unter dem Nationalsozialismus und dem Austrofaschismus üblich war, sondern auch in demokratischen Systemen noch viele Jahre nach der Niederringung des Nationalsozialismus stattfand oder heute noch existiert. Daraus folgt, daß Personen, die im genannten Zeitraum allein wegen ihrer Homosexualität verfolgt wurden, nicht als Opfer nach dem Opferfürsorgegesetz anerkannt werden können." (DALLINGER, 1988: 2)

Eine Reform des OFG wurde damals "vom Minister von den Stellungnahmen der Opferverbände - diese sind alles andere als homosexuellenfreundlich - abhängig gemacht." (HAUER, 1989: 61)

Auch der jüngste Versuch, vom 1. Juni 1995, die "vergesenen" Opfer des Nationalsozialismus mittels Gesetzesnovelle noch in das OFG hineinzubekommen scheiterte. "ÖVP und FPÖ stimmten geschlossen dagegen", LiF, Grüne und die Mehrheit der SPÖ dafür, "wenngleich Heinz Fischer, Peter Kostelka und drei weitere Abgeordnete in koalitionärer Treue zur ÖVP ebenfalls gegen den Antrag stimmten." (KOSCHAT, 1997: 63)

Während vielen anderen ehemaligen KZ-Häftlingen wenigstens ihre Haftzeit für die ASVG-Pension angerechnet wird, sind homosexuelle Opfer der Nazis auch davon ausgeschlossen.

"Die Berücksichtigung von auf Strafrechtsbeständen der Homosexualität beruhenden Freiheitsbeschränkungen als Ersatzzeiten gem. §228 Abs 1 Z 4 ist nach geltender Rechtslage [...] unzulässig, weil das homosexuelle Verhalten nach dem "Tatzeitrecht" strafrechtlich verfolgt wurde." (IVANSITS, 1990: 194)

Dabei wird von der in Österreich vorherrschenden

Okkupationstheorie ausgegangen, welche besagt, "daß der Staat Österreich weiterbestand, aber handlungsunfähig war". Das "fiktiv weiter geltende österreichische Strafrecht mit dem Stand 13. März 1938" wäre danach weiter maßgebend.

"Ist nach diesem österreichischen Recht eine Strafbarkeit ausgeschlossen, so ist die Freiheitsbeschränkung als Ersatzzeit zu berücksichtigen. Wenn hingegen die nach dem 13. März 1938 begangene Tat nach dem österreichischen Strafrecht, das am 13. März 1938 gegolten hat, strafbar ist, ist eine Berücksichtigung ausgeschlossen." (VRANITZKY, 1992: 18)

Laut dieser in der Rechtswissenschaft vorherrschenden "Okkupationstheorie" hätte also das austrofaschistische Recht vom 13. 3. 1938 bis zur Wiederausrufung der Republik am 27. 4. 1945 weiterbestanden. Nach diesem Recht aber war genauso ein Totalverbot von Homosexualität gültig wie im NS-Recht, allerdings mit anderen Konsequenzen. So schlimm das Österreichische Totalverbot auch war, es hatte nicht die mörderische Konsequenz der NS-Verfolgungspolitik.

So ist es heute wohl nur als Hohn zu betrachten, wenn RechtswissenschaftlerInnen mittels Okkupationstheorie die Verfolgung der Homosexuellen durch die Nazis im Nachhinein auch als nach dem Österreichischen Recht rechtens erklären.

Während in den Siebzigerjahren die Entkriminalisierung der Homosexualität langsam auch in das Österreichische Strafrecht Einzug hielt, hatte dies keinerlei rückwirkende Änderung für die Haltung gegenüber schwulen und lesbischen NS-Opfern zur Folge.

Ganz im Gegenteil.

"Durch die 34. ASVG-Novelle (wirksam ab 1.1. 1980) wurde der für die Beurteilung homosexuellen Verhaltens maßgebende Zeitpunkt vom Pensionsstichtag auf den Tatbegehungszeitpunkt verlegt." (IVANSITS, 1990: 194) Wäre von der Entkriminalisierung bis zu diesem Zeitpunkt theoretisch eine Berücksichtigung der auf Homosexualität beruhenden Freiheitsbeschränkung als Ersatzzeit gem. §228 Abs. 1 Z4 ASVG möglich gewesen, so verhinderte der Gesetzgeber mit dieser Gesetzesnovelle, "daß auch Zeiten einer nach dem alten Strafgesetz ausgesprochenen Straftat wegen der inzwischen erfolgten Entkriminalisierung als Ersatzzeiten berücksichtigt werden." (IVANSITS, 1990: 194)

Einem einzigen Betroffenen wurde auf massivem Druck der HOSI-Wien hin die Anerkennung der KZ-Haft als Ersatzzeit für die Pension zugesprochen. Das Verfahren für die Zuerkennung hatte allerdings so lange gedauert, daß der Anspruchsberechtigte noch vor der Zuerkennung verstarb. Auch dies wieder ein Fall von "die Sache in die Länge ziehen" und warten, bis sich das Problem biologisch löst.

Erst als am 1. Juni 1995 der "Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus" beschlossen wurde, kamen erstmals auch homosexuelle Opfer der Nazis zu finanziellen Zuwendungen.

Ursprünglich hätte die Aufgabe des Nationalfonds lediglich die Entschädigung jener ÖsterreicherInnen sein sollen "die wegen der Schaffung des Truppenübungsplatzes Allentsteig im Döllersheimer Ländchen enteignet worden waren." (KOSCHAT, 1997: 63)

Dies rief jedoch eine Reihe verschiedenster Organisationen - darunter die HOSI Wien - auf den Plan, die sich dafür einsetzten, daß auch alle anderen bisher vergessenen Opfergruppen Ansprüche auf Zahlungen aus dem Nationalfonds erhielten und so "gelang es, den Nationalfonds so auszuweiten, daß all jene Gruppen, die bisher nicht als Opfergruppe anerkannt und demnach nicht entschädigt worden waren, in diesen aufgenommen wurden.

Somit haben auch lesbische und schwule NS-Opfer ein Anrecht auf Entschädigung nach dem Nationalfondsgesetz." (KOSCHAT, 1997: 63)

Diese Entschädigung kommt allerdings erstens für die meisten Opfer viel zu spät und zweitens sind diese Zuwendungen keinesfalls Summen, die Anlaß zum Jubeln geben könnten.

Jeder bewilligte Antrag wird mit einer einmaligen Zahlung von ÖS 70.000.- abgespeist. "Nur im Falle nachweislicher Bedürftigkeit" (KOSCHAT, 1997: 63) können diese 70.000.- erhöht werden.

Wird ein Antrag an den Nationalfonds abgelehnt, gibt es keinen Instanzenweg, also keine Möglichkeit zu berufen. Grundsätzlich können zwar die Ansprüche auf Gelder aus dem Nationalfonds vererbt werden, allerdings sind auch hier homosexuelle Lebensgemeinschaften wieder einmal diskriminiert. Hinterbliebene aus lesbischen oder schwulen Lebensgemeinschaften gelten nicht als Angehörige und haben somit wenn der Anspruchsberechtigte bereits verstorben ist keinen Anspruch auf Zahlungen aus dem Nationalfonds.

Kollektives Verdrängen

Insgesamt stellt sich so in Österreich - wie in der Bundesrepublik - die Situation homosexueller NS-Opfer immer noch als eine extrem unbefriedigende heraus. Neben der unzureichenden "Wiedergutmachung", die homosexuelle NS-Opfer gegenüber anderen Opfergruppen immer noch deutlich benachteiligt, geht dies so weit, daß auch in den Neunzigern noch Parlamentsabgeordnete wie der VP-Abgeordnete Donabauer im Rahmen der Debatte um das OFG und den Nationalfonds immer noch bezweifeln können, "daß Homosexuelle im Dritten Reich verfolgt worden wären." (KOSCHAT, 1997: 63)

In Österreichischen Schulbüchern findet sich zwar zwischenzeitlich schon überall ein - wenn auch meist dürftiger - Abschnitt über die Geschichte des Nationalsozialismus, bei den erwähnten Opfern wird jedoch fast immer sehr selektiv vorgegangen. Selten sind homosexuelle NS-Opfer überhaupt erwähnt, der Umgang Österreichs mit diesen Opfern nach 1945 wird nirgends angesprochen.

In Mauthausen konnte erst in den späten Achzigerjahren mit einem Gedenkstein an die homosexuellen Opfer erinnert werden.

Bei Gedenkfeiern für die Opfer des Nationalsozialismus werden die lesbischen und schwulen Opfer oft immer noch "vergessen". Erst 1997 "waren in Mauthausen die homosexuellen Initiativen aus Österreich mit ihrer Feier an der Gedenktafel für die lesbischen und schwulen KZ-Opfern erstmals offiziell im Programmheft der Befreiungsfeier angeführt." (BARTEL, 1997: 10)

Ist der Faschismus und Nationalsozialismus in Österreich allgemein schon kollektiv verdrängt worden, so ist es die Geschichte schwuler und lesbischer NS-Opfer noch viel mehr.

Und mit ihrer Geschichte wurden auch die Opfer dieser Geschichte verdrängt, sogar bis nach ihrem Tod.

Bibliographie:

BARTEL, Rainer: Befreiung im ehemaligen KZ-Mauthausen

in: Pride, Das Gratismagazin der HOSI-Linz, Nr. 38, Juni 1997

DALLINGER, Alfred: Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Srb und Freunde an den Bundesminister für Arbeit und Soziales betreffend die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus;

Nr. 2474/J vom 12.9. 1988;

II-5312 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, XVII. Gesetzgebungsperiode
Wien 1988

GALANDA, Brigitte: Die Maßnahmen der Republik Österreich für die Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus - Wiedergutmachung

Wien 1985, Manuskript, DOW-Bibliothek: 14533

HAUER, Gudrun: Leben und Schwulengeschichte - Diskriminierung und Widerstand

in: Handl/Hauer/Krickler/Nußbaumer/Schmutzer: Homosexualität in Österreich; aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien
S 50 - 65

Wien, 1989

HAUER, Gudrun: Homosexuelle im Faschismus

in: Hauer/Schmutzer: Das Lambda-Lesebuch, Journalismus andersrum

S 107 - 124

Wien 1996

HAUER, Gudrun: Lesben und Nationalsozialismus
in: Hauer/Schmutzer: Das Lambda-Lesebuch,
Journalismus andersrum
S 149 - 155
Wien 1996
IVANSITS, Helmut: Das Wiedergutmachungsrecht für
Opfer politischer, religiöser oder rassistischer Verfolgung
in: Das Recht der Arbeit, 40. Jahrgang, Nr.3, S 185 - 195;
Wien 1990
KOSCHAT, Martin: Aussitzen bis zur Vergasung
in: Lambda-Nachrichten 1/97, S 62 - 63;
OSTLER-GANZMÜLLER: Die "Inversionswelle" -
Jugendbewegung, Schwule und Nationalsozialismus
in: Hauer/Schmutzer: Das Lambda-Lesebuch,
Journalismus andersrum

S 165 - 175

Wien 1996

VRANITZKY, Franz: Beantwortung der Anfrage der
Abgeordneten Voggenhuber, Freundinnen und Freunde
an den Bundeskanzler betreffend die Mitverantwortung
Österreichs an den Verbrechen des Nationalsozialismus,
Wahrnehmung dieser Mitverantwortung durch die II.
Republik, Anerkennung und Entschädigung der Opfer;
Nr. 2666/J vom 13. 3. 1992;

II-5826 der Beilagen zu den Stenographischen
Protokollen des Nationalrates, XVIII.
Gesetzgebungsperiode;
Wien 1992

Gioconda Belli

Sie entstammt einer vermögenden Familie und wurde
1948 in Managua/Nicaragua geboren. Sie studierte in
Spanien und den USA. Ab 1970 beteiligte sie sich am
Widerstand der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN
gegen die Somoza-Diktatur ihres Landes. Sie wurde ver-
haftet und zu sieben Jahre Haft verurteilt, konnte aber
nach Costa Rica fliehen. Heute arbeitet sie vorallem im
Bereich der politischen Bildung und lebt mit ihren drei
Kindern in Managua. Sie ist unter anderem Redakteurin
der Kulturzeitschriften "Ventana" und "Nuevo Amanecer
Cultural".

Als ihre ersten Gedichte erschienen, waren sie ein
Skandal. Nicht nur wegen ihrer politischen, sondern voral-
lem wegen ihrer erotischen Inhalte. Denn kaum je zuvor
hatte eine Frau aus Lateinamerika so offen von ihren

Wünschen, Phantasien und Schwächen gesprochen,
kaum je zuvor waren intellektuelle Erkenntnisse, sexuelle
Ekstase und revolutionärer Kampf so zur Einheit ver-
schmolzen wie in den Zeilen dieser Gedichte. Gioconda
Belli sagt selbstbewußt, sie spüre ihre Macht als Frau.
"Ich fühle instinktiv, daß ich die Schlange vom Baum des
Lebens geholt hatte." Als revolutionäres weibliches Ethos
erscheint dabei die Sehnsucht nach dem brüderlichen
Menschsein, nach der solidarischen, sinnlichen Existenz.
"Laßt uns eine Zukunft malen, in der Frau und Mann mit-
einander sprechen und einander begleiten über die
Haustür hinaus. Laßt uns die Liebe malen mit
Riesenbuchstaben... in der Farbe des Morgens"

Die folgenden Gedichte stammen aus den Gedichtbänden
"In der Farbe des Morgens" und "Feuerlinie".

Zeugen wir Kinder

hunderte Kinder, sie werden geboren
zwischen braunen Beinen, unter Gesängen.

Zeugen wir Kinder,
mit geballten Fäusten
die Verschwörung, das Geheimnis in den Augen.

Zeugen wir Kinder,
sie werden auftauchen in Bergen, Städten und Feldern,
Kinder mit Blitzen im Blick,
Kinder verschwiegen, in der Nacht bringen sie
Botschaften.

Kinder ohne Vater und Mutter,
Söhne von Frau und Mann im Verborgenen,
heimliche Kinder.

Zeugen wir Kinder,
gebären wir
für jeden getöteten Mann und jede getötete Frau
hundert Kinder,
die weiterkämpfen.



Und Gott machte eine Frau aus mir

Und Gott machte eine Frau aus mir,
mit langem Haar,
Augen,
Nase und Mund einer Frau.
und Falten
und weichen Mulden,
höhlte mich innen aus
und machte mich zu einer Menschenwerkstatt.
Verflocht fein meine Nerven
und wog sorgsam aus.
Mischte mein Blut
und goß es mir ein,
damit es meinen Körper
überall bewässere.
So entstanden die Gedanken,
die Träume,
die Instinkte.
All das schuf er behutsam
mit seinen Atemstößen
und seiner bohrenden Liebe,
die tausendundein Dinge, die mich täglich zur Frau
machen,
derentwegen ich stolz
jeden Morgen aufwache
und mein Geschlecht segne.

Die Orchidee aus Stahl

Dich lieben in diesem Krieg, gleichzeitig reibt er uns auf
und bereichert er uns.
Dich lieben, nicht daran denken, wie die Zeit verrinnt,
wie über unsere Küsse der Abschied kommt.
Dich lieben in unserem eigenen Krieg
mit Beinen und Armen,
dich lieben mit Angst im Hals.
Dich lieben ohne Kenntnis des Tags unseres Abschieds
oder
des Wiedersehens,
denn zwischen unseren verschlungenen Körpern stieg
heute
die Sonne auf,
unser Lächeln war schläfrig am Morgen.
Dich lieben, denn ich habe deine Stimme gehört,
und warte nun darauf, dich zu sehn, wie du aus der Nacht
auftauchst.
Dich lieben in dieser ganzen Ungewißheit,
fühlen, unsere Liebe ist ein Geschenk,
eine Pause in so viel Leid und im Kugelregen,
ein Augenblick in den Kampf eingefügt,
damit wir nicht vergessen, wie sehr die Haut Zärtlichkeit
braucht,
wenn wir uns lieben, Geliebter,
eingeschlossen in einem dreieckigen Land.

V.B.

cafe politique -
Das politische Kaffeehaus

Feministische Ökonomie

Vortrag und Diskussion mit
Gabriele Michalitsch
Wirtschaftswissenschaftlerin an der WU

Donnerstag, 17. 6. 99, 20 h
Republikanischer Club
Rockgasse 1, 1010 Wien
(neben Juridicum)

GRAS

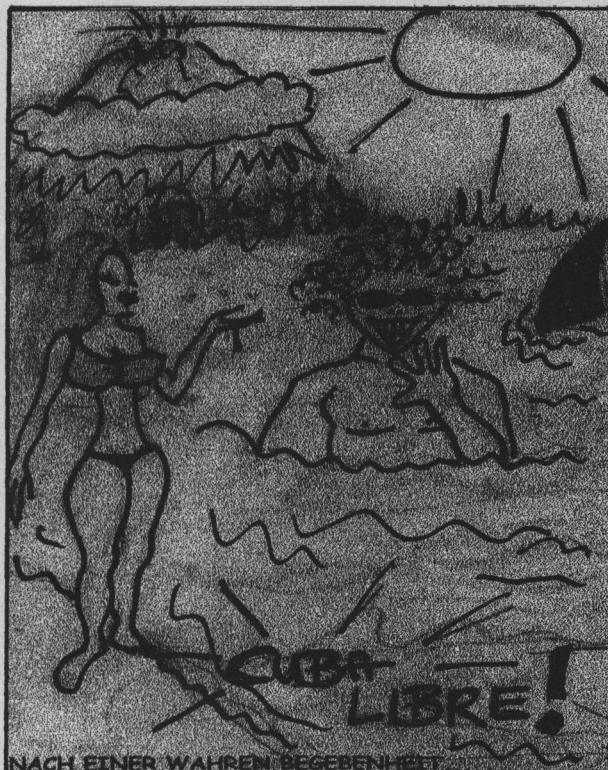
Grüne und Alternative StudentInnen



**ALLE MENSCHEN
SIND
AUSLÄNDER/INNEN
- FAST ÜBERALL**

**10
JAHRE
TATblatt**

Bestelladresse: 1100 Wien,
Wielandgasse 2-4/414, e-mail:
TATblatt@blackbox.at
Konto: PSK 92037311 (lautend
auf Verein "Infrastruktur")
* drei Probenummern sind gratis
(für alle, die noch kein
(Probe)Abo hatten)
* 10-Nummern-Abo: 180,-
20-Nummern-Abo: 350,-
20-Nummern-Förder-Abo: 700,-



NACH EINER WAHREN BEGEBENHEIT



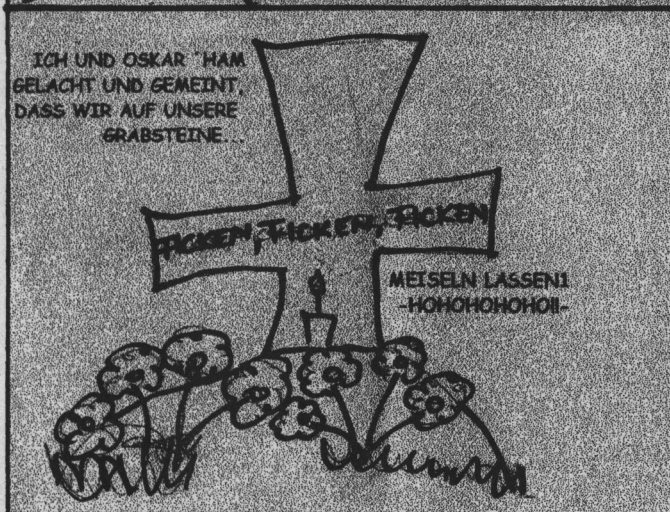
HIL SCHON LANGE NICHT MEHR
GESEHN WIE MEIN URLAUB WAR?
SPITZENKLASSE! ICH WURD SOFORT
WIEDER HINFAHREN.
ACH NEIN, VOM LAND HAN WIR
NICHT VIEL GESEHEN WIR
WOLLTEN NUR RELAXEN, DIE
SEELE BAUMELN LASSEN,
SO RICHTIG 'NEN DRAUFMACHEN.
ICH SAG' DIR DIESES LAND
HAT MÄDELS, AABSOLUT GEEHIL
HE, ICH HAB' WEIBER GEBUMST
WAHNSINNI SOLCHE HEISSE
DINGER SCHAUN MICH HIER
NICHT MAL AN, ES WAR EIN-
FACH GENIAL



AUS DEM FLUGZEUG
AUSGESTIEGEN UND OSKAR
STRAHLE NUR SO VOR GLÜCK!
WIR HAN UNS GLEICH IM HOTEL
AN DER BAR EIN PAAR COCKTAILS
REINGEZISCHT, 'NE KLEINE PRISE
COKS REINGEZOGEN UND HAN SO RICHTIG
EINEN DRAUFGEMACHT.
WAHNSINN, EIN PAAR
DOLLARES IM SACK UND DU
BIST DER KING!!!



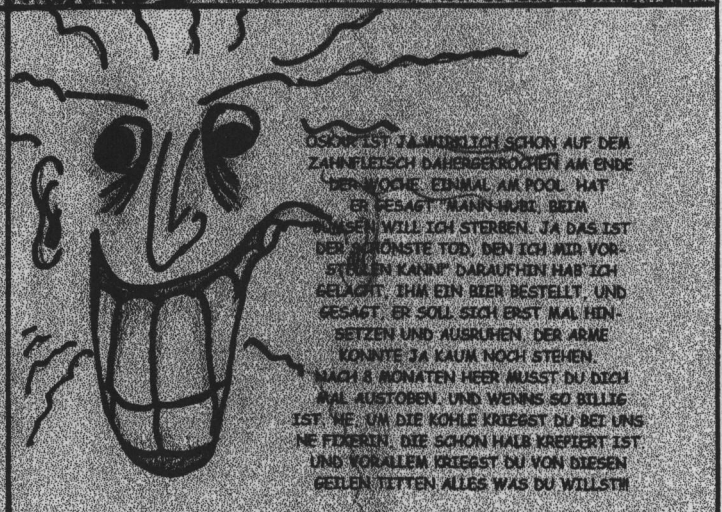
DIE MÄDELS, SO GEILE
WEIBER HABE ICH NOCH NIE
GESEHEN, DIE HABEN EINEN GANZ
ANDEREN UMGANG MIT
SEXUALITÄT, DIE SIND
FROM, WENN SIE MAL SO
RICHTIG EINER DRAN-
KOMMT, DIE SIND RICHTIG ANHÄNG-
LICH, WURDEN DICH AM LIEBSTEN
SOFORT HEIRATEN UND MIT DIR
HINFAHREN IN DEN WESTEN HALT,
ABER ICH KANN SIE DOCH NICHT
MITNEHMEN, SABINE WÜRD
AUSFLIPPEN.
DU ZAHLEST DEN WEIBERN
EIN PAAR DRINKS, BIST EIN
BISSCHEN FREUNDLICH UND
WENN DU DANN MIT EINER
IM ZIMMER BIST, GIBST DU IHR
EIN PAAR DOLLARS, NEIN, ES IST
KEINE BEZAHLUNG, SAGEN WIR
EIN KLEINES GESCHENK FÜR
DEN SCHÖNEN ABEND.
SIND JA EH SO ARME SCHWEINE
DA UNTEN, WEIST DU, DIE KONNEN
NOCH SO RICHTIG DANKBAR SEHN!!!



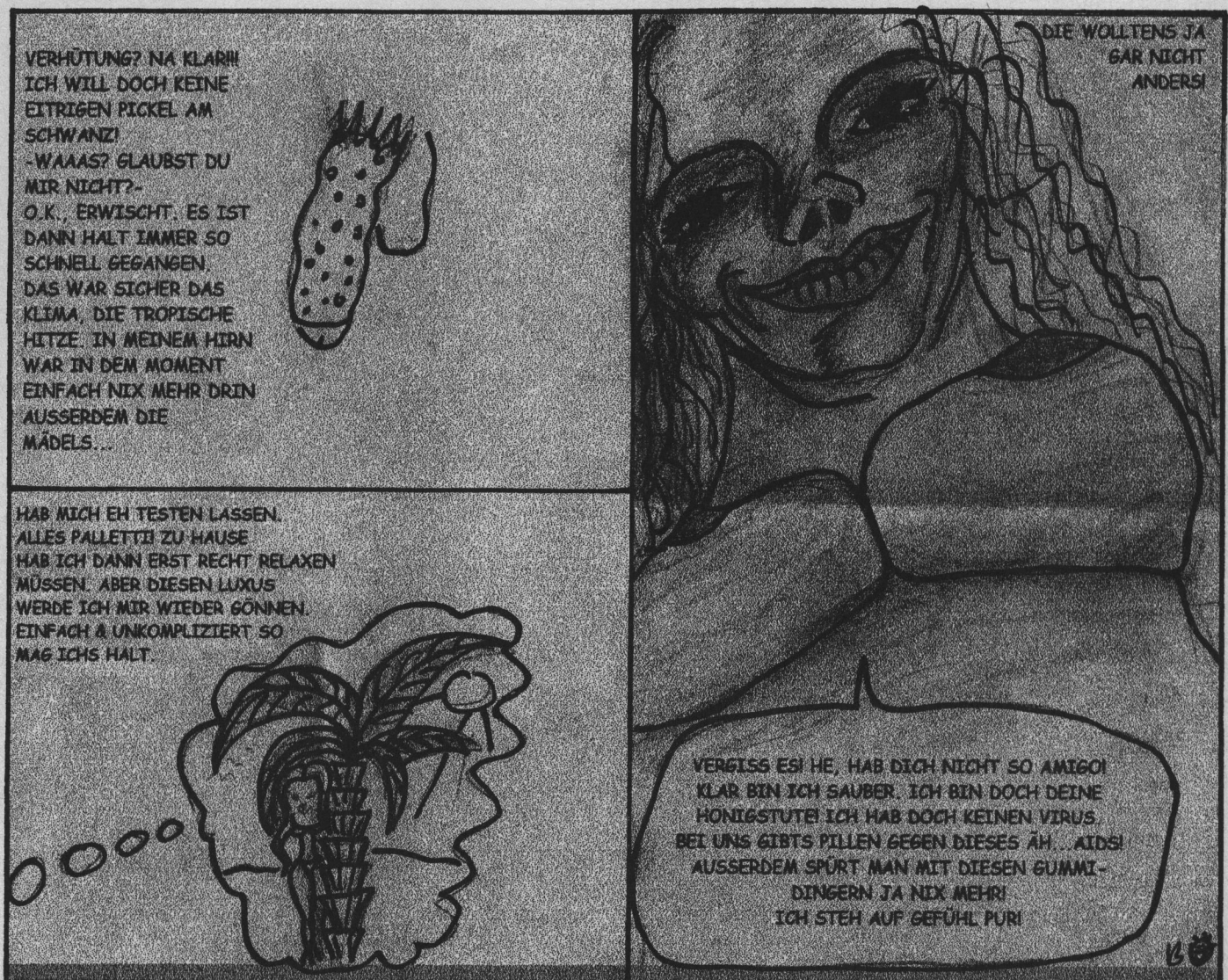
ICH UND OSKAR HAN
GELACHT UND GEMEINT,
DASS WIR AUF UNSERE
GRABSTEINE...



METSELN LASSEN!
HOHOHOHO!!



OSKAR IST JA WUNDERLICH SCHON AUF DEM
ZAHNFLEISCH DAHERGEKROCHEN AM ENDE
DER WOCH EINGMAL AM POOL HAT
ER GESAGT "MANN-WIRL, BEIM
PUSSEN WILL ICH STERBEN, JA DAS IST
DER SCHÖNSTE TOD, DEN ICH MIR VOR-
STELLEN KANN!" DARAUFHIN HAB' ICH
GELACHT, IHM EIN BIER BESTELLT, UND
GESAGT, ER SOLL SICH ERST MAL HIN-
SETZEN UND AUSRUHEN, DER ARME
KONNTE JA KAUM NOCH STEHEN.
NACH 8 MONATEN HEER MUSST DU DICH
MAL AUSTOBN, UND WENN'S SO BILLIG
IST, WE, UM DIE KOHLE KRIEGST DU BEI UNS
NE FIKZERIN, DIE SCHON HALB KREPIERT IST
UND KORALLEM KRIEGST DU VON DIESEN
GEILEN TITTEN ALLES WAS DU WILLST!!



NEU
Internet & FemNet für alle!

STICHWORT

Archiv der
Frauen- und Lesbenbewegung
Bibliothek · Dokumentation · Multimedia

1150 Wien, Diefenbachg. 38
(14. UG Langenfeldgasse)

Tel. & Fax: 812 98 86
email: stichwort@vip.at
stichwort@fem-wien.cl.sub.de

Öffnungszeiten:
Mo & Di 9-14, Do 15-20 Uhr

Staatlicher Mord im Flugzeug

Am 1. Mai ermordeten drei Wiener Polizisten einen nigerianischen Schubhäftling auf dem Flug von Wien nach Sofia, von wo er weiter nach Nigeria transportiert werden hätte sollen.

Im September 1998 suchte der vierundzwanzigjährige Nigerianer Marcus Omofuma erstmals in Österreich um Asyl an. Im Februar 1999 wurde der Antrag dann endgültig abgewiesen, worauf am 1. Mai drei Wiener Polizisten Marcus nach Nigeria bringen sollten.

Geknebelt im Flugzeug

Die Deportation Marcus Omofumas, der sich vor der Rache einer berüchtigten Sekte nach Österreich geflüchtet hatte, verlief jedoch nicht ohne verzweifelte Gegenwehr. Wie viele Menschen die von österreichischen Behörden in ihre Verfolgerstaaten deportiert werden, wehrte sich laut Angaben der Polizisten auch Marcus gegen seine Abschiebung. Viele Schubhäftlinge müssen nach ihrer Abschiebung befürchten in ihrem "Heimatland" eingesperrt, gefoltert oder gar getötet zu werden. So ist es nur zu verständlich und ihr selbstverständlichstes Recht, sich gegen ihre gewaltsame Abschiebung zu wehren. Im Falle Marcus Omofumas ist es jedoch nicht einmal sicher wie sehr er sich gewehrt hat. Schon wenige Tage nach seiner Ermordung meldeten sich Augenzeugen, die im gleichen Flugzeug wie Marcus Omofuma nach Bulgarien flogen, die die Version der Polizei bestritten, und keinen wild um sich schlagenden, gefährlichen Marcus gesehen hatten. Die drei Polizisten selbst verwickelten sich ständig in Widersprüche. Erst eine Woche nach der Ermordung von Marcus brachten sie erstmals die Version auf von diesem gebissen worden zu sein und deshalb den "Beißschutz" angelegt zu haben.

Auf jeden Fall zerrten die drei Polizisten den an Händen und Füßen gefesselten Mann in die Maschine der Balkan Air - beinahe die einzige Fluglinie die bei Abschiebungen noch mit dem Innenministerium kollaboriert.

Im Flugzeug selbst knebelten die Polizisten den Deportierten, um ihn am Schreien zu hindern. Der Mund wurde ihm mit Plastikbändern verklebt. Als der Schubhäftling gegen Ende des Fluges "ruhiger" wurde, nahmen die Beamten ihm Fesseln und Klebebänder ab. Laut KURIER fiel ihnen erst jetzt auf, "daß ihr Schützling in tiefer Ohnmacht lag."

Vasil Iliev, der Cheffunker der Balkan-Air-Maschine in der Marcus Omofuma von den drei Polizisten ermordet wurde, gab in einem Interview für das Magazin NEWS hingegen schon wenige Tage nach dem Mord an, die

Beamten vergeblich gebeten zu haben dem sichtlich an Atemnot leidenden Marcus Omofuma doch die Klebestreifen abzunehmen. Der drohende Erstickungstod von Marcus kann so den Beamten kaum erst kurz vor der Landung in Sofia aufgefallen sein, als bereits alles zu spät war.

Der offizielle Obduktionsbericht der bulgarischen Behörden spricht nun sogar davon, daß nicht nur der Mund sondern auch große Teile der Nase zugeklebt worden wären und Marcus Omofuma deswegen erstickt wäre.

Deportierter ermordet

Obwohl ärztliche Hilfe angeordnet wurde, kam für den von österreichischen Behörden Deportierten jede Hilfe zu spät. Der am Flughafen in Sofia anwesende Notarzt konnte nur mehr den Tod des Patienten feststellen...ermordet von den Österreichischen Polizisten.

Innenminister Schlögl hat nun zwar eine Untersuchung "des Vorfalles" angekündigt, wie in vergangenen Fällen wird dabei aber maximal die Verurteilung einiger schwarzer Schafe in der Polizei und der Freispruch für die österreichische Abschiebepolitik die Folge sein. Bereits am nächsten Tag erklärten sich Viktor Klima und Parlamentspräsident Fischer solidarisch mit dem Innenminister, der letztlich die politische Verantwortung für den Mord zu tragen hat.

Angegriffen wurde von seinen Parteigenossen hingegen der Vorgänger Schlögls, Minister Einem, der der Version des Innenministeriums widersprach nichts von den

Abschiebepaxen der Polizei gewußt zu haben. Laut Einem wußten zumindest die höheren Beamten des Innenministeriums von der Praxis Schubhäftlingen bei ihrer Abschiebung Klebebänder vor den Mund zu picken.

Weitere ethnische Säuberungen in Österreich

Nach heftiger Kritik an Innenminister Schlögl (SPÖ) wurden nun vorläufig alle Abschiebungen per zwangsweisem Flugtransport ausgesetzt. Von einem Rücktritt, wie ihn der belgische Innenminister vor wenigen Monaten nach einer ähnlichen Ermordung eines Schubhäftling vorexerzierte, will Schlögl nichts wissen.

Aber auch mit einem Rücktritt Schlögels wäre wenig erreicht, denn Rassismus ist in Österreich ein integraler Bestandteil aller gesetzlicher und institutioneller Ebenen. Marcus Omofuma ist bereits der zweite Afrikaner der



heuer von österreichischen Polizisten ermordet wurde. Bereits am 19. Jänner wurde Ahmed F. laut Augenzeugenberichten von Polizeibeamten durch Schläge, Tritte und Würgen am Hals so schwer mißhandelt, daß er noch am Tatort verstarb.

Diese beiden Morde sind keine Einzelfälle "schwarzer Schafe" in der Polizei. AfrikanerInnen sind in Österreich tagtäglich Schikanen, Drohungen und Gewalt von Behörden und der rassistischen Bevölkerung ausgesetzt. Daß die Beliebtheit des Innenministers in der Bevölkerung nach der Ermordung von Marcus Omofuma und den folgenden Wortmeldungen des Ministers und seiner Beamten kaum gelitten hat, spricht für sich. Rassismus ist eben nicht nur integraler Bestandteil der österreichischen Politik, sondern auch der österreichischen Bevölkerung. Aufgehetzt von der Kronenzeitung prasselten etwa nur so die Anrufe auf die Telephonzentrale der Grünen ein, die sich darüber beschwerten, daß die Grünen "wegen eines Negers", "nigerianischen Drogenhändlers",... so einen Wirbel machen würden. Den AktivistInnen der ÖKOLI wurde beim Verteilen der Flugblätter gegen den Mord an Marcus immer mal wieder gesagt, daß "gleich alle Neger umgebracht gehörten",...

Allerdings bekamen wir natürlich auch viele positive Rückmeldungen. Die Großdemonstration vom Samstag, den 8. Mai - an deren Mobilisierung auch wir uns beteiligt hatten - und bei der afrikanische Gruppen gemeinsam mit österreichischen Linken innerhalb weniger Tage über 2.000 Menschen auf die Straße brachten, zeigt, daß es auch Widerstand gegen diesen Rassismus gibt.

Trotzdem, auch nachdem nun endgültig die mörderische Konsequenz dieses gesetzlich verankerten Rassismus öffentlich wurde, denkt die SPÖVP-Regierung gar nicht daran die "ethnischen Säuberungen", die sie seit Jahren an schwarzafrikanischen, kurdischen, tamilischen, algerischen,... Asylsuchenden betrieben werden, einzustellen. Sie versucht weiterhin Haider rechts zu überholen und einen TODSicheren Grenzposten der Festung EUropa darzustellen. Damit sind in einem Land wie Österreich schließlich auch mehr WählerInnenstimmen zu holen als mit einer Politik, die sich von Abschottung und Rassismus lossagt.

Kampagne der Kronenzeitung

Und auch die meistgelesene Zeitung Österreichs betrieb, kaum war der Innenminister unter Druck geraten, eine regelrechte Kampagne, die letztlich darauf hinauslief den Mord an Marcus Omofuma zu rechtfertigen. So nach dem Motto, wenn sich ein Afrikaner wehrt muß er auch damit rechnen von unseren sich heldenhaft fürs Vaterland einsetzenden Polizisten umgebracht zu werden. Die armen Polizisten, die nur ihre Pflicht erfüllen...

Einmal mehr erzeugt die Krone mit dieser Rechtfertigung für einen rassistisch motivierten Mord der Staatsmacht für Akzeptanz für ebensolche rassistischen Morde in der

Zukunft.

Rassistische Mitmenschlichkeit

Und gegen all diesen Wahnsinn gibt es beinahe nur Widerstand der afrikanischen Gruppen selbst und der radikalen Linken. Die Grünen und die Liberalen haben sich ebenso von einer antirassistischen Kritik verabschiedet wie bürgerliche Menschenrechtsorganisationen wie SOS Mitmensch.

Wer die Rede des Grünen Parteichefs Alexander Van der Bellen in der Parlamentsdebatte über den Tod von Marcus Omofuma gehört hat, mußte mit Entsetzen feststellen, daß darin weder der Rücktritt des Innenministers, noch eine Änderung der rassistischen Gesetze gefordert wurde. Von der Forderung nach "offenen Grenzen" haben sich die Grünen sowieso schon seit Jahren verabschiedet, die Liberalen haben dies gar nie getan. Größere Quoten und humanere Abschiebungen sind das Ziel dieser beiden Parteien des liberalen Bildungsbürgertums.

Menschenrechtsorganisationen wie SOS Mitmensch haben nun sogar deutliche Signale ausgesandt, daß sie, wie das Innenministerium vorschlägt, bereit sind, an Abschiebungen mitzuwirken und so diese "menschlicher" zu machen. Was dann nach einer, so auch noch durch humanitäre Organisationen legitimierten Abschiebung, mit den Menschen im Lande in das sie deportiert wurden geschieht, interessiert niemanden mehr. SOS Mitmensch Oberösterreich betreibt bereits jetzt Schulungen für PolizistInnen, die Caritas übernimmt die psychische Betreuung von Schubhäftlingen vor ihrer Deportation und hilft damit sicherzustellen, daß sich diese Menschen nicht gegen diese zur Wehr setzen.

SOS Mitmensch beteiligte sich zudem nicht an der Demonstration am 8. Mai, da sich diese Gruppierung weigerte den Mord an Marcus Omofuma als solchen zu benennen. SOS Mitmensch organisierte hingegen ohne Einbindung afrikanischer Gruppen eine Kundgebung für Mittwoch, den 12. Mai, die dann auch von fast allen afrikanischen Gruppen boykottiert wurde. AktivistInnen afrikanischer Gruppen beklagten die Präpotenz von SOS Mitmensch und fühlten sich in keinsten Weise ernst genommen. SOS versucht offensichtlich über die Köpfe der Betroffenen hinweg Menschenrechtsarbeit für diese zu machen, in typisch europäisch-paternalistischer Manier eben. Außerdem stellt sich sowieso die Frage warum jemand dafür demonstrieren soll "humaner" abgeschoben zu werden.

Aber die Zahl der "humanistischen" TrauerkundgeberInnen war überhaupt sehr lächerlich. Nachdem die Leitung der Kundgebung die Linken DemonstrantInnen, die von einer Demo um den "Schubhären" Rossauer Lände auf die Kundgebung gestoßen waren, aufgefordert hatte keine "politischen Parolen" zu rufen und daraufhin große Teile dieser die Kundgebung wieder verließen waren vielleicht noch 500

Menschen übrig die SOS Mitmensch selbst mobilisiert hatte.

Stattdessen kam es vor und während des internationalen Aktionstages am 12. Mai vor österreichischen Botschaften im Ausland zu Protesten (Paraguay, Irland, Frankreich,...) und sogar die Nigerianische Botschaft konnte sich zu Protesten gegen die Ermordung ihres Staatsbürgers durch Österreichische Polizei durchringen.

Wenn wir in diesem Lande selbst aber mittlerweile so weit sind, daß all das ohne größere Proteste, auch von bürgerlichen, liberalen und grünen "HumanistInnen" vor sich gehen kann, dann leben wir in einem Staat, in dem Minderheiten und MigrantInnen wieder mehr und mehr zu Freiwild erklärt werden.

Petra Meier

"Für eine Welt ohne Rassismus"

Unter diesem Namen sammelten sich gleich nach dem Bekanntwerden der Ermordung von Marcus Omofuma die verschiedensten afrikanischen, linken und linksradikalen Gruppen, um gegen die Ermordung von Marcus und die rassistischen Gesetze, die dazu geführt haben zu Protestieren. Neben einigen Spontandemos der ersten Tage und einer mehrtägigen Mahnwache vor dem Innenministerium konnten vor allem für die Demonstration am Samstag den 8. Mai in relativ kurzer Zeit doch über 2.000 DemonstrantInnen mobilisiert werden. Am Mittwoch, den 12. Mai organisierten die "Welt ohne

Rassismus"-Gruppen eine Lärmdemo um den Schubhären Rossauer Lände, die doch laut genug gewesen sein dürfte, um von den Schubhäftlingen gehört worden zu sein.

Im Umfeld dieser größeren Aktivitäten entstanden auch eine Reihe kleinerer Aktionen von verschiedensten Gruppen und Einzelpersonen. Hunderte von SPÖ-Wahlplakaten wurden mit den "Forderungen" "fesseln, knebeln, ersticken lassen" überklebt. Ebenso wurden hunderte von Stenzels, Klimas oder Hans Peter Martins mit Klebeband "geknebelt".

Ein Aktivist der Ökoli sorgte im Parlament mit unserem dazu gemachten Flug für einen Flugblattregen. Die von ihm gerufene Parole "Abschiebung ist Folter! Abschiebung ist Mord! Bleiberecht für alle und sofort!" war daraufhin nicht nur in den ORF-Nachrichten gut verständlich zu hören, sondern wurde auch in fast allen Tageszeitungen richtig wiedergegeben. Dafür gabs für unseren Aktivisten jetzt Hausverbot im Parlament.

Neue Infos zu Aktivitäten in Zusammenhang mit Marcus O. sind per Internet schnell zu bekommen: www.illegalisiert.at

Klinkt euch in die Proteste ein! Es darf nicht zur Tagesordnung übergegangen werden!
-red-

**ska
njeri
që është
illegal**

Wenn der nationale Wahn einmal ausgebrochen ist...

...scheint er immer noch große Teile der Linken anzusprechen. Auch wenn es sich angesichts der Kriegsgreuel, Vertreibungen und NATO-Bomben wie eine Nebensache anhört, so ist das Verhalten vieler Gruppierungen der Österreichischen Linken symptomatisch für ihre unreflektierte Unterstützung aller möglicher Nationalisten, wenn sie nur dem Kampf gegen den Westen dienen oder aber im jeweiligen antiimperialistischen schwarz-weiß-Denken gerade auf der "richtigen Seite" stehen. Ein Rundumschlag gegen eine Linke zwischen "Kosovo bleibt serbisch!"- Rufen und der Unterstützung für die UCK.

Bereits vor den NATO-Militärschlägen fühlten sich eine Reihe dogmatisch-marxistischer Gruppierungen der hiesigen Linken bemüht für eine der nationalistischen Kriegsparteien Partei zu ergreifen. Für die Revolutionär Kommunistische Liga (RKL) stand von Anfang an fest, daß Milosevic Antiimperialist und damit zu unterstützen wäre, während der ArbeiterInnenstandpunkt (AST) - einst vor Jahren aus einer Abspaltung der damals noch trotzkis-

stischen RKL hervorgegangen - sich "vorbehaltslos" auf die Seite der UCK schlug.

Nationale Mobilmachung von Links

Obwohl bereits lange vor den NATO-Schlägen der mörderische Nationalismus beider Kriegsparteien im Kosovo bekannt war, hatten es sogleich eine Reihe verschiedener Gruppierungen eilig, für einen der beiden Nationalismen Partei zu ergreifen.

In der ersten Hälfte 1998 waren zwar noch keine Informationen von Verbrechen der UCK an serbischer Zivilbevölkerung bekannt, trotzdem klingt die Beurteilung der Politik der UCK als "nur eine berechnete Gegenwehr", wie es der AST in einer Broschüre im April 1998 formulierte im besten Fall naiv. Der AST kritisierte damals ausführlich die kompromißbereite Haltung der Demokratischen Liga des Kosovo unter dem Präsidenten der Rep Kosovo, Rugova, um stattdessen die Unterstützung der UCK zu fordern.

Nun muß zwar festgehalten werden, daß in der UCK des Frühjahrs 1998 noch eine Reihe von albanischen Kommunisten (Enver Hodscha-Anhänger) aktiv waren und noch nicht die ausschließlich prowestlich-nationalistische Führung das Kommando der UCK übernommen hatte, die Entwicklung zu einem exzessiven Nationalismus war aber bereits damals absehbar und der ASt hält bis heute - auch nach einer Reihe von nationalistisch motivierten Morden der UCK an serbischen ZivilistInnen und auch von dieser Seite betriebenen Kriegshetze - trotz Kritik am NATO-Schlag an der grundsätzlichen Unterstützung der UCK fest.

Während der ASt sich schon seit 1997 auf die Seite der albanischen "nationalen Befreiungsbewegung" UCK schlug, fühlten sich schon längst einige andere Gruppen der Österreichischen Linken bemüßigt für den sich gerade an der Macht befindlichen serbischen Nationalismus zu erwärmen.

Neben einer Reihe von kleineren maoistischen und anti-imperialistischen Gruppen wie die "Kommunistische Aktion" (KOMAK), die aber kaum von Bedeutung sind, unterstützte die Unifraktion BING (Basisinitiative Nawi/Grüne) auf der Naturwissenschaftlichen Fakultät immer wieder proserbische Demonstrationen. Vor allem machte sich die letzten Jahre aber immer wieder die extroktistische "Revolutionär Kommunistische Liga" (RKL) für den angeblichen Antimperialismus der jugoslawischen Führung stark.

Unterstützung für den "Antimperialisten" Milosevic

Daß der von Milosevic seit Jahren angeheizte serbische Nationalismus gemeinsam mit seinem kroatischen Pendant und der deutschen und österreichischen Außenpolitik eine Hauptschuld am blutigen Zerfall des multiethnischen Jugoslawien hatte und die Geschichte dieses Zerfallsprozesses auch mit der Abschaffung der Autonomie des Kosovo durch Milosevic begann, wollte natürlich keine dieser Gruppierungen sehen. Im vereinfachten "antiimperialistischen" Weltbild dieser Gruppen gibt es nur gut (=antiimperialistisch) und böse (=NATO, USA). Diktatoren, die zufällig mit diesen Bösen dann in Konflikt geraten, werden allein schon deshalb für RKL und Co. zu Antimperialisten. Nicht nur Milosevic wurde so von RKL, KOMAK. Infoverteiler oder der "Kampagne zur Verteidigung politischer und sozialer Rechte", die sich im Übrigen überwiegend mit der Unterstützung des Abu

Nidal- Terroristen Tawfik Chaowali beschäftigt - zu Antimperialisten geadelt, sondern auch Saddam Hussein, der immerhin bis Ende der Achzigerjahre mit US-Waffen den Iran bekämpfte und die iraqische KP und Linke nach seinem Machtantritt blutig vernichtete.

Aber warum sollten Gruppen, die bei der Unterstützung des Baath-Regimes des Iraq keine Probleme haben, bei Milosevic Bedenken anmelden. Die RKL machte so die Unterstützung des serbischen Nationalismus gegen den Imperialismus des Westens zu einem ihrer Hauptanliegen. Im Sommer 1998 organisierte sie sogar ein Unterstützungscamp in Jugoslawien, an dem die verschiedensten Fraktionen nationalistischer und "links"nationalistischer Gruppen aus ganz Restjugoslawien teilnahmen.

Ausgerechnet an der antimilitaristischen Kundgebung zum

Nationalfeiertag am 26. Oktober letzten Jahres kam es zur ersten großen Auseinandersetzung antinationaler Linker mit VertreterInnen des "Dachverbandes der Jugoslawischen Sport- und Kulturvereine", der ein Transparent mit der Aufschrift "Schützen sie das Serbische Volk am Amselfeld" mit sich getragen hatte. In den folgenden Auseinandersetzungen wurden antinationale Linke von einigen Antilmps sogar bedroht. Eine Reihe von antinationalen Gruppen verließen nachdem es nicht möglich war, die Nationalfahnen zu entfernen, die Kundgebung.

Demos mit serbischen FaschistInnen

Nach dem Beginn des NATO-Luftkrieges gegen Jugoslawien waren für Gruppen wie die RKL alle Dämme gebrochen. Aber auch die KPÖ und ihre Jugendorganisation KJÖ-Junge Linke erlagen sogleich der Faszination der Masse. Gemeinsam mit dem "Dachverband der Jugoslawischen Sport- und Kulturvereine", der sich seit einiger Zeit immer öfter "Serbischer Dachverband" nennen läßt, gingen bereits wenige Tage nach den Angriffen RKL, KPÖ, KJÖ, KOMAK und die im "Komitee für Antimperialistische Solidarität" (KAS) versammelten Antilmp-Gruppen auf die Straße. In einem Meer von serbischen Fahnen, Cetnik-Fahnen, Transparenten mit Aufschriften wie "Clinton is the new Hitler" oder andere den Nationalsozialismus verharmlosende Parolen, reckten sich auch die Transparente und Fahnen von KPÖ, RKL und KOMAK. Die RKL platzierte sich keine vier Meter von uniformierten serbischen Faschisten die mit Cetnik-Gruß sich ihr "Srbia" zum Hals



serbische Nationalisten auf Demo

raus schrien.

Mitglieder des Jugoslawischen Dachverbandes gefielen sich zudem schon kurz nach den Angriffen darin für das Magazin FORMAT mit Cetnik-Gruß in ihren von der KPÖ zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten - aus denen die KPÖ übrigens extra für den Dachverband im Sommer 1997 die BesetzerInnen der Rosa Antifa und der Antifaschistischen Front mittels Polizeigewalt räumen ließ - zu posieren.

Ethnische Säuberungen als "untergeordnetes Element"

Dementsprechend deutlich waren auch die schriftlichen Stellungnahmen von RKL und Co.

Die RKL schaffte es, in ihrem Aufruf für die Demo am 17. April das Jugoslawien Milosevics mit dem Republikanischen Spanien in seinem Kampf gegen die Franco-Faschisten gleichzusetzen und meint schließlich: "Serbien ist das neue Spanien." Gerüchte, wonach die wackeren Kämpfer (Innen?) der RKL in Kürze als "Internationale Brigaden" das Milosevic-Regime gegen NATO und UCK mit der Waffe in der Hand verteidigen werden, haben bisher allerdings nicht ihre Bestätigung gefunden.

Zu den ethnischen Säuberungen - von der RKL natürlich unter Anführungszeichen gesetzt - meinen die potentiellen SpanienkämpferInnen am Balkan in selbigem Aufruf: "Die nationalistischen Untaten, die oft von der selbst akut bedrohten lokalen serbischen Bevölkerung ausgehen, sind ein untergeordnetes Element in einem umfassenden Konflikt zwischen der NATO und Jugoslawien."

Dem Jugoslawischen Dachverband gefiel trotz aller Solidarität aller möglicher Linker die Mehrzahl der AufruferInnen zur Anti-NATO-Demo am 17. April nicht. Die KPÖ, die auf den Vorbereitungsplena noch jede Distanzierung von Milosevic auf Flugis und Plakaten verhindert hatte, überließ die Demo daraufhin dem Dachverband welcher nun zum Alleinveranstalter mutierte. Dies hinderte die RKL aber immer noch nicht daran, weiterhin zur Demo aufzurufen und für einen neuerlichen Aufruf für eine Anti-NATO-Plattform festzustellen, daß sich der Dachverband "aus verständlichen Gründen geweigert" habe, "mit Gruppen die in schizophrener Weise zwar die NATO-Agression verurteilen, aber dennoch das territorial-nationale Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner vertreten [...] gemeinsam zu demonstrieren"

Milosevic statt Mumia

Der "Kampagne zur Verteidigung politischer und sozialer Rechte", der RKL, KAS und KOMAK gelang es in all dem nationalen Taumel sogar noch die Mumia Abu-Jamal Solidemo am internationalen Mumia-Solidaritätstag, den 24. April für ihre Zwecke umzuinterpretieren. Selbst diese - ursprünglich von den verschiedensten Gruppen getra-

gene - Demo wurde weitgehend für den serbischen Nationalismus instrumentalisiert. Neben serbischen Fahnen und mit Cetnik-Barett bekleideten Fahنشwingern fand sich auch noch eine Russische Nationalfahne und die üblichen Transparente.

AktivistInnen der Ökologischen Linken (ÖKOLI), Rosa Antifa Wien (RAW), Freie ArbeiterInnen Union (FAU) und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE), die bei der Demoleitung die Entfernung der nationalistischen Symbole einforderten, wurden von dieser abgewiesen. Es wurde ihnen nicht einmal gestattet, einige Worte dazu durch das Demomikrophon durchzugeben, worauf sich ÖKOLI, RAW und FAU geschlossen von der Demo entfernten und anschließend eine gemeinsame Erklärung veröffentlichten. Auch einige AktivistInnen von JRE verließen die Demo, während einige Führungskader der Organisation anwesend blieben.

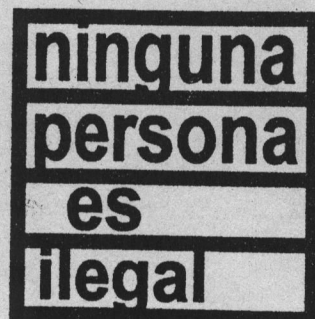
Von den serbischen NationalistInnen und ihren _sterreichischen Verbündeten wurde die Demonstration nun völlig vereinnahmt. Nach außen hin war sie überhaupt nicht mehr als Mumia Abu-Jamal Demo, sondern nur noch als Serbien-Demo zu erkennen. RKL, KOMAK, KAS und co. haben damit nicht zuletzt der hiesigen Solidaritätsbewegung mit Mumia Abu-Jamal einen fatalen Schlag versetzt.

Linke SchreibtischtäterInnen

Für den ersten Mai rief die RKL bereits am 18. April zur Bildung eines pro-Jugoslawien-Blockes auf, mit dem sie u.a. "für den vollständigen Sieg Jugoslawiens" demonstrieren will. In ihrer scharfsinnigen Analyse kommt die RKL dabei zum Schluß, daß "der NATO-Krieg gegen Jugoslawien [...] der Krieg des imperialistischen Kapitalismus gegen die unterdrückten und ausgebeuteten Völker" ist.

Im Vergleich zu den bürgerlichen Medien, den Deutschen Grünen, SozialdemokratInnen und ihren _sterreichischen Verbündeten schafft es die RKL, so gerade in ihrem anti-imperialistischen Weltbild den Spieß umzudrehen. Jene Kriegspartei die Krone, Standard oder Profil als "böse" betrachtet wird durch die RKL plötzlich "gut" und umgekehrt. Die völkischen und kriegstreiberischen Denkkategorien bleiben dabei die gleichen. Letztlich handelt es sich damit bei RKL, KOMAK und KAS um die gleichen SchreibtischtäterInnen wie sie in den Redaktionen _sterreichischer und deutscher Zeitungen zu finden sind. Sie liefern damit ein eindruckvolles Bild, zu welch mörderischer Konsequenz auch linker Nationalismus fähig ist.

Thomas Schmidinger



Grüne Kriegshetze

Kaum eine Bewegung hat es schneller geschafft von zumindest teilweise systemoppositionellen Positionen in die Regierungen der Europäischen Staaten zu schaffen. Auch kaum eine Bewegung hat es in der Geschichte so schnell geschafft vom AntimilitaristInnen-Bewegung zur Kriegspartei zu werden wie die Grünen. Aber wir leben in schnellebigen Zeiten.

Ein halbes Jahr nach dem Regierungsantritt einer rot-grünen Regierung in Deutschland befindet sich zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg dieses Land wieder direkt im Krieg. Ausgerechnet ein Außenminister Fischer treibt Deutschland in den ersten Krieg seit Adolf Hitler und da die Partei, die aus der Friedensbewegung hervorgegangen ist nun einmal eben in der kriegführenden Regierung ist, findet sich in Deutschland auch keine größere Friedensbewegung mehr, die sich dem Kriegstreiben entgegenstellt.

Grüner Kriegsherr Fischer

Josef Fischer enttäuscht das in ihn gesetzte Vertrauen der SPD, NATO,... nicht. Kein Spitzenpolitiker Deutschlands hat in den letzten Jahrzehnten so wenig Rückgrat gezeigt, sich so schnell als "lernfähig" erwiesen und so deutlich als "regierungsfähig". Die neue deutsche Kriegspolitik paßt dabei in die gesamte Ausrichtung der neuen deutschen Regierung, die die Deutschen wieder zu einem "normalen Volk" machen will, das "selbstbewußt" in seine Berliner Republik schreitet.

Die deutschen Grünen haben dazu ihren nicht unwichtigen Beitrag geleistet, sind damit aber nur am Ende einer Reise angelangt, die schon vor Jahren begonnen hat. Bereits mit der Begeisterung für die Großdeutsche (Wieder-)Vereinigung zeigten die Deutschen Grünen, daß sie echte Deutsche sind.

Nun führen Fischer & Co. ihren Krieg, begründen ihn mit humanistischen Floskeln, bombardieren aber genauso Menschen wie in jedem anderen Krieg. Für die Menschen im Kosovo hat sich durch den NATO "Friedenseinsatz" die Situation massiv verschlechtert. Nur die Macht Milosevics gelang es bisher zu festigen.

An der Grünen Basis akzeptieren jedoch nicht alle den Kriegskurs der Bundestagsfraktion. Bis Ende April haben immerhin rund 200 Mitglieder der Grünen ihre Partei verlassen, was bei rund 51.000 Mitglieder aber wiederum relativ wenig ist.

Viele der KriegsgegnerInnen in den Deutschen Grünen dürften aber noch immer der Illusion erliegen ihre Partei durch innerparteilichen Widerstand vom Kriegskurs abbringen zu können. Eine Gruppe von Grünen Bundestagsabgeordneten um Christian Ströbele opponiert zur Zeit (noch) innerhalb der Grünen gegen die

Kriegspolitik der deutschen Regierung. Eine Reihe lokaler Kreis- und Gemeindeorganisationen der Grünen haben Beschlüsse gegen den Krieg gefällt, einige wollen der Bundespartei sogar die Zusammenarbeit verweigern. Protest manifestiert sich aber deutlicher gegen als in den Deutschen Grünen. Am 7. April hatten verschiedene Linke - u.a. AktivistInnen der JungdemokratInnen der ehemaligen Jugendorganisation der FDP - die Parteieintrale der Grünen in Bonn besetzt. Mitte April hatten Linksradikale die Landesgeschäftsstelle der Berliner Grünen besetzt und waren daraufhin von diesen mittels Polizei hinausgeräumt worden, was wiederum Proteste der Kreuzberger Grünen auslöste. Auch Sachbeschädigungen an Grünen Parteibüros wurden bereits vorgenommen.

Grüne international für Krieg

Aber nicht nur die deutschen Grünen sind für den Krieg gegen Jugoslawien. Auch die Französischen Grünen stehen mit deutlicher Mehrheit hinter der Regierungslinie und selbst die innerhalb der Föderation der Europäischen Grünen immer als fortschrittlich geltenden Niederländischen "grün-links" sind inzwischen ins Lager der KriegstreiberInnen gewechselt.

Auch die Italienischen Grünen verbleiben nach anfänglichen Diskussionen trotz der Beteiligung Italiens am Krieg in der Regierung. Jedoch auch in Italien gibt es laufend Proteste gegen diese Politik der Grünen. Proteste, die von linker Seite, aber auch von der Grünen Basis selbst kommen.

In Venedig etwa haben drei grüne StadträtInnen, Luana Zanella, Daniele Scarpa und Beppe Caccia zusammen mit dem Vizebürgermeister Gianfranco Bettin aus Protest ihre Mitgliedschaft in der nationalen Föderation der Grünen vorübergehend zurückgegeben und wollen damit der Forderung nach Rücktritt der Grünen Minister Nachdruck verleihen. Zugleich haben sie das Büro der Grünen Venedigs besetzt und in ein Antikriegszentrum umgewandelt. Andere innerparteiliche Proteste und Austritte häufen sich auch in Italien.

...und in Österreich?

Im Vergleich mit ihren Schwesterparteien sind die Österreichischen Grünen noch vergleichsweise kriegskritisch. Der Grüne EU-Abgeordnete Johannes Voggenhuber dürfte sich zur Zeit weitgehend mit seiner die NATO-Angriffe verurteilenden Haltung durchgesetzt haben. Trotzdem war von den Grünen bisher wenig zu hören, offizielle Beschlüsse, oder gar Distanzierungen von kriegstreiberischen Grünparteien in Deutschland, Frankreich oder den Niederlande wurden bislang kaum beschlossen. Die erste Erklärung wurde erst am sechsten Kriegstag abgegeben.

Selbst eine Reihe von Oberösterreichischen PolitikerInnen der Grünen um Boris Lechthaler, Gabriele Wagner und Harald Schmutzhard, die sich in der innerparteilichen Plattform "Offensiv Grün OÖ" zusammengeschlossen haben meinen dazu in einem Flugblatt: "Es entsteht der Eindruck, daß diese Stellungnahmen eher der Beruhigung des Parteivolkes dienen. Denn offensichtlich ist auch in der Führung der Grünen die Gegnerschaft zu diesem Krieg keineswegs eindeutig."

Widerstand gegen den Krieg gibt es vor allem bei einzelnen Leuten innerhalb der Grünen und bei fortschrittlichen Teilorganisationen wie der Grünalternativen Jugend (GAJ) oder den Grünen und Alternativen StudentInnen (GRAS).

Auch wenn sich kein prominenter Österreichischer Grüner zur Zeit für die NATO-Schläge ausspricht, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Vergangenheit niemand geringerer als der Grüne Bundessprecher selbst sich brüstete "noch nie ein schlechtes Wort über die NATO verloren zu haben". In einem Interview im Falter sprach sich Van der Bellen noch im Herbst 1998 für NATO-Überflugsgenehmigungen über österreichischen Luftraum aus.

Die Gruppe "Offensiv Grün OÖ" stellt deshalb ihre Position so dar:

"Mit Kriegstreibern kann es keine gemeinsame Föderation und Fraktion auf europäischer Ebene geben.

Für uns ist es unvorstellbar,

- mit jenen Grünen, die für diesen verbrecherischen Krieg Mitverantwortung tragen, in einer gemeinsamen europäischen Föderation weiterzuarbeiten,

- sich mit diesen Kräften weiterhin in einer grünen Fraktion im Europäischen Parlament zusammenzuschließen."

Wer die Politik der Österreichischen Grünen über die letzten Jahre verfolgt hat, kann sich kaum vorstellen, daß die Grüne Parteiführung zu so weitgehenden Schritten bereit wäre, denn den Krieg verbal zu verurteilen ist eine Sache, die enge Zusammenarbeit mit den Deutschen oder Französischen Grünen zu beenden eine andere.

Um trotzdem Druck innerhalb der Grünen auszuüben gibt es zugleich einen Offenen Brief, den mehr als 30 VertreterInnen der Grünen aus Oberösterreich, Niederösterreich, Tirol, der Steiermark und der Grünen Bildungswerkstatt erstunterzeichneten in dem sich die UnterzeichnerInnen von der "Parteileitung" "erwarten":

"-Massive öffentliche Proteste gegen die NATO-Kriegspolitik und deren Betreiber

-Unterstützung und Entwicklung von Bündnissen und Bewegungen gegen den Krieg

-Massive öffentliche Kritik an den deutschen Grünen bzw. Außenminister Joschka Fischer

-Wenn "Bündnis 90/Die Grünen" zu keiner Kurskorrektur bereit ist, wird der Bundesvorstand den Antrag auf Ausschluß von "Bündnis 90/Die Grünen" aus der Föderation der europäischen Grünen stellen."

Bei der internationalen Kräftekonstellation der Grünen würde ein solcher Ausschlußantrag aber wohl eher zum Ausschluß der Österreichischen, als der Deutschen Grünen führen. So werden es Van der Bellen, Chorherr, Pilz und Konsorten schon nicht kommen lassen.

Petra Meier

Eine ökologische Katastrophe auf dem Balkan zeichnet sich ab!

Daß Kriege oder auch nur die Vorbereitung von Kampfhandlungen enorme Folgen für die Menschen beziehungsweise für die Umwelt haben, ist bekannt. Ob es sich um den Einsatz des Entlaubungsmittels Agent Orange im Vietnamkrieg handelte, oder um russische Atom-U-Boote, die im Hafen von Murmansk vor sich hinrosteten, die Folgewirkungen waren, sind und bleiben verheerend. Und auch der Krieg am Balkan wird katastrophale Folgeschäden verursachen. Der Artikel wird sich in zwei Teile gliedern. Im ersten wird die sogenannte DU (depleted uranium/abgebranntes Uran)-Munition behandelt, im zweiten wird auf allgemeine ökologische Folgen durch die NATO-Luftangriffe eingegangen.

Die DU-Munition ist ein Nebenprodukt der Atomindustrie, und wurde in den 80er Jahren bei den US-Streitkräften eingeführt. Zum Einsatz kommt sie, wenn die amerikanische Luftwaffe auf Panzerjagd geht. Diese wird von

eigens dafür gebauten Flugzeugen, den A-10 ausgeführt. Die Besonderheit dieser Maschine ist, daß sie um ein 5-läufiges Geschütz, der GAU-8 gebaut wurde, und eben dieses Geschütz verschießt die DU-Munition. Der militärische Vorteil solcher Geschosse ist der, daß der Kopf aus dem Isotop Uran 238 besteht, was der schwerste vorkommende Stoff ist. Bei großer Hitze erreicht es die Härte von Titan-Stahl, und daher ist es in der Lage, Panzerungen zu durchbrechen. Das Material ist chemisch giftig, und wenn solche Geschosse auf Panzer treffen, wird ein Uranoxid freigesetzt, das, wenn es eingeatmet oder über Wunden in den menschlichen Organismus gelangt, Schwermetallvergiftungen hervorruft. So kann es zu Nierenschäden, Fehlfunktionen im Immunsystem und Unfruchtbarkeit kommen. Diese Munition wurde erstmals im Golfkrieg 1991 verwendet, und es kam in der Folge zu etlichen Tot- und Fehlgeburten. Auch das sogenannte

Golfkriegssyndrom der alliierten Soldaten, die seither unter Kopfschmerzen leiden, dürfte die Folge des DU-Einsatzes zurückzuführen sein. Mehr als 100.000 US-Soldaten sind daran erkrankt, und 4.500 seitdem gestorben! Die Kommandierenden sind sich wohl auch darüber im klaren, denn einige der Veteranen, die der Sache nachgehen wollten wurden unter Druck gesetzt. Seit die NATO Panzerfahrzeuge angreift, ist auch die DU-Munition zum Einsatz gekommen. Wieviel verschossen wurde, ist nicht bekannt. Im Golfkrieg wurden nach UN-Angaben über 900 Tonnen abgefeuert. Mit Fortdauer dieses Konfliktes werden jedenfalls enorme Gesundheitsschäden auftreten, denn die Aufnahme der Substanz in den menschlichen Organismus ist durch Wasser- oder Sauerstoffaufnahme in den betroffenen Gebieten jederzeit möglich.

Die ökologische Katastrophe zeichnet sich aber auch auf überregionaler Ebene ab. Christof Zerephos, Professor für Umweltchemie an der Uni Saloniki konnte bereits nach den ersten drei Kriegstagen einen ungewöhnlichen Anstieg von Dioxinen und Giftstoffen messen. Gesundheitsschäden wie Störungen des Nervensystems, Tumore in den Atmungsorganen, Hepatitis und Geburtsschäden können die Folge sein. Auch die radio-

aktiven Substanzen in der Luft und im Erdreich haben zugenommen, was auf den Einsatz der DU-Munition zurückzuführen sein könnte. Durch die Bombardierung der Ölraffinerien Pancevo und Novi Sad wurden hunderte von toxischen Komponenten freigesetzt. Auf der Donau südlich von Novi Sad hat der Ölteppich bereits beträchtliche Ausmaße angenommen. Alle Gebiete stromabwärts bis zum Schwarzen Meer sind davon betroffen, dazu gehört auch das bulgarische AKW Chosloduij, das seine Kühlsysteme mit Donauwasser speist. Entweder Abschalten oder Super-GAU! Weiters sei darauf hingewiesen, daß zum Zeitpunkt, in dem dieser Artikel verfaßt wurde, in Jugoslawien die Aussaat begonnen hat. Ökologische Schäden sowie die Behinderung der Landarbeit durch die Bombenangriffe werden zu schweren Ernteeinbußen führen!

Kurz, dieser Krieg wird über Jahrzehnte hinweg Schäden verursachen, die für Mensch und Umwelt eine deutliche Beeinträchtigung darstellen werden. Nur ein Hinweis: nach der Bombardierung des Öllagers Lobau/Wien 2. Weltkrieg wird heute noch der mehr als tausendfache Grenzwert von Erdöl im Grundwasser gemessen!

Simon Pils



Kurzmeldungen

GrünBlauBraunes Bündnis gescheitert

Das Kärntner Wahlbündnis "Demokratie 99" - über das wir bereits in unserer ersten Ausgabe berichtet haben - ist bei den Kärntner Landtagswahlen fulminant gescheitert. Der Schulterschuß von Grünen, Kärntner Einheitsliste, Liberalem Forum und der rechtsextremen Zwergpartei VGÖ (Vereinte Grüne Österreichs) bescherte allen vier Parteien zusammen am 7. März nur 3.92% Prozent der Stimmen. Damit verfehlten sie nicht nur den Einzug in den Landtag, sondern erreichten auch noch weniger Stimmen als bei ihren getrennten Kandidaturen vor fünf Jahren, als Grüne, LIF, VGÖ und die Kärntner Einheitsliste auf 5,45% der kärntner WählerInnenstimmen gekommen waren. Die KPÖ die durch das Grün-Braune Bündnis diesmal als einzige Gruppierung links von der SPÖ zur Verfügung stand, erreichte bei den Landtagswahlen 0,4 Prozent. -sch-

Le Pens Waffenlager

Brüsseler Polizisten kontrollierten Ende April das Auto des Führers der rechtsextremen Front National pour l'unité française, Jean-Marie Le Pen. Dabei kamen im Auto

Tränengasssprays, ein Revolver und ein Gewehr zum Vorschein. Derart bewaffnet reiste Le Pen zu einer Plenarsitzung des EU-Parlaments an. -red-

US-Gefängnisse quellen über

In der jüngsten Statistik des US-Justizministeriums hieß es, daß im vergangenen Jahr 1,8 Millionen Menschen in den USA im Gefängnis saßen, das ist eineR von 150 US-AmerikanerInnen, was einen historischen Rekord darstellt.

Der Anteil der Afro- und Lateinamerikanischen Häftlinge ist dabei besonders groß. 41 Prozent der Häftlinge sind AfroamerikanerInnen (aber nur 13 Prozent der Bevölkerung), 16 Prozent sind LateinamerikanerInnen (aber nur 10 Prozent der Bevölkerung). Auch Todesurteile werden von der rassistischen US- Justiz gegen AfroamerikanerInnen wesentlich häufiger verhängt wie gegen Weiße. -sch-

**kein
mensch
ist
illegal**

Rot-Grüne Flüchtlingsjagden in Deutschland

Von der großspurig angekündigten Änderung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechtes durch die rot-grüne Koalition ist so gut wie gar nichts geblieben. Gemeinsam mit der FDP wurde nun ein Reförmchen beschlossen, das die Doppelstaatsbürgerschaft nur für Kinder und Jugendliche erlaubt, die sich später für einen der beiden Pässe zu entscheiden haben. Einige Ausnahmen sollen lediglich für Staatsangehörige gemacht werden, deren Staaten sie nicht aus ihrer Staatsbürgerschaft entlassen (z.B. Iran).

Unterdessen gehen die Abschiebungen von Flüchtlingen auch unter der Regierung Schröder-Fischer munter weiter. Ebenso bleibt das Verbot der PKK bestehen. KurdInnen, die sich bei Aktivitäten gegen die Entführung Öcalans engagiert haben, müssen mit massiver Repression und Abschiebung in die Türkei rechnen. -red-

Kein Mensch ist illegal!

Auch in Österreich gibt es nun eine breitangelegte Kampagne gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen. Per Internet ist die Kampagne erreichbar unter: <http://www.illegalisiert.at>, telephonisch unter (01)533 72 71 -red-

Polizei schießt auf MigrantInnen

Über eine Stunde lang verfolgte die Kärntner Gendarmerie ein Auto mit deutschem Kennzeichen, dessen Insassen sie der illegalen Einreise verdächtigten, berichtet die Presse. Zwei Straßensperren konnten den Fahrer des Wagens nicht zum Anhalten bewegen. Deswegen gaben die Beamten wohl mehrere Schüsse auf das Auto ab, wobei ein Migrant an der Schulter getroffen wurde. Immerhin stand der Mann im Verdacht, eine Verwaltungsübertretung begangen zu haben. Daß dieses Ereignis kaum Aufsehen verursachte, sagt einiges über den Zustand dieses Landes aus. (aus TATblatt)

Monsanto wird noch mächtiger

Anfang dieses Jahres stieg Monsanto in nur acht Wochen durch Aufkäufe von anderen Unternehmen zum weltweit größten Konzern zur Saatgutherstellung auf. Monsanto ist auch der größte Hersteller und Vorprescher für gentechnisch verändertes Saatgut. Laut Monsanto-Präsident Verfaillie wurden 1998 bereits 26 Mio. Hektar Land mit gentechnisch veränderten Pflanzen bebaut. Für 20 Mio. Hektar davon stammt dieses Saatgut von Monsanto.

Die Macht Monsanto ist dabei schon gewaltig gewachsen. Monsanto schickt etwa in den USA die Detektivagentur Pinkerton aus, um Ernteproben bei BäuerInnen zu nehmen. In einer Reihe von Fällen wurden dann BäuerInnen, die Saatgut von Monsanto im nächsten

Jahr wiederverwendeten wegen "Gen-Piraterie" verklagt. Davon abgesehen will Monsanto dieses Problem aber bis 2005 technisch lösen, indem sogenannte Killergene das Saatgut nur einmal aussaatfähig machen.

Doch der Widerstand gegen den Saatgut-Multi wächst: In Frankreich vernichten BäuerInnen gezielt Monsanto-Rapsfelder. In Indien erklärten BäuerInnen der Karnataka State Farmers Association Ende November des Vorjahres, daß "die Versuchsfelder von Monsanto [...] beginnend mit Samstag zu Asche reduziert werden", was auch tausende BäuerInnen vor laufenden TV-Kameras umsetzten. Die indischen BäuerInnen fordern nun dazu auf, Monsanto weltweit direkt anzugreifen. "Wir rufen dazu auf, nur gewaltfreie direkte Aktionen zu machen." erklärt Prof. Nanjundaswamy von der Karnataka State Farmers Association, "Gewaltfreiheit in diesem Zusammenhang bedeutet, daß wir jedes nicht genetisch modifizierte Lebewesen respektieren sollten.." -red-

Bio-Medizin-Konvention

Am 19. März wurde vom Ausschuß für Petitionen und Bürgerinitiativen des Nationalrats die von 45.000 Personen unterzeichnete Petition "Nein zur Bio-Medizin-Konvention" behandelt und dem Justizausschuß zugeordnet. Die Petition wurde von Abgeordneten aller Parlamentsparteien dem Nationalrat übermittelt.

Die Petition richtet sich gegen jene vom Europarat mit Zustimmung der Regierungen beschlossene Konvention, die unter dem salbungsvollen Titel "Bioethik" medizinische Versuche an "nicht einwilligungsfähigen Personen" (also im Klartext geistig behinderten Menschen) erlaubt, was zuletzt unter den Nazis möglich war. (aus TATblatt)

Die Schweiz hat einen Freund verloren" - Österreich nicht

Verärgert reagierte der chinesische Präsident Jiang Zemin auf eine spontane Protestaktion während der offiziellen Begrüßungszeremonie für seinen Staatsbesuch in der Schweiz. Er beschwerte sich darüber, daß die schweizer Regierung ihre Bevölkerung offensichtlich nicht unter Kontrolle habe und meinte: "Die Schweiz hat einen Freund verloren."

Die Österreichische Regierung bewies dem Diktator aus Peking jedoch bereits wenige Tage später, daß sie anders regiert wie die Schweizer. Jiang Zemin wurde von jeder Demonstration abgeschirmt. Alle Kundgebungen und Demonstrationen in Sichtweite des hohen Staatsgastes wurden verboten. Selbst der Parlamentsbesuch Zemins wurde abgesagt, da Aktionen von Grünen und Liberalen Abgeordneten befürchtet wurden. Stattdessen besuchte eine Deligation unter Parlamentspräsident Fischer (SPÖ) den chinesischen Präsidenten in seinem Hotel. -red-

Agenda 2000

Die Landwirtschaft war nach dem 2. Weltkrieg - als die 3 ersten Teilorganisationen der späteren Europäischen Gemeinschaft gegründet wurden - kein Schwerpunkt der gemeinsamen (Wirtschafts-)politik. Auch wenn die Landwirtschaft heute einer der Hauptbudgetposten der EU geworden ist, waren die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Europäische Atomgemeinschaft und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht primär um die Landwirtschaft der einzelnen Mitgliedsstaaten bemüht.

Industrialisierung der Landwirtschaft

Die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft und die verbesserten Verkehrswege ermöglichten es aber auch in den EU-Staaten von den lokal angepaßten bäuerlichen Familienbetrieben zu größeren industriellen Formen der Landwirtschaft zu wechseln. Vollmechanisierte Bewirtschaftungsformen ermöglichten die Bewirtschaftung immer größerer Flächen durch immer weniger Menschen. Der schnelle Transport der halb- und ganzfertigen Agrarprodukte mittels LKW ermöglichte es auch zunehmend schnellverderbliche Produkte von einem Ende Europas zum anderen zu transportieren.

BäuerInnensterben

Es liegt in der Natur des Kapitalismus, daß Kleinbetriebe - mit Ausnahme einiger weniger Nischenproduktionen - weniger konkurrenzfähig sind als vollmechanisierte Großbetriebe. Dies gilt nicht nur, aber eben auch für die Landwirtschaft. Also führte die Entstehung großer agroindustrialier Betriebe automatisch auch zu einem Preisverfall für bäuerliche Familienbetriebe, welche immer weniger mit den Großbetrieben mithalten konnten. In allen EU-Staaten begann so bereits in den Sechzigerjahren ein Prozeß der sich in den Siebziger-, Achziger- und Neunzigerjahren noch verschärfen sollte: Kleine Familienbetriebe mußten ihre Produktion einstellen oder wurden zu Nebenerwerbsbetrieben, in die oft mehr Geld aus dem "Zweitberuf" fließen mußte, als die Landwirtschaft ergab, also schwer defizitär arbeiteten. So mußten in Deutschland, Frankreich, Italien und den anderen EG-Staaten der ersten Stunde im Laufe dieses Prozesses 4/5 der bäuerlichen Vollerwerbsbetriebe ihre Arbeit einstellen.

Was hier seit dem EU-Beitritt Österreichs mit dem Jahr 1995 vollzieht ist nichts anderes als der Nachvollzug einer Entwicklung, die die anderen EU-Staaten schon in den Jahrzehnten zuvor durchmachten. Besonders hart trifft es dabei allerdings die Alpenregionen Österreichs, da diese aufgrund ihrer Geographie überhaupt nur von bäuerlichen

Kleinbetrieben in arbeitsintensiver Kleinarbeit bewirtschaftet werden können. Die Vermietung von "Fremdenzimmern" kann hier nur eine äußerst unbefriedigende Zwischenlösung für die betroffenen BäuerInnen sein.

Die Produktion der Lebensmittel wurde in der gesamten EU immer mehr von der Agrarindustrie übernommen. KleinbäuerInnen blieb als einzige Überlebenschance die **Umstellung auf Bioprodukte.**

Der Biomarkt ist erschöpft

Konnte in den Achzigerjahren mit Bioprodukten teilweise noch ein Mehrfaches von den Preisen der industriellen Landwirtschaft erzielt werden, so hat sich dies in den letzten Jahren immer mehr geändert. Durch die Umstellung von immer mehr Kleinbetrieben auf "biologische Landwirtschaft" entsteht seit einigen Jahren ein Bio-Angebot, das den Bedarf zunehmend übersteigt. So blieb dem größten Österreichischen Bio-Verband, dem "ERNTE"-Verband gar nichts anderes mehr über, als seine Produkte zu viel niederen Preisen in den "normalen" Handel zu bringen und dort mit "Ja natürlich"-Produkten die Regale von Billa und Merkur zu füllen. Auch Spar, Adeg und andere Handelsketten haben mittlerweile mit eigenen Bio-Produktlinien nachgezogen.

Diese billigeren Bioprodukte im "normalen" Handel drückten wieder die Preise für die anderen Bioprodukte und so setzt sich der Teufelskreislauf auch für die BiobäuerInnen fort.

Hinzu kommt, daß sich in Zeiten des Sozialabbaues immer weniger Leute überhaupt biologische Produkte leisten können, die Nachfrage also eher sinkt als steigt. Die Perspektive für die Österreichische Landwirtschaft als "Feinkostladen Europas" - wie sie der damalige Landwirtschaftsminister Fischler sah - ist heute also absurder denn je.

Agenda 2000

Die Reform der EU-Finanzen, die im Rahmen der Agenda 2000 Ende März dieses Jahres in Berlin unter deutschem EU-Vorsitz beschlossen wurde, bringt nun weitere Wettbewerbsverschärfungen für KleinbäuerInnen. Zwar werden die Garantie-Preise für Agrarprodukte nicht so drastisch gesenkt wie dies der erste Reformentwurf vorsah, aber immerhin wurde beschlossen für Rindfleisch zukünftig um 20 Prozent weniger zu zahlen. Für Getreide und Milch wurden die Preise nach französischem Vorschlag um 15 Prozent reduziert.

Dabei geht es der EU vermutlich nicht nur um eine Reduzierung des Agrarbudgets, sondern auch darum die Europäische Landwirtschaft für den Weltmarkt fitzumachen, also konkurrenzfähig auch mit US-amerikanischen

Großfarmen und anderen Agroindustriellen Komplexen. Die Welthandelsorganisation (WTO) protestierte bereits mehrmals gegen die protektionistische Agrarpolitik der EU und will in Zukunft überhaupt keine Preisstützungen mehr sehen.

Damit aber keine Mißverständnisse aufkommen: Die nun beschlossenen Preissenkungen sind keine Verbilligung des Einzelhandelspreises. Der/die KonsumentIn wird für ihr/sein Kilo Rindfleisch im Laden vermutlich weiterhin die gleichen Preise zahlen. Bei der Verringerung der Garantie-Preise handelt es sich um eine Verringerung der EU-gestützten Einkommen der BäuerInnen und nicht um eine Verbilligung für den/die LiebhaberInnen von Käse oder Fleisch.

EU-Landwirtschaft: Biotechnologien und Förderungen
Nun sieht der nach dem Sturz der EU-Kommission über ihre eigene Miswirtschaft nur mehr interimistische EU-Landwirtschaftskommissar Franz Fischler die Zukunft der Europäischen Landwirtschaft in anderen Bereichen als dem "Feinkostladen Europas". Fischler stellt heute klar: "Agrarisches Wirtschaften, das der Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanze Priorität einräumt, darf keinesfalls mit einer rückwärtsgewandten Technologiefeindlichkeit verwechselt werden. Im Gegenteil: Neue Errungenschaften, wie etwa die Biotechnologie, sind willkommen, jedoch immer unter der Prämisse, daß sie weder dem Verbraucher noch der Umwelt Schaden zufügen.

Der Glaubenskrieg um die Gentechnologie ist ein gutes Beispiel, wie eine an und für sich sinnvolle Technologie in Verruf geraten kann." (FISCHLER, 1998: 111)

Bio- und Gentechnologie in agroindustriellen Komplexen

soll so die Basis der Lebensmittelproduktion in der EU bilden. Bioprodukte bleiben für eine Elite vorbehalten die es sich leisten kann diese zu kaufen.

Die andere Seite der EU-Landwirtschaftspolitik bilden jedoch wiederum Förderungen für Nichtproduktion, bzw. stillgelegte Flächen, sowie Fördermittel für "Landschaftspflege".

Gerade in Gebirgsregionen wie dem Großteil Österreichs wäre eine fehlende "Landschaftspflege" durch die Landwirtschaft mit so katastrophalen Folgen verbunden, daß diese mit großem finanziellen Aufwand aufrecht erhalten werden muß. Die Alpen würden als Kulturlandschaft ohne Bewirtschaftung der Wälder und Almen durch Lawinen, Bergrutsche und ähnliche Naturkatastrophen großflächig unbewohnbar werden. Alpiner Tourismus ohne alpine Landwirtschaft wäre undenkbar.

Jedoch auch wenn so mancheR "unwirtschaftliche" BäuerIn so als bezahlteR LandschaftspflegerIn von EU-Fördertöpfen noch am Leben erhalten wird, so ist kaum einE solche BäuerIn damit zufrieden. Bei Gesprächen mit BergbäuerInnen wird immer wieder klar: Sie wollen Lebensmittel herstellen und davon leben. Niemand hat Lust als AlmosenempfängerIn der EU die Berghänge zu bewirtschaften.

Petra Meier

FISCHLER, Franz: Das Land neu bestellen, Betrachtungen zur Zukunft der europäischen Landwirtschaft;

in: Wolfgang Schüssel (Hg.): Zur ersten EU-Präsidentschaft Österreichs 1998

Wien 1998

Das Grüne Zwangsarbeitsmodell

Was die Grünen als Modell einer Grundsicherung verkaufen hat auch Aspekte von Zwangsarbeit an sich. Wer nicht arbeitswillig ist wird durch Kürzung seiner "Grundsicherung" bestraft. Stellt sich die Frage warum das Ganze dann noch "Grundsicherung" heißt.

Was die Grünen der Öffentlichkeit als "Grundsicherung" verkaufen, ist alles andere als das was unter ÖkonomInnen gemeinhin darunter verstanden wird. Ganz unabhängig davon, daß das ganze Modell der Grundsicherung keinesfalls am Kapitalismus kratzt und somit im besten Fall systemimmanenter Reformismus ist, schaffen es die Grünen mit ihrem Modell sogar das noch zu unterbieten.

Sechstausend Schilling im Monat

Das Grüne Modell sieht laut "Vielfalter", der Zeitung der Vorarlberger Grünen für alle Menschen unter 19 Jahren eine "Grundsicherung" von 2.500 Schilling vor. "Für Erwachsene, die über kein oder nur ein geringes Einkommen verfügen, sind 6.000 Schilling pro Monat vorgesehen, Dazu kommen durchschnittlich 2.000 Schilling Wohngeld. Die Sozialversicherung wird vom Staat übernommen."

Damit ist es zwar möglich zu überleben, Familien oder Mütter mit Kindern werden aber selbst damit ins Trudeln kommen, denn eine achtzehnjährige HTL-Schülerin wird mit den 2.500 Schilling, die für sie als Grundsicherung gedacht sind sicher nicht auskommen und so werden wohl auch die kümmerlichen 6.000.- der Mutter ange-

knappert werden müssen. "Aber", werden sich die Grünen denken, "Kinder aus armen Familien können ja heute auch nicht bis 18 in die Schule gehen".

Und bist du nicht arbeitswillig..

Was da als "Grundsicherung" verkauft wird hat aber noch eine gravierenden Haken. Die Grünen knüpfen das ganze nämlich an die Arbeitswilligkeit der Person, die eine Grundsicherung in Anspruch nehmen will:

"Für Erwachsene ist das an Voraussetzungen geknüpft: Sie müssen im Arbeitsleben integriert bleiben. Das Arbeitsmarktservice überprüft, ob es akzeptable Jobs oder Qualifikationsmaßnahmen gibt."

Ist die/der Erwerbslose dann nicht arbeitswillig, wird ihm die kümmerliche "Grundsicherung" der Grünen zusammengekürzt. Damit bekommt das Modell der Grünen einen Charakter von Zwangsarbeit. Auch wenn dieser Zwang nicht mit gesetzlichen Mitteln durchgesetzt wird, so ist der ökonomische Druck, den die Streichung von großen Teilen einer so kümmerlichen "Grundsicherung" ausübt ausreichend dem Grünen Modell einen Zwangscharakter zu geben. Laut Christian Neugebauer, Sprecher des Volksbegehrens "Recht auf Arbeit" - das selbst wiederum recht unreflektiert mit dem "Recht auf Arbeit" umgeht und dementsprechend wenig Unterstützung erhielt - räumte sogar der Landesgeschäftsführer der Wiener Grünen Martin Margulier in einer Podiumsdiskussion mit verschiedenen Arbeitsloseninitiativen ein, "daß dem vorgelegten Modell der Grünen Grundsicherung Tendenzen zur Zwangsarbeit innewohnen."

Karl Öllinger, Sozialsprecher der Grünen im

Parlamentsclub fühlte sich von den Angriffen Neugebauers, des Volksbegehrens "Recht auf Arbeit" und des Vereins "Zum Alten Eisen" jedoch primär persönlich beleidigt und verteidigt weiterhin das Grüne Modell, von anderen grünen SpitzenpolitikerInnen ganz zu schweigen.

Recht auf Faulheit für Alle!

Was die Grünen da vorschlagen ist eben dem überhaupt nicht mehr vorhandenen Systemveränderungswillen der Partei zu verdanken. Wer innerhalb der Logik des "freien Marktes" denkt, kommt zu solch seltsamen "Grundsicherungsmodellen", die weder eine Grundsicherung sind, noch ein angenehmes Leben für Alle ermöglicht. Es liegt in der Natur des Kapitalismus, daß er Menschen mit der Androhung von Erwerbslosigkeit zum Kuschen bringt. Und die Grünen folgen eben dieser Logik. Jene, die sich der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft hingegen verweigern, werden so auch von den Grünen bestraft. Recht auf Grundsicherung haben nur die Arbeitswilligen, jene die sich mit ihrer Ausbeutung einverstanden erklären. So eng sind das "Recht auf Arbeit" mit der "Pflicht zur Arbeit" oder zumindest mit der "Pflicht zur Arbeitswilligkeit" verbunden.

Lohnarbeit ist eines der Übel des Kapitalismus. Leider müssen wir alle dieser in irgend einer Form nachgehen um zu überleben. Auf die Straße gehen wir aber nicht für das "Recht auf Arbeit", das Recht uns Ausbeuten lassen zu dürfen, sondern für das Recht auf Faulheit!

Um das zu erreichen, müssen wir aber erst den Kapitalismus hinwegfegen und dazu auch die Parteien, die diesen verteidigen, also auch die Grünen.

Karl Meier

Straßenbau statt Verkehrsplanung

1991 hatte die Österreichische Bundesregierung erstmals ein Gesamtverkehrskonzept beschlossen, zu dessen Ziel offiziell immerhin der Schutz von Mensch und Umwelt vor negativen Verkehrsauswirkungen erklärt wurde. Während Anfang der Neunzigerjahre jedoch Ökologie noch ein Thema war, interessiert sie heute kaum noch. Weshalb sollte sich deshalb noch jemand an diese Ziele gebunden fühlen?

Umzusetzen wären die Ziele des Gesamtverkehrskonzeptes in einem "Bundesverkehrswegeplan" gewesen, für den um insgesamt 40 Millionen Schilling verschiedenste Erhebungen und Studien erstellt wurden.

Der "Masterplan"

Verkehrsminister Elnem präsentierte dann im Herbst 1998 einen aus diesen Erhebungen entwickelten "Masterplan" für das hochrangige Straßen- und Schienennetz. Laut Minister Einem hätte das hochrangige Straßennetz zu diesem Zeitpunkt bis auf wenige Lückenschlüsse fertig sein sollen, während das Eisenbahnnetz in den nächsten 20 Jahren um 300 Milliarden Schilling auszubauen wäre, da es hier noch größeren Nachholbedarf gäbe.

Obwohl auch in Einems Masterplan verkehrs- und umweltpolitisch äußerst problematische "Lückenschlüsse" im Autobahnnetz vorgesehen waren und auch einige Bahnprojekte wie der Semmering-Tunnel keineswegs zur Freude der meisten Umwelt- und Naturschutzorganisationen gereichen, lag der Schwerpunkt des Masterplanes doch auf einer

Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Von einer Zielrichtung auf weniger Verkehr an sich konnte natürlich keine Rede sein, da Zwangsmobilität und nichtnotwendiger Gütertransport zwanghafte Folgeerscheinungen des Kapitalismus darstellen. Und da diesen keine der Parlamentsparteien in Frage stellt, können auch verkehrsplanerische Ideen maximal auf der Ebene des Verschiebens von Transportkapazitäten von der Straße auf die Schiene und wieder zurück verlaufen.

Aufschrei der Autolobby

Trotzdem kommt es auch bei diesem Verschieben der Transportkapazitäten zu Rivalitäten einzelner Sektoren der Transportindustrie. So sah sich auch durch den Masterplan Minister Einems die Straßenbaulobby bedroht. Diese schaffte es denn auch noch, zwei umstrittene Straßenprojekte (Spange Kittsee und S18), noch vor der Masterplan den Ministerrat passierte, in denselben hineinzureklamieren.

Aber auch dies geht der Autolobby und dem Wirtschaftsministerium zu wenig weit. Im Jänner 1999 legte das Wirtschaftsministerium eine Studie unter dem Titel "Gestaltung des Straßennetzes im donaueuropäi-

schen Raum unter besonderer Beachtung des Wirtschaftsstandortes Österreich" vor.

Weitere Autobahnen um Wien

Nach den Plänen Minister Farnleitners sollen nun im Großraum Wien eine Reihe von hochrangigen Straßenverbindungen entstehen, die die Region engmaschig in die Trans Europäischen Netze (TEN) - die nach EU-Plänen Europa durchziehen sollen - einbauen sollen. Geplant ist in diesem Zusammenhang der sechsspurige Ausbau der Westautobahn (A1), der achtspurige Ausbau der Südbahn (A2) bis Wiener Neustadt, die vierspurige Neutrassierung der B302 am Ostrand Wiens, der Bau der Nordautobahn (A5) durch das Weinviertel nach Tschechien, der Ausbau von B208, B2, B303, S33, A4 und A22, sowie der Bau einer "Nationalpark-Autobahn" durch die Lobau mit einer weiteren Donauüberquerung.

Damit soll Wien fast völlig mit einem Autobahnring umgeben werden, der lediglich im Westen beidseits der Westautobahn eine Lücke läßt und den ganzen Raum des östlichen Niederösterreich zum Verkehrsumschlagplatz macht.

Thomas Schmidinger

Sofortiger Atomausstieg in hundert Jahren

Wer sich der Illusion hingegeben hat die rot-grüne Koalition in Deutschland würde für die Abschaltung der dortigen AKWs sorgen wurde bald eines besseren belehrt. Weder in Frankreich oder Italien, noch in Deutschland ist ein Ausstieg aus der Atomindustrie in Aussicht. In allen drei Staaten sind die Grünen in der Regierung und übernehmen dort die Rolle die Pro-AKW-Politik der Ökologiebewegung als Atomausstieg zu verkaufen.

Im Deutschen Bundestagswahlkampf vor einem halben Jahr hatten die Grünen noch ihre WählerInnen mit Versprechungen vom "sofortigen Atomausstieg" umgarnt um ihnen die Stimme zu geben. Dabei waren die Grünen bereits zuvor seit Jahren in die AKW-Politik der BRD eingebunden. Grüne Regierungsbeteiligungen auf Länderebene führten maximal zu einer Modernisierung von AKWs, aber nie zur Abschaltung derselben. Die bayrischen Grünen hatten sich bereits 1993 durch ihre Landesvorstandssprecherin Margarate Bause von der sofortigen Stilllegung der Atomkraftwerke verabschiedet. Die schleswig-holsteinischen Grünen lehnten im September 1996 auf ihrer Landesversammlung die sofortige Stilllegung des AKW Krümmel ab, da der Antrag die rot-grüne Koalition in Kiel gefährde. Die nordrhein-westfälischen Grünen setzten sich in ihrer Koalition mit der SPD seit 1995 nie ernsthaft für die Stilllegung der dortigen AKWs Ahaus, Jülich, Gronau oder Duisburg ein.

Prügler und Geprügelte

Die Deutschen Grünen verfolgten eine Doppelstrategie. Vor Wahlkämpfen wurde rhetorisch der sofortige Atomausstieg gefordert, in ihrer Politik verabschiedeten sie sich systematisch davon. Daß sich einzelne Grüne immer noch konsequent für das einstige Ziel engagierten ändert an dieser Politik nichts.

Kam es zur Konfrontation der Atomlobby mit AKW-GegnerInnen standen sich Grüne plötzlich auf beiden Seiten gegenüber.

Am 19. März etwa wurde Gila Altmann, Bundestagsabgeordnete der Grünen, nach Anti-Castor-Protesten in Ahaus auf dem Heimweg von Polizeibeamten krankenhaushausreif geschlagen und erlitt ein Schädelhirntrauma ersten Grades. Verantwortlich dafür war der neue Polizeipräsident von Münster, der Grüne Hubert Wimber.

Trotzdem wurde bis zu den Wahlen weiterhin der AKW-Ausstieg gefordert. Die WählerInnen mußten schließlich bei der Stange gehalten werden.

Regierungsverantwortung für AKWs

Bereits in den Koalitionsverhandlungen wurde dieser sofortige Atomausstieg jedoch weit nach hinten verschoben. Vertäge mit der AKW-Lobby mußten zuerst überprüf-

werden, ein möglicher Ausstieg bis weit über das Ende der Legislaturperiode hinaus verschoben werden. Der Koalitionskompromiß sah ein Verbot der Wiederaufbereitung von Brennstäben ab dem Jahr 2000 vor. Die Förderung von Atomenergie im Atomgesetz sollte gestrichen werden und die Beweislast bei begründetem Gefahrenverdacht umgekehrt werden. Weiters sollte die Deckungsvorsorge sollte von 500 Millionen auf 5 Milliarden Mark erhöht werden. Diese Summe war jedoch so hoch, daß die AKW-BetreiberInnen keine Versicherungsgesellschaften dafür fanden, worauf sich der Bund bereit erklärte diese Aufgabe zu übernehmen. Von einem Ausstieg aus der Kernspaltung war jedoch keine Rede mehr. Ganz im Gegenteil, der Betrieb der AKWs wird den BetreiberInnen weiterhin garantiert. Eine Reihe von Grünen sehen sogar in der Kernfusion die neue Hoffnung für eine ökologische Elektrizitätsgewinnung. Der Transport von abgebrannten Kernbrennstäben soll nun unter rot-grüner Bundesregierung wieder aufgenommen werden. Neue Castor-Transporten werden vermutlich ab Herbst wieder rollen. Ob dann noch deutsche Grüne gegen ihre eigenen Minister auf die Straße gehen

wird sich erst zeigen müssen.

AKW-Großmacht Europa

Die EU ist der größte AKW-Standort der Welt. Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und eine Reihe anderer EU-Staaten decken große Teile ihres Energiebedarfes aus AKWs. Grüne Regierungsbeteiligungen in Frankreich, Deutschland und Italien haben keinerlei Hoffnungen auf den Ausstieg aus dieser Technologie erfüllt. Im EU-Parlament gibt es keine einzige Fraktion, die sich konsequent für den Ausstieg aus der Kernspaltung einsetzt. Nur einzelne, kleinere Parteien der Grünen und der Linken Fraktion im Europaparlament setzen noch auf dem AKW-Ausstieg. Ihr Einfluß ist allerdings marginal.

Damit läßt sich von der großen Politik wenig erwarten. Auch die nächsten Jahre werden neue AKWs gebaut und alte weiterbetrieben werden. Ein AKW-Ausstieg läßt sich nur durch starke und militante Ökologiebewegungen von unten erkämpfen, auch gegen grüne Regierungsparteien!

Petra Meier

Kurdistan, Türkei und die Befreiung

Die Verhaftung und völkerrechtswidrige Entführung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan hat wieder einmal für kurze Zeit die Unterdrückung der KurdInnen durch den Türkischen Staat in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. In Europa sorgte mensch sich aber mehr um befürchtete Ausschreitungen von ExilkurdInnen als um das Schicksal einer mehrere Millionen Menschen umfassenden Bevölkerungsgruppe in Ostanatolien.

Dabei muß mensch die PKK keineswegs mögen um die real existierenden Unterdrückungsverhältnisse in der Türkei kritisieren zu können, denn was sich in der Türkei seit Jahrzehnten abspielt kann durchaus mit der Vertreibungs politik Milosevics im Kosovo mithalten; mit einem Unterschied allerdings: Die Türkei ist selbst NATO-Mitglied und so werden die NATO-Bomben wohl auch weiterhin zwar auf Belgrad fallen um "die Menschenrechte zu verteidigen", jedoch nicht auf Ankara. Ganz im Gegenteil: Die NATO wird den Krieg gegen die Kurdische Bevölkerung weiterhin mit Geld und Waffen unterstützen.

Von der Umma zum Türkischen Nationalismus

Die Geschichte der modernen Türkischen Republik beginnt als Geschichte des Türkischen Nationalismus. Während das Osmanische Reich sich als multinational verstand und den einzelnen millet - ein Zwischending zwischen den Europäischen Begriffen von "Nation" und

"Religionsgemeinschaft" - in der Türkei eine weitreichende Autonomie zugestanden wurde, verstand sich der Gesamtstaat primär als Gemeinschaft der umma - der islamischen Gemeinschaft - und nicht der "Türkischen Nation". Vor allem die verschiedenen christlichen Minderheiten hatten - teilweise auf Druck der Europäischen Mächte hin - so weitgehende Autonomierechte, daß sie nicht einmal der osmanischen Rechtssprechung unterstellt waren, sondern eine Art Doppelstaatsbürgerschaft mit einer Europäischen Schutzmacht besaßen.

Dem Zerfallsprozeß des Osmanischen Reiches versuchte die liberal-nationalistische Sammelbewegung der Jungtürken - der auch Mustafa Kemal angehörte - einen republikanisch-türkischen Nationalismus entgegenzusetzen, der kurz vor dem Zerfall des Osmanischen Reiches in den Wirren des 1. Weltkrieges zum Genozid an der armenischen Bevölkerung des Osmanischen Reiches führte.

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und der Besetzung großer Teile der heutigen Türkei durch griechische, französische und britische Truppen, begannen Teile der Jungtürken unter der Führung Mustafa Kemals - der später den Ehrennamen Atatürk, "Vater der Türken" bekommen sollte - einen Guerillakrieg gegen die Besatzung an dem sich auch kurdische Einheiten beteiligten, die zu einem gemeinsamen Widerstand der muslimischen Bevölkerung gegen die christlichen Besatzer bereit

waren..

Kaum hatte Mustafa Kemal aber diesen Krieg gegen die Alliierten gewonnen und die moderne türkische Republik gegründet, verabschiedete er sich von seiner Zusammenarbeit mit den KurdInnen und predigte als Kontrapunkt zum islamischen Osmanischen Reich einen sekularen türkischen Nationalismus. Es wurde nun ein türkischer Nationalstaat propagiert, in dem als einzige Amtssprache von allen türkisch gesprochen werden sollte, und in dem zunehmend sogar die Existenz einer kurdischen Bevölkerung geleugnet wurde. JedeR BürgerIn der Türkei hatte nunmehr Türke zu sein.

Kemalismus kämpft gegen "Bergtürken"

So reduzierte der Kemalismus als türkischer Nationalismus die kurdische Bevölkerung zu "Bergtürken". Selbst die Existenz der kurdischen Bevölkerung und Sprache wurde geleugnet. Mustafa Kemal errichtete einen nationalistischen, autoritären Einparteiensstaat, der sich den italienischen Faschismus in vielen Bereichen als Vorbild aussuchte und so viele Charakteristika eines faschistischen Regimes innehatte. Auch wenn später Teile der türkischen Linken den Kemalismus wegen seiner etatistischen Wirtschaftspolitik und seiner brutal durchgezogenen Modernisierungspolitik als linke politische Strömung betrachteten, so kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Regime Mustafa Kemals in seinem Nationalismus, seinem Totalitarismus, seiner Verfolgung linker Opposition und seinem Fehlen jeder sozialen Reformen eher als faschistische Entwicklungsdiktatur zu charakterisieren wäre, denn als ein linkes Modernisierungsprojekt.

So wurden denn auch oppositionelle Strömungen massiv unterdrückt. Politische Gegner wurden massenhaft hingerichtet, Aufstände in Kurdistan mit militärischer Gewalt zerschlagen. Immer wieder wurden auch Massaker an der Zivilbevölkerung in Kurdistan bekannt.

Politische Liberalisierung - nicht für KurdInnen

In der Ära nach Mustafa Kemal kam es zwar - unterbrochen von einer Reihe von Militärputschs und anderen Einflußnahmen des Militärs - zu einer politischen Liberalisierung, diese galt jedoch nie für die Kurdische Bevölkerung. Nach dem letzten Militärputsch vom 21. September 1980 behielt sich das Militär auch nach einer Rückkehr zum Mehrparteiensystem einen großen - auch in der Verfassung verankerten - Einfluß. Seither werden nicht nur islamistische Parteien ständig verboten, dasselbe Schicksal traf bisher auch noch jede legale kurdische Partei. Auch gegen die derzeit noch existierende HADEP (Halkın Demokrasi Partisi / Partei des Volkes für Demokratie) - die als Nachfolgepartei der verbotenen HEP gegründet worden war - läuft seit der Entführung Öcalans eine massive Hetzkampagne, sie wäre von der

PKK ferngesteuert. Es droht ihr nun nach den Wahlen damit wohl ein ähnliches Schicksal wie ihrer Vorgängerin.

Die PKK nimmt ihren Kampf auf

In der politischen Situation des Post-1980er Regimes nahm nun die PKK ihren bewaffneten Kampf gegen das Regime in Ankara auf.

Die Partei war während der Siebzigerjahre aus kleinen StudentInnengruppen entstanden und hatte sich unter dem Eindruck der Repression nach dem Militärputsch rasch ausgebreitet. Es gelang ihr zu Beginn der achtziger Jahre auch in den ländlichen Gebieten Kurdistans Fuß zu fassen und so konnte sie ab 1984 den bewaffneten Kampf gegen das Regime in Ankara aufnehmen.

Die PKK verband dabei vor allem in den ersten Jahren ihres Kampfes ihren nationalen Befreiungskampf mit einem sozialen Befreiungskampf, der die Gesellschaft in den kurdischen Teilen Ostanatoliens teilweise nachhaltig veränderte. Traditionelle Feudalstrukturen wurden zumindest in Frage gestellt. Frauen wurden integraler Bestandteil des Kampfes.

Ob dies - hätte es die PKK geschafft, ein unabhängiges Kurdistan zu errichten Bestand gehabt hätte ist allerdings durchaus fraglich. Schließlich ist es in jeder bewaffneten Befreiungsbewegung zu beobachten, daß Frauen während des bewaffneten Kampfes benötigt werden und damit eine stärkere Position bekommen, die sie aber nach dem Ende der Kämpfe sehr schnell wieder einbüßen.

Nationalismus und Antisemitismus

Im Laufe ihres fünfzehnjährigen Kampfes traten auch andere soziale Aspekte des Befreiungskampfes zunehmend hinter den nationalen Befreiungskampf zurück. Die PKK war so auch immer wieder zu Bündnissen mit "patriotisch" eingestellten kurdischen Großgrundbesitzern bereit und stellte wie viele "nationale Befreiungsbewegungen" des Trikont immer wieder den nationalen über den sozialen Befreiungskampf.

Auch der Antisemitismus - der fast alle nationalistischen Bewegungen dieser Welt mehr oder weniger intensiv begleitet - blieb der PKK so nicht fern. Besonders seit dem Beginn der engeren militärischen Zusammenarbeit der Türkei mit Israel waren antisemitische Attacken von hohen PKK-Funktionären und ebensolche Artikel in PKK-nahen Medien immer wieder zu hören.

Bündnisse der PKK mit Teilen der revolutionären türkischen Linken scheiterten immer wieder. Die Gründe dafür sind jedoch nicht nur im Nationalismus der PKK selbst zu suchen, sondern auch im Nationalismus vieler türkischer Linker. Gerade nach der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK kam es Mitte der Achtziger Jahre sowohl in der Türkei als auch in Europa zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen türkischen und kurdischen Linken, die viele Verletzte und einige Tote forder-

ten.

Bürgerkrieg und Waffenstillstand

Der PKK gelang es trotzdem in Kurdistan relativ rasch eine Massenbasis in der Bevölkerung zu bekommen. Bereits Ende der Achtzigerjahre hatte sie große Teile der Bevölkerung hinter sich gebracht. Dies gelang ihr einerseits durch ihre Enge Zusammenarbeit mit der einfachen, ländlichen Bevölkerung in Kurdistan, andererseits aber auch durch die - teilweise blutige - Ausschaltung rivalisierender Kurdenorganisationen.

Auch die interne Struktur der PKK ist bis heute alles andere als demokratisch. Bis zu seiner Entführung in die Türkei regierte Abdullah Öcalan die Partei mit eiserner Faust. Interne Opposition wurde nicht geduldet, Machtkämpfe endeten oft mit der Hinrichtung von Funktionären, die gegen die Linie Öcalans opponierten.

Trotz dieser innerparteilichen Exzesse sahen viele KurdInnen angesichts der Massaker und "ethnischen Säuberungen", die die türkische Armee in Kurdistan anrichtete, in der PKK immer noch das geringere Übel als im türkischen Staat, der den Ausnahmezustand in Ostanatolien nie aufhob und seit Mitte der Neunzigerjahre die PKK sogar bis weit auf irakisches Staatsgebiet hinein verfolgte. Aus einmaligen "Strafaktionen" ist zwischenzeitlich eine ständige Besetzung irakisches Territoriums geworden, gegen die international niemand etwas einzuwenden hat.

Trotz intensivster Kriegsführung der Türkei mit Unterstützung verschiedener NATO-Staaten gegen die PKK, gelang es der Guerilla immer wieder kleinere Gebiete zu "befreien". "Ruhe und Ordnung" konnte die türkische Armee seit 1984 in Kurdistan nie mehr herstellen.

In den "befreiten Gebieten" der PKK waren die KurdInnen zwar vor "ethnischen Säuberungen" und Verfolgungen der türkischen Armee sicher, litten aber unter dem Aufbau eines sehr autoritären Regimes unter der Führung Öcalans.

Nach einer Reihe von militärischen Niederlagen ab Mitte der Neunzigerjahre erklärte die PKK mehrfach einseitige Waffenstillstände und versuchte ihren Kampf von der militärischen Konfrontation, die für keine der beiden Parteien zu gewinnen war, auf eine diplomatische Ebene zu verlagern, was aber nur in Ansätzen gelang. Die Türkei stieg auf keinen der PKK-Waffenstillstände ein. Eine diplomatische Anerkennung wie sie etwa Yassir Arafat seit einigen Jahren zuteil wird, blieb Abdullah Öcalan verwehrt.

europäischer Staaten gegenüber der PKK, allen voran Deutschland, wo die PKK und eine Reihe von kurdischen Organisationen und Vereinen ab Mitte der Neunzigerjahre verboten wurden. Während in Österreich solche Verbote nie erlassen wurden und sich bei den jährlichen Newroz-Feiern der PKK fast alle Parlamentsparteien als Gratulantinnen einfanden, hält Deutschland auch unter der rot-grünen Regierung an diesen Verboten fest.

Im Laufe des Jahres 1998 verstärkte sich dann auch noch der Druck der Türkei auf Syrien, wo die PKK bisher ihr Hauptquartier hatte, was schließlich zur Ausweisung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und zu dessen Flucht quer durch die halbe Welt führte und mit seiner Verhaftung und Entführung aus Kenia endete.

Proteste und Jubel

Während verschiedenste kurdische Organisationen in der Türkei und Europa, sowie die verschiedensten Menschenrechtsorganisationen auf die Entführung und Zurschaustellung Öcalans, vor allem aber der darauffolgenden Repressionswelle und Pogromstimmung gegen die kurdische Bevölkerung und die demokratische Opposition entsetzt reagierten, jubelten die aufgepeitschten nationalistischen Massen in der Türkei. Nicht zuletzt der "Öcalan-Bonus" verhalf der regierenden Demokratischen Linkspartei (DSP) unter Bülent Ecevit zu seinem Wahlsieg vom 18. April, bei dem es der DSP gelang die bisher stärkste Partei, die islamistische Tugendpartei - die als Nachfolgeorganisation der verbotenen Wohlfahrtspartei gegründet worden war, zu überholen.

Aber nicht nur die vom antikurdischen Hardliner Ecevit geführte DSP erreichte mehr Stimmen als die bislang IslamistInnen. Der faschistischen Nationalen Aktionspartei (MHP) - die 1995 nicht einmal die 10% Hürde zum Einzug in das Parlament schaffte, gelang es diesmal im nationalen Taumel mit 18% zur zweitstärksten Partei zu werden. In den Siebziger- und Achtzigerjahren trat die damals noch vom nunmehr verstorbenen Militärputschisten Alparslan Türkeş geführte Partei vor allem in Gestalt ihrer terroristischen Jugendorganisation "Graue Wölfe" mit Anschlägen und Morden gegen linke und kurdische PolitikerInnen, KünstlerInnen und Intellektuellen in Erscheinung.

Auf der Strecke werden einmal mehr Menschenrechte und Demokratie bleiben und so wird u.U. die bereits geschwächte PKK gerade durch die türkische Politik erneuten Zulauf erhalten und dem türkischen Staat weiterhin das Leben schwer machen.

Thomas Schmidinger

Verbote und Ausweisungen

Gleichzeitig verschärfte sich auch die Gangart mancher



Liberaler Bauherr in Kurdistan

Mit dem Kauf der Strabag hat der Liberale Politiker und Bauherr H.P. Haselsteiner den Bau des Türkischen Monsterstaudamms am Euphrat geerbt.

In der Nähe der kurdischen Stadt Gazintep in Ostanatolien entsteht im Rahmen des "Entwicklungsprogrammes" GAP ein gewaltiges Kraftwerksprojekt am Euphrat. Das Projekt drohte jahrelang an der Finanzierung zu scheitern. Nun baut aber der österreichische Baukonzern Strabag gemeinsam mit der deutschen Philipp-Holzmann-Gruppe und der türkischen Gama Endüstri den Staudamm nahe der syrischen Grenze.

Monsterstaudamm

Der Staudamm wird insgesamt eine Länge von 2.5 km umfassen. Sechs Turbinen werden 672 Megawatt Leistung erzeugen. Pro Jahr werden 2.500 Gigawattstunden Strom produziert werden. Zusätzlich sollen 70.000 Hektar Landwirtschaftsfläche bewässert werden.

Ein solcher Monsterstaudamm ist aber auch mit gewaltigen ökologischen Problemen verbunden. Riesige Flächen traditionell landwirtschaftlich genutzten Landes im Euphrat-Tal werden unter den Wassern des "Atatürk-Stausees" verschwinden. Tausende Menschen werden dafür aus ihren Dörfern vertrieben. Die Folgen für den Wasserspiegel und das Mikroklima der Region wurden bislang nicht untersucht. Während der Stauzeit wird der Euphrat unterhalb der Staumauer Monate- wenn nicht Jahrelang empfindlich weniger Wasser führen, was Syrien und den Iraq bereits zu massiven Protesten herausgefordert hat.

Krieg ums Wasser?

Aufgrund der militärischen Stärke und der Unterstützung der Türkei durch die NATO besteht zwar keine akute Kriegsgefahr zwischen Syrien und der Türkei - Syrien wäre heillos unterlegen - auf Dauer nehmen die Konflikte zwischen den Staaten des Mittleren Osten aber zu. Das GAP-Projekt gießt hier Öl ins Feuer.

Denn auch nachdem der Atatürk-Stausee mit Wasser gefüllt sein wird, werden durch die Bewässerungsprojekte den Staaten am Unterlauf des Euphrat, also Syrien und der Iraq, weniger Wasser für ihre Felder bleiben. Nicht zu unterschätzen ist außerdem die militärische Bedeutung des Stausees, mit dem bei einem schnellen Auslaufen des Stausees riesige Teile Syriens und des Iraq verwüstet werden könnten. Selbiges gälte natürlich bei einer Zerstörung der Staumauer.

Vertreibungen von KurdInnen

Wie in vergleichbaren Fällen in Indien oder in Ägypten wird auch dieser riesige Stausee auf dem Siedlungsgebiet einer marginalisierten Minderheit errichtet. Die in Zukunft überschwemmten Gebiete des Euphrattales werden von KurdInnen bewohnt, deren Vertreibung nun auch der türkischen Regierung die Möglichkeit bietet soziale Strukturen der Zivilgesellschaft zu zerreißen und politischen Widerstand gegen die Regierung zu brechen. Nicht umsonst wehren sich gerade kurdische Parteien und Verbände - darunter die PKK - besonders stark gegen das Projekt.

Österreichische Beteiligung

Dieses Großprojekt wurde bereits 1986 geplant, drohte aber mehrmals zu scheitern. Nur durch internationale Beteiligung kann es nun doch noch realisiert werden. Dabei sind österreichische Unternehmen groß eingestiegen. Die Strabag - die kürzlich vom prominenten liberalen Politiker H.P. Haselsteiner gekauft wurde - hat dabei eine Reihe namhafter PartnerInnen ins Geschäft gezogen. An der rein österreichischen BetreiberInnengesellschaft sind auch die Salzburger Tauernkraftwerke mit 70% beteiligt, sowie die Verbund-Tochter Verbundplan. Der Betreibervertrag, den die österreichische BetreiberInnengesellschaft mit der Türkischen Regierung geschlossen hat gilt für 15 Jahre und wird den beteiligten Firmen auf Kosten der Menschen Ostanatoliens so lange, große Gewinne abwerfen.

Petra Maier

FRAUENZIMMER
Die feministische Buchhandlung



Neu: Gratiszeitschrift *WeiberD* was antwortet!

1080, Langegasse 11, Tel. 406 86 78, Fax 407 16 20
Mo-Fr 10.00-18.30 Uhr, Sa 10.00-13.00, 1. Sa 10-17.00

Bioregionalismus

Zwei Jahre nach ihrem Plädoyer für den Bioregionalismus, eine moderne Spielart des Blut & Boden Denkens, haben Eduard Gugenberger und Roman Schweidlenka zusammen mit dem Journalisten Franko Petri ein neues Buch veröffentlicht. Die LeserInnen erfahren nichts Neues über „Weltverschwörungstheorien“. Das Buch verschleierte die ideologische Übereinstimmung von Nazis und EsoterikerInnen sowie Schweidlenkas persönliche Verstrickung in den esoterischen Antisemitismus.

Gugenberger und Schweidlenka sind ein erfolgreiches Team, ein staatliche Anzahl von Büchern haben sie inzwischen produziert. Trotz heftiger Kritik an ihrem Bioregionalismus-Buch, mit dem sie sich selbst als Esospinner und Vertreter der braunen Tiefenökologie geoutet haben, ist ihr guter Ruf ungebrochen. In der Steiermark konnten Schweidlenka und Gugenberger für ihr Projekt eines „Eso-Informationsdienst“ sogar Staatsknete locker machen. Die ARGE Jugend gegen Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus sowie das Landesjugendreferat der Landesregierung sponsern ein Projekt, das dazu dient Schweidlenkas und Gugenbergers esoterische Position zu verbreiten: Über die Zielsetzung des Infodienstes heißt es denn auch, man wolle einerseits über sogenannte „totalitäre religiöse Gruppierungen“ aufklären, also die Konkurrenz madig machen, und andererseits für eine „alternative Spiritualität“ und gegen „intolerante“ SektenkritikerInnen eintreten.⁽¹⁾

Ihr neues Buch „Weltverschwörungstheorien“, das sie zusammen mit dem Journalisten Franko Petri verfaßt haben, dient hauptsächlich dazu, Spuren zu verwischen. Die ersten sechs Kapitel des Buches sind weitgehend aus der Sekundärliteratur abgeschrieben, unter anderem aus Norman Cohns Standardwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion“. Der Mythos der jüdischen Weltverschwörung. Die drei Autoren haben dabei sogar die alte Ausgabe von 1969 benutzt und nicht die Neuausgabe von 1998. Schweidlenka, Gugenberger und Petri präsentieren keine neuen Erkenntnisse oder Dokumente, insofern handelt es sich um ein überflüssiges Buch.

Das Trio verfehlt die irreführende Ansicht vom „Mißbrauch“ der Esoterik durch die Nazis bzw. von einer

Unterwanderung der Szene und grenzen davon eine nicht näher beschriebene „solidarische Spiritualität“ ab, die sie vertreten.⁽²⁾

Schweidlenka praktizierte eine solche Solidarität unter EsoterikerInnen, als er den esoterischen Antisemiten Tom Hockemeyer (Pseudonym Trutz Hardo) verteidigte. Hockemeyer, der sich selbst als „fortgeschrittener Geist aus einer höheren Dimension“ sieht, interpretiert Auschwitz als vorbestimmtes karmisches Schicksal der Juden um Untaten in einem früheren Leben zu sühnen.

Über Hitler fabuliert Hockemeyer: „Bedenke, nicht er hat den Juden das Schicksal der Gaskammern zuerteilt, sondern jene haben es sich ausgesucht, denn nichts geschah gegen ihren Wunsch und freien Willen“. Im November 1996 demonstrierten AntifaschistInnen, darunter die Ökologische Linke, gegen einen Auftritt Hockemeyers in Darmstadt. Der hessische Landesverband der jüdischen Gemeinden erstattete Anzeige gegen ihn, während Schweidlenka in der <I>esotera</I>, dem Zentralorgan der Szene, die Demonstration in Darmstadt als „Hexenjagd auf Esoteriker“ diffamierte.⁽³⁾ Hockemeyer wurde inzwischen wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Geldstrafe verurteilt.⁽⁴⁾ Für unbedenklich erklären Schweidlenka, Gugenberger und Petri auch die esoterische Ufologie, also religiösen Aberglaube plus die Halluzination von fliegenden Untertassen. Gefährlich wird es ihrer Ansicht nach erst, wenn sich diese Wahnvorstellungen mit nationalsozialistischer Ideologie verbinden. Beispiele für eine solche unbedenkliche esoterische Ufologie suchen die LeserInnen vergeblich, dafür gelangen die Autoren drei Seiten weiter zu dem Schluß, der Mythos von den Nazi-Ufos habe „einen festen Platz in einem Teil der esoterischen Szene eingenommen.“⁽⁵⁾

Grundsätzlich bestreiten sie, wie in ihren früheren Werken auch, die Wesensverwandtschaft zwischen braunem und esoterischem Denken. Für diese Affinität sind Schweidlenka und Gugenberger selbst ein Beispiel, mit ihrer Hymne auf den Bioregionalismus und ihren „Dialog“ mit der ökofaschistischen Organisation „Unabhängige Ökologen Deutschlands“ (UÖD), einer Gruppe, die folgende Ziele vertritt: Schutz vor „multikultureller Vermassung“, Schutz der „Vielfalt der Völker“ sowie die „Liebe zur angestammten Heimat“. Als Ursachen ökologischer Zerstörung sieht die UÖD die „derzeitige Explosion der Weltbevölkerung“ sowie die „Öffnung relativ stabiler Regionen für massenhafte Einwanderung.“⁽⁶⁾

Abgesehen von personellen und organisatorischen Verflechtungen und gemeinsamen Traditionen, die in Deutschland bis hin zu den Begründern des Nationalismus wie Fichte reicht, ist es letztlich die gleiche psychische Verfaßtheit qua Klassenlage: Die autoritär strukturierten KleinbürgerInnen fürchten um ihre relativ privilegierte Lage; ihre künftige Verwendung ist nicht absehbar in Zeiten, in denen die herrschende Klasse ihren Produktions- und Staatsapparat umbaut. Die KleinbürgerInnen reagieren wie gehabt: Buckeln nach oben, treten nach unten. Er und sie dürfen sich als „Eingeweihte“ als Teil der Elite fühlen, sich vor dem Führer in den Staub werfen und nach unten treten, wo diejenigen ihr Dasein fristen, denen es karmisch vorherbestimmt ist. Das Gefühl der Auserwähltheit saugt diese Klientel aus allerlei Hokusfokus, dessen Kenntnis als wertvolles eso-

terisches Wissen gilt. Die esoterische Ideologie verschafft ihren AnhängerInnen damit wie die faschistische einen psychischen Gewinn. In einem Artikel der <|>Neuen Züricher Zeitung<|> wird die neuerliche Konjunktur antisemitischer Weltverschwörungsideen auch der „Sucht nach 'geheimem Wissen'“ in esoterischen Kreisen zugeschrieben, die dabei „im braunen Sumpf des nationalsozialistischen Okkultismus wühlen.“(7)

Originell an diesem Buch sind die Persilscheine, die sich vor allem Schweidlenka für eigene Aktivitäten und Kontakte ausstellt. So werden die Verschwörungsphantasien Rudolf Steiners, des Begründers der Anthroposophie, zwar erwähnt, aber heruntergespielt. Gugenberger und Schweidlenka, letzterer Mitarbeiter der anthroposophischen Schweizerischen Zeitschrift <|>Novalis<|>, nennen das Machwerk von Karl Heise, „Die Entente-Freimaurerei und der Weltkrieg“ von 1918. Heise bezog sich auf die Theosophin Blavatsky und den Ariosophen Guido v. List und konstruierte eine Verschwörung von russischen Großfürsten, englischen Freimaurern und Juden, die angeblich Deutschland vernichten wollten. Schweidlenka und Gugenberger schreiben, Steiner habe Heises Broschüre „positiv“ gesehen, was ziemlich untertrieben ist. Nach Angaben des Steiner-Biographen und Anthroposophen Christoph Lindenberg hat Steiner das Pamphlet finanziert und das Vorwort selbst verfaßt. Konsequenterweise übergehen Schweidlenka und Gugenberger, daß nicht nur Steiner sondern führende Anthroposophen in den 20er Jahren diese Weltverschwörungsideen teilten und daß diese in den 90er Jahren in einer Reihe von Beiträgen, zum Beispiel im anthroposophischen Zentralorgan <|>Das Goetheanum<|> recycelt werden. Und natürlich fehlt der Hinweis auf die Nähe zwischen Verschwörungstheorien und der manichäischen Weltansicht der Anthroposophie, die überall böse Geister und Teufel sieht, die mit Erzengeln und anderen Lichtgestalten im Kampf liegen.

Drei Kapitel widmen Schweidlenka, Gugenberger und Petri dem antisemitischen zweibändigen Werk „Geheimgesellschaften“ von Jan Udo Holey, Pseudonym Jan van Helsing. Immerhin weisen sie dessen Argument zurück, er vertrete keinen Rassismus, weil die Seele ja in verschiedenen angeblichen Rassen inkarniere. Das sollte Schweidlenka mal seinen Anthro-FreundInnen begreiflich machen, die genauso argumentieren. Vor allem behaupten die drei, unter anderem die Zeitschrift <|>Esotera<|> habe „aufklärerische Schritte“ gegen das Machwerk eingeleitet.(8)

Tatsächlich warb <|>esotera<|> für das Pamphlet, indem das Buch monatelang auf der Bestsellerliste placierte wurde. Im April 1996 erließ das Amtsgericht Mannheim einen bundesweiten Beschlagnahmebeschluß wegen Volksverhetzung, gegen Holey wurde Haftbefehl beantragt. Erst nach Ausstrahlung eines Berichts im ARD-Magazin ZAK über Holey distanzierte sich auch Esotera.(9) Vergebens sucht mensch auf den sechzig

Seiten, die Gugenberger und Schweidlenka dem Fall widmen, nach einer Erklärung dafür, daß ein Auszug aus Holeys Buch auf der Titelseite des Esoblattes „Die andere Realität“ direkt neben einem Beitrag Schweidlenkas über Bioregionalismus prunkte. Vermutlich handelt es sich um ein weiteres Beispiel für „solidarische Spiritualität“. (10)

Anmerkungen:

(1) vgl. Contraste, Nr.173

(2) vgl. Eduard Gugenberger, Franko Petri, Roman Schweidlenka, Weltverschwörungstheorien, Die neue Gefahr von rechts, Wien-München, 1998, S.9, S.11, S.13

(3) vgl. Roman Schweidlenka, Hexenjagd auf Esoteriker, in: esotera, 2/97, S.7f.

(4) vgl. Tamara Schaaf, Holocaust karmisch gerechtfertigt, in: Der Rechte Rand, Nr.54, September/Okttober 1998, S.20

(5) vgl. Gugenberger, Petri, Schweidlenka, Weltverschwörungstheorien S.152, S.155

(6) zit., UÖD, Hrsg., Ökologie, Nr.1/1997, in diesem Heft ist auch ein Beitrag Schweidlenkas abgedruckt

(7) vgl. Neue Züricher Zeitung, 2. Dezember 1998

(8) vgl. Gugenberger, Petri, Schweidlenka, Weltverschwörungstheorien, S.199

(9) vgl. Colin Goldner, Psycho, Therapien zwischen Seriosität und Scharlatanerie, Augsburg, 1997, S.26

(10) vgl. Die andere Realität, Heft 4/1995

Literaturtip:

Peter Bierl:

Wurzeln, Erzengel und Volksgeister

Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik

Konkret Literatur Verlag

Peter Bierl, Mitbegründer der Ökologischen Linken und Autor der Zeitschrift ÖkolinX, beschreibt in seinem neuen Buch detailliert die ideologischen Grundlagen der "Anthroposophie" Rudolf Steiners, die historischen Hintergründe und Vorläufer wie die Theosophie und die verschiedenen Strömungen der Esoterik um die Jahrhundertwende und den Einfluß, den Steiners Gedankengut heute noch auf die von ihm gegründeten Schulen die sogenannten "Waldorfschulen", ausübt.

Detailliert setzt sich der münchener Journalist vor allem mit den Schriften Steiners und den sich daraus ergebenden Konsequenzen auf die zeitgenössische Anthroposophie auseinander und entlarvt die Anthroposophie als esoterische Sekte mit rassistischen und antisemitischen Überzeugungen, die es mit geschickter Tarnung geschafft hat, ein Netz öffentlich anerkannter Schulen, Bildungseinrichtungen, sowie verschiedenster Produktmarken (Weleda, Demeter,...) auf dem Bio- und Alternativsektor aufzubauen.

Gerade in der Alternativ- und Ökoszene gelingt es der

Anthroposophie bis heute, einen großen Einfluß auszuüben. Der ganze Sektor der biologisch-dynamischen Landwirtschaft (nicht der organisch-biologischen!) kommt genauso aus dieser esoterischen Sekte wie die anthroposophische Freie Christengemeinschaft oder eben die oben erwähnten Waldorfschulen.

Wichtige Industrielle, Politiker und Künstler kommen ebenso aus der Anthroposophie oder stehen in einem Naheverhältnis zu ihr. Dazu gehören der deutsche Bundesminister Otto Schilly, der Europaabgeordnete Ullmann (Bündnis 90/Die Grünen), Joseph Beuys, der Konzernchef Peter von Siemens, Medienmogul Kirch, etc. Was zwar bei Peter Bierl nicht zu lesen ist, aber für Österreich relativ interessant ist, ist die Tatsache, daß sowohl der ehemalige Bundessprecher der Grünen, Christoph Chorrer als auch dessen Frau an Waldorfschulen in Wien unterrichten. So ist es auch kein Wunder, daß die Wiener Grünen neben der öffentlichen Förderung von Alternativschulen auch jene von Waldorfschulen einforderten. Überhaupt ist der Einfluß, den die Anthroposophie auf die Grünen ausübt, nicht zu unterschätzen. Auch heute noch sind Waldorfschulen, Weleda- und Demeterprodukte anerkannte Aspekte jenes liberalen Bildungsbürgertums aus dem die Grünen ihre WählerInnen und PolitikerInnen rekrutieren. Auch bei der Gründung der Grünen spielten AnthroposophInnen eine wichtige Rolle.

Grund genug sich mit den Wurzeln und Ideen dieser sich geschickt tarnenden Sekte auseinanderzusetzen, was Peter Bierl in seinem neuen Buch gut fundiert und mit ausführlichen Quellenverweisen bewerkstelligt.

Thomas Schmidinger

LESERINNENBRIEFE

Wir veröffentlichen gerne Eure LeserInnenbriefe, bitten euch aber diese möglichst kurz zu halten. Wir finanzieren unsere Zeitschrift selbst und haben nicht das Geld seitens lange LeserInnenbriefe abzdrukken. Über kürzere Meinungskundungen, Beschimpfungen, Zustimmungen, Kritiken,... freuen wir uns aber.

Guten Tag!

Die Schäfchen der jeweils anderen linken Gruppe/Idee zu kritisieren gehört wohl auch zum Wesen unserer Politik. Und daß dabei von Zeit zu Zeit mal das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, auch. Daß es derzeit eine Art anarchistischer Volksport geworden ist, in jeder veganen Suppe ein faschistisches Haar zu finden, geht mir aber mittlerweile schon ein bisserl auf den Keks.

Zuallererst möchte ich klar stellen, daß mich mit der Tierrechts-/Veganismusbewegung herzlich wenig am Hütchen habe. Jedoch bin ich der Meinung, daß mensch

diese Leute als das kritisieren sollte was sie sind. Alle in die Faschisten-Schublade zu werfen ist billig und einer ernsthaften Auseinandersetzung nicht zuträglich.

Denn die Gespensterjagd nimmt mittlerweile skurile Formen an, etwa wenn das - von den deutschen Zeitschriften "ÖkolinX" und "Bahamas" aufgrund seiner Berichterstattung über EarthFirst! selbst ins Faschismuseck gestellte - Tatblatt (+108) ein VeganerInnen-Transpi bei der Anti-EU-Demo mit der Aufschrift "Befreiung für Mensch und Tier" mit dem Satz "was diese (die TierrechtlerInnen, Anm.) zumindest in die Nähe ökofaschistischer Positionen rückt" kommentiert. Da ziehen sich doch alle ernstgemeinte (?) Bedenken selbst ins Lächerliche. Wenn manch KritikerIn der Tierrechts-Szene diese pauschal ins rechte Eck stellen will, ist das eine ähnliche Infamie, wie wenn jemand z.B. Frauen- und Tierunterdrückung gleichsetzt. Was im Übrigen kein mir bekannter Angehöriger dieser Szene ernsthaft tut. Daß sich manch Depp zu den autonomen VeganerInnen verirrt hat, bestreitet niemand, wohl auch sie selbst nicht. Wenn sich eine Wiener Buttersäuren-Gang nach dem Sozialdarwinisten Konrad Lorenz benennt kommt mir auch mein Schnitzel wieder hoch, obwohl ich hinter diesem Namen eher eine geistige Nichtschwimmerstaffel als überzeugte Faschisten vermute. Diese Typen gehören auch zusammengeschissen und - wenn sie nicht bitter bereuen - rausgeworfen (überall).

Also: Kritisiert die TierrechtlerInnen! Aber überseht nicht, daß an der Basis dieser Bewegung eine (relativ gesehen) ganze Menge überzeugter AnarchistInnen werken, die mit Singer, Kaplan, dem "Verein gegen Tierfabriken" und sonstigen rechten Trotteln null zu tun haben und nicht ständig mit diesen über einen Kamm geschoren werden wollen. Die Tierrechtsszene ist sicher kein hegemonialer Club von Antisemiten und Halbnarrischen.

Noch was! Die von Euch angesprochenen in der Eule Nr. 5 (Artikel "Von Gendarmen und Tierfreunden") angegebenen Kontaktadressen: Wie die "Schwarze Post" da dazugekommen ist, ist uns selbst ein Rätsel, da wir uns als anarchistisches Antifa-Blatt eigentlich nur in der Beantwortung von Lesybriefen mit der Materie beschäftigt haben - und da auch nicht gerade freundlich. Zur "Eule" haben wir keinen Kontakt. Wird wohl auch irgendjemandes kleines Geheimnis bleiben, was da los war...

Ansonsten. Viel Glück mit der "radiX" und überhaupt! Solidarische Grüße

eine Heini von der Autonomen Antifa Wels/Schwarze Post

Offener LeserInnenbrief zum Artikel in der radiX #1 "TierRECHTSbewegung"

Trotz offensichtlich recht umfangreicher Recherchen in der Tierrechtsszene und deren Organen sind Thomas Schmidinger, dem Autor des Artikels "TierRECHTSbewegung" dennoch einige Fehler in des-

sen Darstellung über die "ideologischen Positionen" (wie er sie nennt) der TierrechtlerInnen unterlaufen. Außerdem waren einige Aussagen verfälscht, lückenhaft, übertrieben oder schlicht falsch.

Grundsätzlich ist meines Erachtens der Faschismus-Vorwurf des Autors in vielen angeführten Beispielen (KZ-Vergleich, Singer, Kaplan, Kessler etc...) berechtigt, auch wenn ich es schade finde, daß es scheinbar keine Kritik ohne einhergehende Ausgrenzung der Kritisierten gibt, da es sich bei den angeführten Beispielen in manchen Fällen auch möglicherweise nur um unüberlegte Aussagen handelt, von Menschen, die sich mit manchen (wichtigen) Dingen noch nicht ausreichend auseinandergesetzt haben. Dies beziehe ich vor allem auf Sympathien gewisser Leute zu Peter Singer und Helmut Kaplan, auf den Schreiber/die Schreiberin des EULE-Artikels über die österreichische Tierrechtsbewegung und die "hiesigen SympathisantInnen" des deutschen Bundesverbandes und der Veganen Offensive Ruhrgebiet. Es ist meiner Meinung sinnvoller die kritisierten Menschen mit ihren Fehlern oder Widersprüchen zu konfrontieren oder konstruktiv zu kritisieren, als gleich wild mit der Faschismus-Keule um sich zu schlagen.

- Peter Singer als einen "der ideologischen Väter der modernen Tierrechtsbewegung" zu betiteln ist m.E. nicht richtig. Zwar stützen sich (leider) viele TierrechtlerInnen nach wie vor auf Singers Philosophie, die in seinem Buch "Animal Liberation" (1975) propagiert wird, doch sollte jedeR der/die sich mit Singers Werken eingehend beschäftigt hat wissen, daß sich Singer nicht grundsätzlich für Tierrechte einsetzt: Ich kann für mich behaupten (und dafür spreche ich sicherlich für einen großen Anteil der TierrechtlerInnen), daß TierrechtlerIn zu sein die vegane Lebensweise voraussetzt (bzw. den ehrlichen Versuch diese bei sich selbst konsequent durchzusetzen). Denn, TierrechtlerInnen wollen nicht nur Tiere vor der Schlachtung, vor Schmerzen, Stress und Qualen schützen, sondern für sie die Rechte einfordern, die ihnen zustehen. D.h. ein Recht auf Leben, Unversehrtheit, aber eben auch das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben (Soweit dies praktikierbar ist. Beispielsweise kann wohl kaum verhindert werden, daß mensch Kleinstlebewesen, Insekten etc. alleine bei Tätigkeiten wie Gehen oder Atmen verletzt oder tötet). Dies tut Singer nicht. So rechtfertigt er das Essen von sog. "Freilandeiern" bspw. mit der relativ wagen Annahme "Haben Hühner nicht nur einen geschützten Innenraum, sondern auch noch die Möglichkeit, sich im Freien aufzuhalten, herumzulaufen und im Boden zu scharren, fühlen sie sich ganz wohl. Es scheint ihnen nichts auszumachen, daß ihnen die Eier weggenommen werden" ("Die Befreiung der Tiere", S.283f.)

Vor allem was obige Feststellung meinerseits betrifft, daß sich nach wie vor viele TierrechtlerInnen auf Singers ("Animal Liberation"-) Philosophie stützen, ist für mich weniger ein Zeichen für menschenfeindliche und faschisti-

sche Positionen innerhalb der Tierrechtsbewegung, sondern eher ein Zeichen für mangelnde Auseinandersetzung mit Peter Singers anderen Werken - außer "Animal Liberation" - (welche in Tierrechtskreisen oft kaum bekannt sind) und Fehlen von konsequentem zu. Endenken von Singers Philosophie. Und in diesem Punkt liegt es nicht zuletzt an uns Peter Singers menschenverachtende Theorien zur Diskussion zu stellen.

Was in eurem Artikel (bewußt?) verschwiegen wird ist die Tatsache, daß es auch kritische Texte zu Singer (und Kaplan) sowie eindeutige Distanzierungen von ebendiesen von seiten veganer TierrechtlerInnen gibt, auch österreichischer. Erwähnt sei dabei der Text "Faschismus, Tierrechte und Nietsch" von einem/einer ungenannten österreichischen TierrechtlerIn.

- Zu Dr. Helmut Kaplan will ich nur anmerken, daß dieser in der österreichischen Tierrechtsbewegung bedeutend weniger AnhängerInnen hat als Peter Singer und so keinesfalls als "Tierrechts-Guru" bezeichnet werden kann. In Deutschland genießt Kaplan zwar größeres Ansehen, hat aber auch dort so gut wie keine Verbindung zur autonomen Tierrechtsbewegung. Für ihn gilt dasselbe wie für Peter Singer: Er ist kein Tierrechtler.

Von "spektakulären, bluttriefenden Aktionen" mit denen er (laut eures Artikels) "mit seinen AnhängerInnen von der Vegan Society immer wieder auf sich aufmerksam" macht, habe ich übrigens noch nie etwas gehört. Vor allem weil es in der Bundesrepublik Deutschland gar keine Vegan Society gibt und die Vegane Gesellschaft, die erst seit kurzer Zeit in Österreich existiert nicht im Geringsten etwas mit Dr. Helmut Kaplan zu tun hat.

- Daß sich die Animal Liberation Front (ALF) "teilweise tatsächlich aus Menschen zusammen(setzt), die einen linken Hintergrund haben" ist möglich. Woher der Autor diese Informationen aber hat, ist mir ein Rätsel. Und zwar deshalb, weil Aktivisten und Aktivistinnen der ALF (außer im Falle der Verhaftung) immer anonym bleiben, da sie bei ihren Aktionen herrschende Gesetze brechen und sich somit in die Illegalität begeben. Und da es zwar gewisse Richtlinien gibt, die illegal handelnde TierrechtlerInnen einzuhalten haben, wenn sie den Namen ALF für ihre Gruppe verwenden, aber sich diese in keinem Fall auf den politischen Hintergrund der Aktivisten und Aktivistinnen bezieht (sondern nur auf Gewaltverzicht gegenüber fühlenden Lebewesen u. ä.) ist diese Feststellung in eurem Artikel wohl eine Annahme.

Außerdem sei angemerkt, daß Aussagen bestimmter ALF-Aktivistinnen (egal ob italienisch, britisch oder österreichisch) keinesfalls auf die ganze ALF verallgemeinert werden können, da es sich bei der ALF wahrscheinlich um völlig unabhängige Zellen handelt, die vermutlich keinerlei Kontakt zueinander haben. Der einzige gemeinsame Nenner sind die illegalen, gewaltfreien Aktivitäten gegen Tierausbeutung.

- Was eure Kritik der deutschen Zeitschrift EULE angeht, will ich im voraus bemerken, daß ich mich nicht durch-

wegs mit den Artikel in ebendieser identifizieren kann, sie aber größtenteils sehr interessant finde, da sie viel Diskussionsmaterial und vor allem Selbstkritik-/Hinterfragung enthält. Zwar waren auch m.E. des öfteren fragwürdige Artikel in der EULE zu lesen, was aber wohl eher darauf zurückzuführen ist, daß sie vielen Menschen als ein Forum dient und deshalb viele verschiedene Positionen beinhaltet. Und daß die Redaktion der EULE bestimmte fragwürdige Artikel überhaupt abdruckt ist für mich in Ordnung, da 1) in der selben oder zumindest den darauffolgenden Ausgaben sehr oft Gegendarstellungen abgedruckt werden und 2) Zensur wohl auch nicht die Lösung irgendwelcher Probleme ist.

Daß die beiden Artikel in der jüngsten EULE-Ausgabe über Kannibalismus nicht besonders lustig waren, bin auch ich der Meinung. Obwohl ich nicht glaube, daß der/die SchreiberIn dieses Textes damit zum Mord und Verzehr von seinen/ihren Mitmenschen aufrufen wollte, sondern eher einen Denkanstoß zur Auseinandersetzung mit der eigentlichen Derbheit und Grausamkeit des Umgangs mit Tieren in unserer Gesellschaft liefern will.

Daß die EULE die deutsche Ökolinke Jutta Ditfurth in einer "primitiv-faschistoiden Sprache" niedermacht, bin ich nicht der Meinung. Ich bin mir zwar klar, daß in dem erwähnten Artikel kein gutes Haar an Ditfurth gelassen wird, jedoch hat dies mit "faschistoider Sprache" wenig bis gar nichts zu tun. M.E. wird hier das Label "faschistoid: dem Faschismus ähnlich, faschistische Züge zeigend" (laut Fremdwörterbuch) völlig übertrieben benutzt - mensch kann nicht alles, was seine/ihre Meinung nicht widerspiegelt undifferenziert als faschistoid bezeichnen. Das führt lediglich dazu, daß der Ausdruck "faschistoid" ziemlich schnell abgenutzt und schlußendlich relativiert wird.

- Als weiteren Kritikpunkt will ich mich zu den Vorwürfen der Zusammenarbeit mit Brigitte Bardot gegen den Aktionskünstler Hermann Nietsch äußern. Abgesehen davon, daß von seiten der TierrechtlerInnen keinerlei Zusammenarbeit mit Brigitte Bardot oder irgendwelchen rechten Gegnern oder Gegnerinnen des Nietsch-Spektakels stattgefunden hat, sind die Aktivitäten gegen Nietschs Aktionswoche letzten Sommer (?) im niederösterreichischen Prinzendorf selbst unter autonomen TierrechtlerInnen nicht ganz unumstritten. Auch hierzu gibt es Stellungnahmen von TierrechtlerInnen, die vor allem die Distanzierung von rechten GegnerInnen der Veranstaltung betonen.

- Was den letzten Punkt betrifft will ich mich kurz halten. Thomas Schmidinger schreibt "Bereits die NSDAP arbeitete mit Teilen der TierRECHTSbewegung eng zusammen" (Hervorhebungen im Original). Erst mal erlaube ich es mir zu bezweifeln, daß es zu Zeiten der NSDAP schon eine radikale Bewegung für die Rechte der Tiere gab, dabei handelte es sich wohl eher um TierschützerInnen oder ArtenschützerInnen.

Bei autonomen TierrechtlerInnen handelt es sich um

Menschen, die zwar vorwiegend gegen Tierausbeutung im Allgemeinen aktiv sind, aber sich meist auch mit anderen Unterdrückungsverhältnissen (Faschismus, Rassismus, Sexismus etc.) auseinandersetzen und dementsprechend handeln und an sich arbeiten. Daß es dabei Ausnahmen gibt, will ich keinesfalls bestreiten, aber wie ich weiß, gibt es ja auch im autonomen Antifa-Sektor zB. Menschen, die durch ihre undifferenzierten Ansichten und Äußerungen keinesfalls repräsentativ für die Szene sind und dieser auch oft dadurch Schaden zufügen. TierrechtlerInnen mit NS-TierschützerInnen in einen Topf zu werfen ist daher völlig übertrieben und ungerechtfertigt. Abschließend will ich noch klarstellen, daß ich keinesfalls mögliche faschistische Tendenzen in Tierschutz- und Tierrechtskreisen negieren will, aber euch (und insbesondere dem Autor des Textes) nahelegen will, sich differenzierter mit der Tierrechtsbewegung auseinanderzusetzen und in Zukunft Menschen, die umstrittene Aussagen von sich gegeben haben mit konstruktiver Kritik zu konfrontieren und ihnen somit eine Chance zu geben ihre Tätigkeit/Aussagen zu überdenken

Ein autonomer Körndfresser (26.3.1999)

Antwort:

Ich möchte Dir nur ganz kurz mitteilen, daß ich schon weiß, daß nicht jeder TierRECHTLerIn einE "autonomER TierrechtlerIn" ist, allerdings ist es in meinem Artikel auch nicht nur um die "autonomen TierrechtlerInnen" gegangen, sondern um die gesamte tierrechtsbewegte Bewegung, so unterschiedlich und widersprüchlich sie auch sonst sein mag.

Natürlich wird es Menschen und Gruppen geben die sich für einen besseren Umgang mit Tieren einsetzen die keine Nähe zu rechtsextremem Gedankengut haben (habe ich in meinem Artikel übrigens auch festgehalten), was aber den Großteil der Autonomen wie der anderen TierRECHTLerInnen eint ist die Gleichsetzung von Tier und Mensch und diese ist menschenverachtend und führt oft zu Faschismus und/oder NS-Verharmlosung (Hühner-KZ und so).

Was meinen Vorwurf an die EULE betrifft, sie greife Jutta Ditfurth mit einer "primitiv-faschistoiden Sprache" an, kann ich nur feststellen, daß dies sicher keine Relativierung des Begriffes "faschistoid" ist, da die Brutalität und Primitivität der Sprache, die die EULE in diesem Zusammenhang verwendet durchaus mit mancher rechtsextremen Publikation mithalten kann und als solche ebenso menschenverachtend ist.

Und zu guter letzt möchte ich noch mitteilen, daß ich gegen TierRECHTLerInnen mit Sympathien zu Peter Singer oder Helmut Kaplan weiterhin "wild mit der Faschismus-Keule um" mich "schlagen" werde. Was soll ich denn anderes tun? Faschismus ist Faschismus und gehört überall bekämpft wo er auftaucht!

Thomas Schmidinger

Was ist die Ökologische Linke?

Unsere politische Gruppierung gibt es in Österreich seit Herbst 1998. Bisher sind wir v.a. publizistisch mit unserer Zeitschrift radiX und einer Reihe von aktuellen Flugblättern tätig. Demonstrationen und Veranstaltungen aller Art organisieren wir oft mit befreundeten Gruppen gemeinsam. Auch Flugblätter haben immer wieder in Zusammenarbeit mit anderen linksradikalen Gruppierungen hergestellt. Kleine Gruppen der ÖKOLI gibt es in Wien, Tirol und Vorarlberg.

Da Ökologie für uns eng mit politischen und ökonomischen Fragen zusammenhängt wollen wir keine "linke Ökoorganisation" sein, sondern einen gesamtpolitischen Anspruch erheben. Unseren LeserInnen wollen wir insbesondere die Zusammenhänge zwischen Umweltzerstörung und Kapitalismus vor Augen führen. Daraus ergibt sich eine eindeutig antikapitalistische Ausrichtung unserer Politik, was uns deutlich von den Grünen unterscheidet.

Statt des bestehenden Kapitalismus streben wir einen antistaatlichen, herrschaftslosen Sozialismus an in dem die Menschen ihre Bedürfnisse selbstständig regeln können.

In unserer politischen Arbeit wollen wir Theorie und Praxis miteinander verbinden. Wir sehen uns dabei ganz in der Tradition der kulturellen Moderne und Aufklärung und vertreten damit ein sekulares, rationales Weltbild. Mit vormodernem Naturromantizismus oder Esoterik-Wahn verbindet sich unser Ökologiebegriff keinesfalls.

Unser Ökologiebegriff geht von der Notwendigkeit der langfristigen Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit aus und nicht von einer Flucht der Menschen zu einer "Beseelten Natur" im esoterischen Sinne oder anderen romantischen Schwärmereien.

Eine intensivere Auseinandersetzung mit rechtsextremen und antisemitischen Strömungen in der Ökologiebewegung nimmt in unseren Publikationen immer wieder einen wichtigen Platz ein.

Obwohl wir als antinationale Gruppierung gegen jedes Konstrukt von "Volk" oder "Nation" auftreten, gilt unsere internationale Solidarität all jenen Menschen die auch sonstwo auf dieser Erde für wirkliche Befreiung kämpfen. Darin sehen wir keinen Widerspruch zu unserer antinationalen Haltung.

"Nationale Befreiungsbewegungen" können so aber sicher nur unsere kritische Solidarität erwarten, Gruppierungen die im Namen der Befreiung Kriegsverbrechen an Zivilbevölkerung oder anderen Linken begehen oder einen fanatischen Nationalismus predigen sicher gar keine.

Natürlich treten wir - wie hoffentlich die meisten Linken - gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und jede Staatsgewalt auf.

Letztlich ist uns ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen unter lebenswerten materiellen und ökologischen Bedingungen ein Hauptziel!

Ökologische Linke (ÖKOLI)

Ökologische Linke (Ö)

Postfach 28

1153 Wien

e-mail: Oekologische.Linke@reflex.at

Homepage: <http://home.reflex.at/~Oekologische.Linke>

Ökologische Linke Wien

Postfach 28

1153 Wien

e-mail: oekoli@swi.ml.org

Ökologische Linke Vorarlberg

Postfach 73

6800 Feldkirch

e-mail: oekoli.vlbg@gmx.li

Ökologische Linke Tirol

e-mail: oekoli.Tirol@reflex.at



Theoriearbeitskreis

Ab Herbst wollen wir einen Lesekreis veranstalten, wobei die gemeinsam gelesenen AutorInnen noch angekündigt werden. Voraussichtlich werden wir mit einem einfacheren Text von Marx beginnen. Bei Interesse meldet Euch bitte bei unserer Kontaktadresse in Wien.

Ökologische Linke (BRD)

c/o. Manfred Zieran

Neuhofstr. 42

60318 Frankfurt/Main

Tel.: 0049/69/599270

Ich möchte ein Abo der radiX und lege mindestens ÖS 100.- (SFR 25.-/DM 30.-) für 4 Nummern bei.

Ich habe noch ein wenig Kohle für Eure politische Arbeit und lege zusätzlich eine Spende bei.

Ich interessiere mich für eine Mitarbeit bei euch.

Setzt euch mit mir in Verbindung.

Meine Adresse:

Ausschneiden und einsenden an:

Ökologische Linke (ÖKOLI), Postfach 28, 1153 Wien

Impressum:

Verlegerin, Herausgeberin und Herstellerin:

Ökologische Linke (ÖKOLI), Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien

Redaktion: ebendort

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Die radiX befindet sich zu 100% im Eigentum der Politischen Partei Ökologische Linke (ÖKOLI) und wird vom Exekutivkomitee derselben herausgegeben.

Grundsätzliche Richtung lt. Satzungen der Politischen Partei "Ökologische Linke" (ÖKOLI): Die Ökologische Linke strebt eine herrschaftsfreie, ökologische, radikaldemokratische Gesellschaft ohne Krieg, Faschismus, Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Kapitalismus, Sexismus und Militarismus an.